Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 5
Landtag, 7. Wahlperiode: 1967-71

20.01.1971 - 51. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

Bremische Bürgerschaft (Landtag)

7. Wahlperiode

Drucksachenabteilung V — Verhandlungsberichte

51. Sitzung

am Mittwoch, dem 20. Januar 1971

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Filzen, Friedrichs, Reichelt, Wehrmann, Wenke.

INHALT

Vizepräsident Dr. Zander zum Ausscheiden von Präsident Engel 2857

Wahl des Präsidenten der Bürgerschaft
- Erklärung der CDU-Fraktion 2858
- Erklärung der SPD-Fraktion 2858
- Erklärung der FDP-Fraktion 2859
- Erklärung der NPD-Fraktion 2859
- Abg. Fichtner (NPD) zur Geschäftsordnung . 2859
- Abstimmungsergebnis der geheimen Wahl . 2859
- Ausführungen von Präsident Dr. Klink . . 2860

Wahl eines Vizepräsidenten der Bürgerschaft
- Abg. Fichtner (NPD) zur Geschäftsordnung . 2861
- Abstimmungsergebnis der geheimen Wahl . 2861

Eintritt des Abgeordneten Lürssen (SPD) in die Bürgerschaft 2861

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung . 2862

Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung . 2863

Fragestunde 2863

Festsetzung des Wahltages für die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft 2867

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 17. November 1970:
Finanzplan 1970 bis 1974
(Drucksachenabteilung I Nr. 137)

Dazu

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 12. Januar 1971:
Bericht über die Steuereinnahmen 1970
(Drucksachenabteilung I Nr. 155)
- Senator für die Finanzen Speckmann . . . 2867
- Abg. Götze (SPD) 2873
- Abg. Klein (CDU) 2879
- Abg. Brouwer (NPD) 2882
- Abg. John (FDP) 2885
- Abg. Friedrich Meier (SPD) 2890
- Abg. Dr. Schäfer (CDU) 2892
- Abg. Franke (SPD) 2894
- Abg. Oltmanns (FDP) 2895
- Abg. Kiene (SPD) 2897
- Abg. Menke (CDU) 2898
- Abg. Schepers (CDU) 2898
- Senator für Wirtschaft und Außenhandel Schulz 2899
- Senator für die Finanzen Speckmann . . . 2900

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 1. Dezember 1970:

Gesetz zum Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften und Wasser- und Bodenverbände (Drucksachenabteilung I Nr. 139)

1. Lesung 2902

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 1. Dezember 1970:

Gesetz zur Änderung des Bremischen Höfegesetzes (Drucksachenabteilung I Nr. 140)

1. Lesung

Abg. Borchers (CDU) 2903

Abg. Dickhut (SPD) 2903

Abg. v. Groeling-Müller (FDP) 2904

Abg. Fischer (CDU) 2904

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 8. Dezember 1970:

Abkommen über die Errichtung und Finanzierung der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf (Drucksachenabteilung I Nr. 141) 2904

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 15. Dezember 1970:

Haushaltsrechnungen der Freien Hansestadt Bremen 1969 (Drucksachenabteilung I Nr. 142) ausgesetzt . 2904

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 22. Dezember 1970:

Straßenhinweisschilder zum Flughafen Bremen (Drucksachenabteilung I Nr. 143)

Abg. Iversen (CDU) 2905

Präsidium

Präsident **Dr. Klink**

Vizepräsident **Dr. Zander** Vizepräsident **Bugla**

Schriftführer **Hardegen, Ella Müller**

Am Senatstisch

Bürgermeister Annemarie **Mevissen** (SPD), Senator für Wohlfahrt und Jugend

Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr **Dr. Borttscheller** (FDP)

Senator für das Bildungswesen Thape (SPD)

Senator für die Finanzen **Speckmann** (FDP)

Senator für Inneres **Löbert** (SPD)

Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen **Jantzen** (SPD)

Senator für das Bauwesen **Seifriz** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Außenhandel **Schulz** (SPD)

Senatsdirektor **Kreuser** (Senator für das Bildungswesen)

Senatsdirektor **Nemitz** (Senator für Wirtschaft und Außenhandel)

Senatsdirektor **Niedergesäß** (Senatskommission für das Personalwesen)

Senatsdirektor **Dr. Reif** (Senator für die Finanzen)

Senatsdirektor **Stahl** (Senator für Wohlfahrt und Jugend)

Oberregierungsrat **Hillmann** (Senator für das Bauwesen)

Oberregierungsrat **Raedeker** (Senator für die Finanzen)

Vizepräsident Dr. Zander eröffnet die Sitzung um 10.18 Uhr.

Vizepräsident Dr. Zander: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Vom Senat begrüße ich Frau Bürgermeister Mevissen, Herrn Senator Dr. Borttscheller, Herrn Senator Thape, Herrn Senator Speckmann, Herrn Senator Löbert, Herrn Senator Jantzen, Herrn Senator Seifriz, Herrn Senator Schulz.

Außerdem sind anwesend die Herren Senatsdirektoren Dr. Reif, Niedergesäß, Dr. Nemitz, Kreuser und Stahl, sowie die Herren Oberregierungsräte Raedeker und Hillmann.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Wahl des Präsidenten der Bürgerschaft

Meine Damen und Herren! Herr Präsident Engel hat mit Schreiben vom 29. Dezember 1970 mitgeteilt, daß er mit dem 31. Dezember 1970 durch Verzicht aus der Bürgerschaft ausscheidet.

Ihnen allen ist bekannt, welche Gründe Herrn Präsident Engel dazu bewogen haben, sich dazu zu entschließen, aus dem Amt und als Abgeordneter auszuscheiden. Es ist sein Gesundheitszustand, der ihm Anlaß zu diesem Schritt gegeben hat. Der Entschluß, aus seinen Ämtern auszuscheiden, wird ihm nicht leicht gefallen sein.

Wir sollten hier in der Bürgerschaft uns nicht darauf beschränken, diese Mitteilung nur zur Kenntnis zu nehmen und ohne weiteres nun zur Wahl seines Nachfolgers schreiten. Mir will es vielmehr angemessen erscheinen, wenigstens in großen Zügen den Versuch zu machen, Person und Wirken des zweiten Präsidenten der Bürgerschaft nach ihrer Neukonstituierung in den Jahren 1946 und 1947 zu würdigen. Dazu besteht nach meinem Dafürhalten um so mehr Anlaß, als Herr Präsident Engel es selbst abgelehnt hat, anläßlich eines vom Vorstand in Aussicht genommenen Empfangs unter Teilnahme aller Mitglieder dieses Hauses und vor einer größeren Öffentlichkeit verabschiedet zu werden. Sie wissen, daß eine Verabschiedung in kleinstem Kreise vor einer Woche vorgenommen worden ist. In dem Verzicht auf eine öffentliche Verabschiedung zum Ausdruck kommende Zurückhaltung ist, so will es mir scheinen, ein besonderer Wesenszug des ausgeschiedenen Präsidenten zu sehen. Sie ist Ausdruck seiner persönlichen Bescheidenheit, die auch sonst Kennzeichen seiner Amtsführung war. Sie verbindet sich bei ihm mit einem starken politischen Engagement von Jugend auf. Seine Aufgeschlossenheit für politische Dinge hat ihn schon früh, längst vor der sogenannten Machtübernahme durch den Nationalsozialismus, in die Reihen der SPD geführt. Er hat dafür nach 1933 bitter zahlen müssen. Gestapohaft und Gefängnis waren die Quittung für seine entschiedene demokratische Haltung in dieser Zeit.

Darüber hinaus mußte Herr Engel aus seinem bürgerlichen Beruf als Abteilungsleiter bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse ausscheiden. Er resignierte jedoch nicht, sondern es gelang ihm nach seiner Entlassung aus der Haft, sich eine beachtliche Position in einem Unternehmen der Kraftfahrzeugbranche zu schaffen mit der ihm eigenen Zielstrebigkeit und Beharrlichkeit.

1945 betrat er dann wiederum im Rahmen der SPD alsbald die politische Bühne, um seinen Beitrag zum Wiederaufbau unseres Staatswesens zu leisten. So gehörte er gewissermaßen zu den Parlamentariern der ersten Stunde, als er Mitglied der noch von der Besatzungsmacht berufenen ersten Bürgerschaft war. Diese erste Bürgerschaft tagte bekanntlich in einem Lehrsaal der Großen Krankenanstalten.

Ein Jahr später, im Jahr 1947, im Herbst, wurde er nach der Verabschiedung der Verfassung in die Bürgerschaft gewählt. Er hat ihr auch in den folgenden fünf Wahlperioden, also fast ein Vierteljahrhundert lang, angehört. Es würde zu weit führen, jedenfalls im Rahmen einer im Zeitraffertempo vorgenommenen Würdigung, alle die Funktionen und Ämter aufzuzählen, die der ausgeschiedene Präsident im Laufe der Jahre oder, besser gesagt, im Laufe der Jahrzehnte, wahrgenommen und bekleidet hat.

Ich möchte mich eigentlich nur auf die Erwähnung seiner langjährigen und verdienstvollen Tätigkeit in der Finanzdeputation beschränken, deren Sprecher er Ende 1955 wurde. In dieser letzteren Eigenschaft bin ich ihm selbst im Haushaltsausschuß erstmals begegnet, und zwar unmittelbar nachdem ich selbst vom Richterstuhl in einen Senatssessel gewechselt war. Ich war damals sehr beeindruckt sowohl von der Liebenswürdigkeit und Konzilianz seiner Verhandlungsführung, aber auch von seiner großen Sachkunde, insonderheit seiner Kenntnis von Dingen und Fragen der Verwaltung, die bis ins Detail gingen.

Am 9. November 1966 wählte die Bürgerschaft Herrn Engel erstmals anstelle des damals ausgeschiedenen langjährigen Präsidenten August Hagedorn in ihr höchstes Amt. Am 8. November des nächsten Jahres wurde er in diesem Amt bestätigt, nachdem die jetzige Bürgerschaft gewählt worden war. Beide Wahlen erfolgten einstimmig.

Es war vorauszusehen, daß der 1966 neugewählte Präsident, damals schon über 65 Jahre alt, in dieser Eigenschaft nicht das Amtsalter seines Vorgängers erreichen würde. Er hat aber die Zeit genützt und die Lösung einer Reihe von Aufgaben und Problemen herbeigeführt oder maßgeblich zu ihrer Lösung beigetragen, die ihm von seinem Amtsvorgänger überkommen waren. Dazu gehörten besonders das Petitionsrecht, das dann durch Gesetz vom 13. Mai 1969 seine Regelung gefunden hat. Damit schloß sich eine längst auszufüllende Lücke in unserem bremischen Staatsrecht. Dazu gehörte ferner aber auch die Einrichtung der Fragestunde. Sie diente dem Ziel, die Verhandlungen dieses Hauses im wesentlichen und stärkerem Maße, als es bisher geschehen war, geschehen konnte, zu beleben.

Die in zunehmendem Umfange erfolgte Einsetzung von nichtständigen Bürgerschaftsausschüssen muß in diesem Zusammenhang ebenso genannt werden wie die stete Anteilnahme, die der ausgeschiedene Präsident den Arbeiten des nichtständigen Ausschusses zur Überprüfung der Landesverfassung entgegengebracht hat.

Lassen Sie mich abschließend zum Ausdruck bringen, daß es wohl niemanden unter uns geben dürfte, der es nicht bedauert, daß Präsident Engel die Zügel vorzeitig aus der Hand geben mußte. Seine Erfahrung als Parlamentarier, seine Bedächtigkeit, seine Einsatzfreude und auch sein abgewogenes Urteil werden wir alle sehr vermissen. Das gilt insbesondere für die Mitglieder des Vorstands, die mit ihm stets harmonisch zusammengearbeitet haben. Für seine Leistung aber gebührt ihm nicht nur der Dank dieses Hauses, sondern auch der Dank der Bevölkerung, der letztlich sein Einsatz gegolten hat.

Wir alle aber wünschen unserem ausgeschiedenen Präsidenten, daß sich sein Gesundheitszustand bald wieder kräftigen möge und daß er in die Lage versetzt wird, wie es ihm ja vorschwebt, seinem bürgerlichen Beruf als Steuerbevollmächtigter, wenn auch im verminderten Umfang, weiter nachzugehen.

(Langanhaltender Beifall)

Wir treten jetzt in die Wahlhandlung ein.

Das Vorschlagsrecht für die Wahl des Präsidenten der Bürgerschaft steht der SPD-Fraktion zu. Diese Fraktion hat mit Schreiben vom 11. Januar 1971 den bisherigen Vizepräsidenten Herrn Dr. Dieter Klink für die Wahl zum Präsidenten der Bürgerschaft vorgeschlagen.

Ich habe die Frage an das Haus zu richten, ob weitere Vorschläge gemacht werden.

Das ist offenbar nicht der Fall. Dann eröffne ich die Beratung, um dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion die Gelegenheit zu geben, eine Erklärung zu der Wahl abzugeben.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Im Namen der CDU-Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Die Bürgerschaftsfraktion der CDU hat feststellen müssen, daß der von der SPD-Fraktion für das Amt des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vorgeschlagene Kandidat, Herr Dr. Dieter Klink, in Ausübung seines Amtes als Vizepräsident dieses Hauses mehrfach nicht die erforderliche Ausgewogenheit und das nötige Augenmaß bewiesen hat.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Na!)

Überdies ist seine Qualifikation für das hohe Amt des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft auch in den Reihen der SPD umstritten.

Die CDU-Fraktion sieht sich nach alledem nicht in der Lage, die Wahl des Abgeordneten Dr. Klink zum Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zu unterstützen. Da aber nach allgemeiner parlamentarischer Gepflogenheit das Recht, den Kandidaten für das Amt des Präsidenten zu benennen, der stärksten Fraktion zusteht, wird die CDU-Fraktion die Wahl des Kandidaten Dr. Dieter Klink nicht ablehnen, sondern sich der Stimme enthalten. Die Verantwortung für diesen Wahlvorschlag trägt ja sowieso allein die Fraktion der SPD.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Das glaube ich auch!)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Stäcker.

Abg. **Stäcker** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben soeben die Erklärung der CDU-Bürgerschaftsfraktion gehört. Ich bedaure diese Erklärung. Sie ist ungewöhnlich. Ich beantrage daher im Namen meiner Fraktion eine Unterbrechung der Sitzung von 30 Minuten.

Vizepräsident Dr. Zander: Es ist Unterbrechung der Sitzung für 30 Minuten beantragt worden.

Ich habe die Frage an das Haus zu richten, wer für diesen Antrag der SPD-Fraktion ist.

(Dafür SPD, FDP und NPD)

Das ist die Mehrheit. Dann unterbreche ich die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung 10.33 Uhr.)

*

Vizepräsident Dr. Zander eröffnet die Sitzung wieder um 11.13 Uhr.

Vizepräsident Dr. Zander: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen meiner Fraktion darf ich folgende Erklärung abgeben:

1. Wir weisen die beiden ungehörigen und unzutreffenden Werturteile, nämlich mangelnde Ausgewogenheit und kein richtiges Augenmaß, zurück.

2. Die SPD-Fraktion bekennt sich mit besonderer Genugtuung zu ihrem Personalvorschlag für den Präsidenten der Bürgerschaft, weil Dr. Dieter Klink in einer für die parlamentarische Demokratie in Bremen besonders schwierigen Situation anläßlich der Straßenbahnunruhen sichtbar und glaubhaft auch für seine heutigen Kritiker gegenüber allen Beteiligten, besonders aber gegenüber der jungen Generation unter Wahrung der demokratischen Prinzipien das Ansehen der im Parlament vertretenen demokratischen Parteien in der Öffentlichkeit wirkungsvoll repräsentiert hat.

(Beifall bei SPD und FDP)

3. Im übrigen stellt meine Fraktion fest, daß die CDU Demokratie mißversteht, wenn sie aus einem normalen Wahlvorgang, bei dem zwei befähigte Kandidaten für das Amt des Bürgerschaftspräsidenten anstanden, gegen den mit Mehrheit gewählten Kandidaten für sich negative Werturteile ableitet.

Meine Fraktion kann diesen unerhörten und einmaligen Vorgang in der Nachkriegsgeschichte unseres Parlaments nur mit dem Versuch der CDU erklären, mit ihrer Darstellung den Wahlkampf schon jetzt eröffnen zu wollen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Namen der FDP-Fraktion erkläre ich folgendes:

Es ist ungeschriebenes demokratisches Gesetz, einen Vertreter der jeweils stärksten Fraktion eines Parlaments zu dessen Präsidenten zu wählen. Die CDU geht aus durchsichtigen wahltaktischen Gründen davon ab. Die FDP verachtet dieses Gebaren.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen der NPD-Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Die Wahl des Präsidenten der Bürgerschaft ist keine politische Entscheidung, die das Parlament zu treffen hat. Sie ist vielmehr die Wahl einer Person, die von einer Partei, die das alleinige Vorschlagsrecht für diese Wahl besitzt, vorgeschlagen wird. Nach den Usancen dieses Hauses bei der Wahl von Abgeordneten in Deputationen und Ausschüsse ist den Vorschlägen der vorschlagsberechtigten Partei ohne jede Personaldebatte entsprochen worden. Die NPD-Fraktion will unter gar keinen Umständen von diesen Usancen dieses Hauses abweichen.

(Beifall bei der NPD — Abg. F i c h t n e r [NPD]: Zur Geschäftsordnung!)

Vizepräsident Dr. Zander: Zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Fichtner das Wort.

Abg. **Fichtner** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Vorgehen der CDU-Fraktion ist ja einigermaßen ungewöhnlich. Ich habe mich den Ausführungen unseres Fraktionsvorsitzenden anzuschließen, der ja das Grundsätzliche gesagt hat!

Aber angesichts dieser ungewöhnlichen Situation bin ich der Meinung, daß man diese Wahl geheim durchführen sollte. Ich beantrage deshalb gemäß § 58 der Geschäftsordnung geheime Wahl.

(Abg. K o s c h e k [CDU]: Wo bleibt der Applaus?)

Vizepräsident Dr. Zander: Meine Damen und Herren, nach § 58 der Geschäftsordnung kann eine Wahl ohne Abgabe von Stimmzetteln nur dann unterbleiben, wenn das Haus einmütig zustimmt.

Das ist, wie Sie hier aus der Erklärung von Herrn Fichtner entnommen haben, nicht der Fall. Wir müssen also, obwohl nur ein Wahlvorschlag vorliegt, die Wahl durch Abgabe von Stimmzetteln vornehmen.

Ich bitte, dafür zu sorgen, daß jetzt Stimmzettel verteilt werden.

Ich habe dem nur hinzuzufügen, daß derjenige, der für die Wahl des Abgeordneten Dr. Klink ist, den Stimmzettel mit Ja beschreibt, wer dagegen ist, mit Nein, wer sich der Stimme enthält, gibt einen weißen Zettel ab.

(Es erfolgt die Verteilung der Stimmzettel.)

Ich habe die Frage an die Mitglieder des Hauses zu richten, ob jedes Mitglied — es sind insgesamt 94 Stimmzettel ausgegeben worden — seinen Stimmzettel ausgefüllt und abgegeben hat.

(Z u r u f e : Nein, keineswegs!)

Darf ich meine Frage von vorhin noch einmal wiederholen, ob alle Stimmzettel abgegeben worden sind? — Das scheint also der Fall zu sein! Der Wahlgang ist nunmehr abgeschlossen!

(Glocke)

Meine Damen und Herren, nachdem nunmehr auch die Zählung abgeschlossen ist, kann ich Ihnen das Ergebnis der Wahl bekanntgeben:

Es sind, wie ich bereits vorhin ausgeführt habe, 94 Abgeordnete anwesend und auch 94 Stimmzettel ausgegeben worden. Abgegeben sind jedoch nur 93 Stimmzettel. Von diesen 93 haben 60 mit Ja gestimmt, mit Nein 6. 26 Enthaltungen liegen vor, und eine Stimme ist ungültig.

Danach ist festzustellen, daß der Abgeordnete Dr. Dieter Klink zum Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft gewählt worden ist.

(Starker Beifall bei SPD und FDP)

Ich habe nunmehr die Frage an Sie zu richten, Herr Dr. Klink, ob Sie die Wahl zum Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft annehmen.

(Abg. D r . K l i n k [SPD]: Ich nehme die Wahl an!)

Bevor ich Sie bitte, nunmehr den Ihnen gebührenden Platz auf dem Präsidentenstuhl einzunehmen, darf ich Ihnen im Namen des Hauses und auch in meinem persönlichen Namen unser aller sehr herzliche Wünsche für Ihre Amtsführung aussprechen.

Ich darf darauf hinweisen, daß die Amtsführung Sie vor eine Reihe neuer Aufgaben stellen wird. Sie selbst haben ja Gelegenheit gehabt, im Amt des Vizepräsidenten Ihre Erfahrungen zu sammeln. Möge es Ihnen vergönnt sein, das Schiff „Bremische

Bürgerschaft" für den Rest der Legislaturperiode sicher durch die Wellen zu steuern.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich unterbreche nunmehr die Sitzung für 10 Minuten.

(Unterbrechung der Sitzung: 11.34 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 11.45 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Meine Damen und Herren! Sie werden Verständnis haben, wenn ich noch einmal auf den Wahlakt zurückkomme. Ich bedanke mich recht herzlich bei den Mitgliedern des Präsidiums für die mir ausgesprochenen Glückwünsche.

Ich danke für das Vertrauen, das Sie mir soeben durch die Wahl zum Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft entgegengebracht haben. Durch meine Amtsführung werde ich mich auch um das Vertrauen derjenigen Kollegen bemühen, die sich heute nicht für mich entscheiden konnten.

(Beifall bei der CDU)

Ihr Vertrauensbeweis wird mir Verpflichtung sein, das Amt des Präsidenten überparteilich und gerecht gegen jedermann unter strenger Beachtung unserer Geschäftsordnung zu führen. Ich werde über die Wahrung der Rechte der Bürgerschaft sorgfältig wachen und die verfassungsmäßigen Aufgaben gegenüber den übrigen Staatsgewalten mit Nachdruck vertreten.

Ich hoffe, daß mir durch eine gute Zusammenarbeit in der Verwaltung, im Bürgerschaftsvorstand und durch eine breite Unterstützung in diesem Hause die Wahrnehmung dieser Aufgaben erleichtert wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer auf dem Präsidentenstuhl sitzt, spricht nicht mehr für einzelne Fraktionen, sondern für das Gesamtparlament. Die parteipolitische Bindung des Präsidenten hat zurückzutreten bei der Ausübung dieses Amtes.

Diese laufende Legislaturperiode endet in etwa 10 Monaten. Diese Zeit ist, gemessen an den vor uns liegenden Aufgaben, kurz, vor allem, wenn man bedenkt, daß die Konturen der Wahlauseinandersetzung sehr bald in diesem Haus sichtbar werden. Das ist auch mehr als verständlich, denn unter parlamentarischer Demokratie wird man, um mit Schumpeter es einmal auszudrücken, „jenes institutionelle Arrangement zur Begründung politischer Entscheidungen" verstehen können, bei den Gruppen die Macht zu entscheiden, mit Hilfe eines Konkurrenzkampfes um die Stimme des Volkes werben.

Dieser bevorstehende Konkurrenzkampf ist hier atmosphärisch sehr früh erkennbar. Wir sollten uns mit Rücksicht auf die zur Entscheidung anstehenden Sachfragen darum bemühen, daß diese Einflüsse unseren Arbeitsstil und unsere Arbeitsergebnisse nicht allzusehr beeinträchtigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werde auf dem aufbauen, was meine beiden verehrten Amtsvorgänger, Hagedorn und Engel, geschaffen haben. Für mich erhalten dabei, ebenso wie es bei Präsident Engel der Fall gewesen ist, die Ausführungen in bezug auf die Stellung des Parlaments von Präsident Hagedorn vom 26. November 1963 vor diesem Hause besonderes Gewicht.

Wir wissen, die parlamentarische Demokratie lebt vom Vertrauen aller Bürger. Das gilt in besonders starkem Maße für die Bürgerschaft, für unser bremisches Parlament, in dem sich die politischen Meinungen und die Interessen unserer Bürger artikulieren und zu Worte kommen. Ich meine, wir müssen immer wieder erneut dem Bürger die Gewißheit geben, daß unserer Arbeit in diesem Hause seine Interessen zugrunde liegen, daß wir seine Sorgen zu unseren Sorgen machen, daß wir stets ein offenes Ohr für seine Anregungen und Anliegen besitzen, denn wir sind Beauftragte des wahlberechtigten Bürgers.

Durch Verfassungsänderung haben wir das Wahlalter herabgesetzt und damit Chancen zur verantwortlichen Mitarbeit in unserem Staat für jüngere Menschen geschaffen, die es früher nicht gab. Meine Damen und Herren, zum ersten Mal in der bremischen parlamentarischen Geschichte haben Achtzehnjährige das aktive Wahlrecht, das politische Mitbestimmungsrecht. Wir Parlamentarier können dem Staatsbürger nur Rechte schaffen. Ob er hiervon Gebrauch macht, liegt bei ihm. Wir hoffen sehr, daß die Jungwähler von ihrem Recht Gebrauch machen.

Unsere parlamentarische Ordnung lebt vom Vertrauen, das wir alle ihr entgegenbringen. Wir wissen um die Ecken und Kanten unseres Verfassungssystems und bemühen uns, diese, wo und wann wir immer es vermögen, zu glätten. Aber ich glaube, wir wissen alle auch, daß keine politische Ordnung den mehrheitlichen Willen aus einer Vielfalt von Meinungen besser zum Ausdruck bringen kann als diese Ordnung. Diese Ordnung lohnt deshalb unseren Einsatz, den Einsatz aller Bürger.

Unsere Arbeit wird dem Bürger nur dann nahegebracht, wenn sie von Rundfunk, Fernsehen und Presse sachgemäß vermittelt wird. Hierin liegt eine verantwortungsvolle Aufgabe.

Verfassungen sind keine Urkunden aus Papier, sondern gewinnen ihr Eigenleben aus der Tradition. Daß unser neues bremisches Staatswesen im Laufe eines Vierteljahrhunderts Ansätze zur Tradition entwickelt, ergeben die Daten: Im Oktober dieses Jahres können wir nach dem Interregnum des Dritten Reiches auf eine 25jährige Tätigkeit der freigewählten Bürgerschaft zurückblicken.

Die erste wirklich demokratische Verfassung unseres Landes wurde vor 50 Jahren beschlossen. Im nächsten Jahr wird unsere gegenwärtige Landesverfassung 25 Jahre bestehen.

Aber natürlich kann ein freiheitliches Staatswesen nicht nur aus der Tradition leben. Uns obliegt die Pflicht, nach Maßgabe der Notwendigkeiten unseres Gemeinschaftslebens den Text der Verfassung immer wieder auf eine Übereinstimmung mit den Erfordernissen unserer Zeit und der Zukunft zu überprüfen. Dabei wird man gerade bei Verfassungsfragen mit Bedächtigkeit und Behutsamkeit vorgehen müssen, denn für die Verfassungspolitik hat der Satz von Max Weber Gültigkeit, wonach Politik bedeutet: „Ein starkes langsames Bohren von harten Brettern, mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich." An diese nüchterne und realistische Feststellung, die für die Politik, so meine ich, ganz allgemein gilt, seien alle erinnert, die die berechtigte und notwendige Ungeduld in der Politik zu einer Politik der Ungeduld hinführen möchten.

Meine Damen und Herren, trotz Wahlkampf und notwendiger politischer Auseinandersetzung fordert unsere Aufgabe von uns ein Mindestmaß an grundsätzlicher Übereinstimmung. Es ist meine aufrichtige Absicht, diese Grundlage zu wahren und zu einem Geist der Fairneß in diesem Hause nach Kräften beizutragen. Sie alle bitte ich, mich hierin zum Wohle Bremens zu unterstützen. — Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Starker Beifall bei allen Fraktionen)

Wir fahren in der Tagesordnung fort:

Wahl eines Vizepräsidenten der Bürgerschaft

Durch meine Wahl zum Präsidenten ist es erforderlich geworden, einen Vizepräsidenten neu zu wählen. Das Vorschlagsrecht für den frei gewordenen Sitz steht der SPD-Fraktion zu, die mit Schreiben vom 11. Januar 1971 den Abgeordneten Gerhard B u g l a vorgeschlagen hat.

Die Beratung ist eröffnet.

(Abg. F i c h t n e r [NPD]: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Fichtner.

Abg. **Fichtner** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Um ganz klar zu dokumentieren, daß bei der vorhergehenden Wahl kein Affront gegen den Kollegen Dr. Dieter Klink, den jetzigen Präsidenten, vorgelegen hat, und auf der anderen Seite gewissermaßen zur Wahrung der Chancengleichheit beantrage ich auch geheime Wahl für den Vizepräsidenten.

Präsident Dr. Klink: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist vom Abgeordneten Fichtner geheime Wahl beantragt worden. Ich eröffne den Wahlgang, wobei ich feststelle, daß keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Ich bitte, die Zettel zu verteilen.

Meine Damen und Herren, darf ich feststellen, wer sich für den Abgeordneten Bugla ausspricht, daß er zum Vizepräsidenten gewählt wird, der stimme mit ja. Wer dagegen ist, der stimme mit nein. Wer sich der Stimme enthält, mache einen Strich. Ich bitte, um Zweifel auszuräumen, diese Stimmabgabe auf der bedruckten Seite des Stimmzettels vorzunehmen.

(Es folgt die Verteilung der Stimmzettel)

Ich stelle fest, daß alle Stimmzettel abgegeben sind. Ich bitte, mit der Auszählung zu beginnen.

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Wahlergebnis bekannt:

Es wurden 94 Stimmzettel ausgegeben, abgegeben wurden 93 Stimmzettel. Ein Stimmzettel wurde nicht abgegeben. Folgendes Stimmenergebnis liegt vor: Ja-Stimmen 82, Nein-Stimmen 7, Enthaltungen 3, eine Stimme ist ungültig.

Ich stelle fest, damit ist der Abgeordnete Bugla zum Vizepräsidenten der Bremischen Bürgerschaft gewählt.

(Beifall)

Herr Abgeordneter Bugla, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen?

(Abg. B u g l a [SPD]: Ich nehme die Wahl an!)

Nachdem Sie die Wahl angenommen haben, darf ich Ihnen meine und die Glückwünsche des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft und des ganzen Hauses aussprechen. Ich bin überzeugt, daß wir zu einer guten Zusammenarbeit kommen werden.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nachdem die Wahlen abgeschlossen sind und bevor wir in der Beratung der übrigen Tagesordnung fortfahren, gestatten Sie mir vorweg, einige Mitteilungen zu machen.

Wie Herr Vizepräsident Dr. Zander bereits zu Beginn der Sitzung bekanntgegeben hat, ist Herr Präsident E n g e l durch Verzicht aus der Bürgerschaft ausgeschieden. Der Landeswahlleiter hat mit Schreiben vom 12. Januar 1971 mitgeteilt, daß anstelle des Abgeordneten Hermann Engel Herr Hermann L ü r s s e n am 11. Januar 1971 in die Bürgerschaft eingetreten ist. Herr Lürssen gehört der Fraktion der SPD an.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf Sie, Herr Abgeordneter Lürssen, in unserer Mitte begrüßen und Ihnen eine erfolgreiche Weiterführung der nur kurz unterbrochenen parlamentarischen Tätigkeit wünschen. Sie sind ja durch Ihre ununterbrochene Mitgliedschaft in den Deputationen für das Wohlfahrtswesen und für Ernährung und Landwirtschaft auch nach Ihrem Ausschei-

den in ständigem Kontakt mit dem Parlament geblieben. Insofern sind Sie in die Bürgerschaft zurückgekehrt.

Der Senat hat eine Mitteilung vom 12. Januar 1971 überreicht, die einen Bericht über die Steuereinnahmen 1970 enthält. Dieser Bericht war durch einen Beschluß der Bürgerschaft (Landtag) vom 9. Dezember 1970 angefordert worden.

Diese Mitteilung des Senats steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 5. Ich werde deshalb die Mitteilung zusammen mit Punkt 5 zur Verhandlung stellen.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist damit einverstanden.

Weiterhin hat der Senat eine Mitteilung vom 12. Januar 1971 übersandt: Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes (Drucksachenabteilung I Nr. 161).

Für diese Mitteilung hat der Senat um dringliche Behandlung gemäß Artikel 99 der Landesverfassung gebeten.

Interfraktionell ist vereinbart worden, diese dringliche Mitteilung gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 22 nach Punkt 11 zur Verhandlung zu stellen.

Erheben sich gegen diesen Vorschlag Bedenken? — Das ist nicht der Fall, dann werde ich so verfahren.

Durch das Ausscheiden von Herrn Präsident Engel sowie durch meine Wahl zum Präsidenten der Bürgerschaft ist es erforderlich geworden, einen Sitz im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß neu zu besetzen. Die vorschlagsberechtigte SPD-Fraktion hat bereits einen Wahlvorschlag unterbreitet, und ich werde deshalb diese Wahl außerhalb der Tagesordnung nach Punkt 27 vornehmen lassen.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist damit einverstanden.

Von dem Abgeordneten Dr. Sieling und CDU-Fraktion ist ein Entschließungsantrag eingereicht worden: Änderung des geltenden Bodenrechts (Drucksachenabteilung II Nr. 449).

Die Entschließung ist hektographiert verteilt worden. Sie steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 23. Ich werde sie deshalb mit diesem Verhandlungsgegenstand zur Beratung stellen.

Der Abgeordnete Vorsatz und NPD-Fraktion haben einen Dringlichkeitsantrag eingereicht: Verhinderung von Veranstaltungen mit obszönem Charakter in den Räumen der Pädagogischen Hochschule (Drucksachenabteilung II Nr. 450).

(Abg. E i l e r s [SPD]: Was ist obszön?)

Auch dieser Antrag wurde hektographiert verteilt. Ich nehme an, daß ich auf eine Verlesung dieses Antrags verzichten kann. Ich höre keinen Widerspruch. — Sie sind damit einverstanden.

Gemäß § 21 der Geschäftsordnung müssen wir zunächst einen Beschluß über die dringliche Behandlung dieses Antrags vornehmen. Wird eine Begründung der Dringlichkeit gewünscht?

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Kruse.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Weil die Muehl-Veranstaltung hier im Dezember 1970 nicht programmgemäß durchgeführt werden konnte, soll man wieder ein neues Happening planen. In anderen Ländern ist sofort ein Untersuchungsverfahren eingeleitet worden, und die Veranstalter, die für die Durchführung verantwortlich waren, sind erst einmal zur Rechenschaft gezogen worden. Um hier vorher zu prüfen, ob der Senat solche Veranstaltungen schweigend dulden sollte, wie das letzte Mal, oder nicht, bitten wir um dringliche Behandlung unseres Antrags.

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, Sie haben die Begründung für dringliche Behandlung des vorliegenden Antrags gehört.

Wer der dringlichen Behandlung dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür CDU und NPD)

Die dringliche Behandlung ist abgelehnt. Der Gegenstand kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Der Abgeordnete Dr. Sieling und CDU-Fraktion haben eine Anfrage eingereicht: Strukturelle Verbesserungen im öffentlichen Dienst; Zulagen an besondere Beamtengruppen; Aus- und Fortbildung der Justizvollzugsbeamten (Drucksachenabteilung II Nr. 451).

Der Wortlaut der Anfrage liegt Ihnen hektographiert vor. — Auf eine Verlesung kann ich wohl verzichten. — Ich höre keinen Widerspruch. — Das ist beschlossen.

Da um mündliche Beantwortung gebeten ist, muß ich hierüber gemäß § 29 der Geschäftsordnung abstimmen lassen.

Wer die mündliche Beantwortung dieser Anfrage beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die mündliche Beantwortung.

(Einstimmig)

Ich werde die Anfrage unverzüglich dem Senat zuleiten. Sie kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Alle übrigen Eingänge bitte ich, dem verteilten Umdruck zu entnehmen:

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Antrag des Abgeordneten Dr. Sieling und CDU-Fraktion vom 19. Januar 1971: Bericht über die Strafvollzugsbehörden im Lande Bremen (Gefängnisreport) — (Drucksachenabteilung II Nr. 452).

Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Antrag des Abgeordneten Dr. Sieling und CDU-Fraktion vom 19. Januar 1971: Durchführung des Berufsschulunterrichts im Lande Bremen gemäß § 23 des Schulgesetzes — (Drucksachenabteilung II Nr. 453).

Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

II. Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung

1. Dokumentation über die Referate und Diskussionen des 43. Bundestages des **Bundes Deutscher Architekten.**
2. Schreiben von Herrn Karl Hinrichsen, Bremen, zur Frage der **Verschmutzung der Luft** durch Ölheizungen.

Die Eingaben können in der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

An unserer heutigen Vormittagssitzung nehmen unter anderen Zuhörern teil eine Gruppe des Zweiten Panzerartillerie-Bataillon 315 Wildeshausen — ich höre, sie haben das Haus schon verlassen —, eine Klasse der Kaufmännischen Berufsschule für Kreditinstitute, Versicherungen und Industrie und eine Klasse der Hauptschule Regensburger Straße.

(Beifall)

Ich begrüße Sie sehr herzlich. Sie waren heute Zeuge eines nicht alltäglichen Wahlvorgangs. Es tut mir leid, daß ich erst jetzt dazu komme, Sie in unserem Haus zu begrüßen.

Wir fahren mit der Beratung der Tagesordnung fort.

Ich rufe auf Punkt 3

Fragestunde

Es sind fünf Fragen frist- und formgerecht eingereicht worden.

Die erste Frage beschäftigt sich mit einer zentralen Beratungsstelle für Gastarbeiter. Diese Frage ist unterzeichnet von dem Abgeordneten John und FDP-Fraktion sowie den Abgeordneten Kiene und Launspach, SPD-Fraktion.

Ich bitte Herrn John, die Frage zu stellen.

Abg. **John** (FDP): Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um eine Zentrale für die Beratung und Betreuung von Gastarbeitern im Lande Bremen einzurichten?

(Abg. Wilma L a n d w e h r [SPD]: Ausländische Arbeitnehmer!)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Jantzen, sind Sie bereit, die Frage zu beantworten? — Bitte sehr!

Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen Jantzen: Die Betreuung ausländischer Arbeitnehmer ist im Lande Bremen durch die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung ausländischer Arbeitnehmer" bereits seit dem Jahr 1964 koordiniert. Dieser Arbeitsgemeinschaft gehören zur Zeit folgende Organisationen und Verbände an:

Arbeiterkammer Bremen — als federführende und verwaltende Institution —, „Arbeit und Leben", Arbeiterwohlfahrt, Innere Mission, Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Industriegewerkschaft Metall, Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten.

Die Schwerpunkte der Betreuung nach Nationalitäten oder Konfessionen der im Lande Bremen zur Zeit rund 13 000 — davon 9 500 Männer und 3 500 Frauen — beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer sind:

a) Arbeiterwohlfahrt: Jugoslawen, Türken; b) Innere Mission: Griechen; c) Caritas-Verband: katholische Gastarbeiter: Spanier und Italiener; d) Centro Espanol — in Zusammenarbeit mit der Arbeiterkammer —: die spanischen ausländischen Arbeitskräfte; e) Arbeiterkammer — in Zusammenarbeit mit „Arbeit und Leben" —: arbeitsrechtliche Betreuung, außerdem: übernationales Betreuungszentrum — Freizeiträume — in Bremen-Nord.

Für die Arbeitsvermittlung und die Beratung in Arbeits- und Berufsfragen ist das Arbeitsamt zuständig.

Da die Arbeitsgemeinschaft bereits eine Zentralstelle für die Betreuung ausländischer Arbeitnehmer darstellt, besteht seitens des Senats keine Notwendigkeit, die Betreuung der Gastarbeiter im Lande Bremen neu zu regeln.

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter John, haben Sie den Wunsch, Zusatzfragen zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **John** (FDP): Gibt es eklatante Fälle, wo durch Ausnutzung der Unkenntnis von Gastarbeitern zum Beispiel auf dem Gebiet des Wohnungswesens eingegriffen werden mußte?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Jantzen: Ja!

Präsident Dr. Klink: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. J o h n [FDP]: Danke!)

Haben weitere Abgeordnete den Wunsch, Zusatzfragen zu stellen?

Bitte, Herr Sagner!

Abg. **Sagner** (CDU): Herr Senator, können Sie uns Auskunft geben, wie sich diese Betreuung in Bremerhaven auswirkt?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Jantzen: Wie sie sich auswirkt, kann ich nicht beantworten, aber sie ist genauso organisiert. Da ich vom Land Bremen gesprochen habe, war natürlich Bremerhaven eingeschlossen.

Abg. **Sagner** (CDU): Sie betonen da nur Bremen-Nord!

Senator Jantzen: Nein, das ist das übernationale Zentrum!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Fichtner!

Abg. **Fichtner** (NPD): Herr Senator, besteht die Möglichkeit, die Arbeitsgemeinschaft insofern auszuweiten oder zu ergänzen, daß damit auch die Angestellten — solche gibt es ja unter den Gastarbeitern — vertreten sind? Ich denke dabei an die Deutsche Angestelltengewerkschaft und die Angestelltenkammer.

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Jantzen: Für die Möglichkeit des Beitritts bin ich nicht verantwortlich, sondern — ich hatte bereits darauf hingewiesen — federführend ist die Arbeiterkammer in dieser Kooperation. Wenn die Deutsche Angestelltengewerkschaft oder die Angestelltenkammer solche Absichten hätten, nehme ich an und gehe davon aus, daß sie sich bereits an uns, entweder an die Arbeitsbehörde oder an die Arbeiterkammer gewandt hätten. Ich kann die Frage nicht beantworten, ob sie das bereits in der Vergangenheit getan haben. Mir ist davon nichts bekannt, aber ich glaube, es stünde nichts entgegen, wenn sie eine solche Beteiligung beabsichtigen, sie zu beteiligen.

Präsident Dr. Klink: Vielen Dank, Herr Senator Jantzen! Damit ist die erste Frage abgeschlossen. Ich möchte Sie aber bitten, bleiben Sie gleich hier, weil die zweite Frage ebenfalls auf Sie zukommt.

Die zweite Frage behandelt den Fall des Spaniers Manuel Gracia. Diese Frage ist unterschrieben von den Abgeordneten Horst-Werner Franke, Stäcker und SPD-Fraktion.

Ich bitte Sie, Herr Abgeordneter Franke, die Frage zu stellen.

Abg. **Franke** (SPD): Welche Möglichkeit sieht der Senat, für die weitestgehende Wiederherstellung von Gesundheit und Bewegungsfähigkeit des Spaniers Manuel Gracia zu sorgen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen Jantzen: Die Antwort des Senats lautet wie folgt:

Nach Auffinden durch die Polizei ist der Patient sofort in fachärztlich stationäre Behandlung eines Krankenhauses in Bremen aufgenommen worden. Damit ist Unterbringung und ärztliche Versorgung sichergestellt. Nach Auskunft des Krankenhauses hat das spanische Konsulat die Übernahme der Krankenhauskosten zugesichert. Zunächst ist der weitere Krankheitsverlauf abzuwarten, und es wird sicher noch einige Monate dauern, bis prothetische Versorgung und Wiederherstellung der Bewegungsfähigkeit möglich ist. Nach Abheilung der Stümpfe wird dafür gesorgt, daß eine orthopädische Versorgung und Gehschulung sichergestellt wird.

Der Senat stellt fest, daß Herr Gracia gemäß § 120 Absatz 1 des Bundessozialhilfegesetzes einen Rechtsanspruch hat auf Hilfe zum Lebensunterhalt, umfassende Krankenhilfe und Hilfe zur Pflege, soweit er sich im Zuge der Wiederherstellung seiner Gesundheit und Bewegungsfähigkeit Verpflichtungen gegenüber sieht, denen er weder aus eigenen Mitteln noch über Ansprüche gegen Dritte zu entsprechen vermag.

Der Senator für Wohlfahrt und Jugend wird wegen der Besonderheit dieses Einzelfalles Herrn Gracia sozialhilferechtlich wie einen Bundesbürger behandeln, wenn weitere besondere Hilfeleistungen geboten erscheinen. Bis zur Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit wird Herrn Gracia das Gastrecht in der Bundesrepublik gewährt.

(Beifall)

Präsident Dr. Klink: Werden aus dem Hause Fragen gestellt? — Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Senator, sehen Sie rechtliche Möglichkeiten, nach Wiederherstellung der Gesundheit des Spaniers ein Abschieben zu verhindern?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Jantzen: Herr Klein, ich glaube, ein Abschieben kann ich nicht verhindern. Wir haben aber darauf hingewiesen und mit der Innenverwaltung abgestimmt, daß wir das Gastrecht Herrn Gracia gewähren. Von unserer Seite besteht keinerlei Veranlassung, Herrn Gracia eines Tages abzuschieben, was nicht bedeutet, daß möglicherweise die spanische Regierung oder das spanische Konsulat tätig wird wegen der Zurückführung des Patienten — so möchte ich ihn gegenwärtig einmal betrachten — in seinen Heimatort. Von unserer Seite bestehen keinerlei Absichten.

Präsident Dr. Klink: Eine weitere Frage von Frau Abgeordnete Hänecke. Bitte schön!

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Herr Senator, sind Sie mit mir der Meinung, daß man durch die Beschaffung eines Arbeitsplatzes eventuell da auch noch hilfreich unsere Bemühungen fortsetzten könnte, den Mann hier zu belassen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Jantzen: Frau Hänecke, ich stimme Ihrer Auffassung zu. Wenn Herr Gracia die Absicht hat, hierzubleiben, wird auch sicherlich diese Frage, für ihn gemäß seiner Verletzung einen geeigneten Arbeitsplatz zu finden, mit in unser Bemühen einbezogen.

Präsident Dr. Klink: Vielen Dank, Herr Senator, für Ihren Beitrag!

Die nächste Frage beschäftigt sich mit den Plänen für die Autobahnanschlußstelle Freihäfen. Sie ist unterschrieben von den Abgeordneten Schumacher, Dr. Sieling und CDU-Fraktion.

Ich bitte Herrn Abgeordneten Schumacher, seine Frage zu stellen.

Abg. **Schumacher** (CDU): Wir fragen den Senat:

Weshalb bekommt die Autobahnanschlußstelle Freihäfen, wie die bekannt gewordenen Pläne ausweisen, keine direkte Abfahrt- und Zufahrtmöglichkeit in beziehungsweise aus Richtung Verteilerkreis Bremen-Nord zum Bundesautobahnzubringer Osterholz-Scharmbeck?

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Seifriz, ich bitte Sie, diese Frage zu beantworten.

Senator für das Bauwesen Seifriz: Danke schön! Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Senat beantwortet durch mich die Frage wie folgt:

Die Verkehrsbeziehungen von der Bundesautobahn aus Richtung Bremen-Nord in Richtung Osterholz-Scharmbeck an der Anschlußstelle Bremen-Freihafen und umgekehrt sind gering. Sie sind mit Umwegen verbunden. Die ermittelten Prognosewerte sind so klein, daß ein Ausbau der entsprechenden Fahrbahnen nicht gerechtfertigt ist.

Für die genannten Verkehrsbeziehungen ist der Weg über die B 74 — später direkter Anschluß an den Verteilerkreis Bremen-Nord — oder über die BAB-Anschlußstelle Industriehäfen-Ritterhuder Heerstraße wesentlich günstiger.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, weitere Fragen zu stellen, Herr Abgeordneter Schumacher? — Bitte!

Abg. **Schumacher** (CDU): Herr Senator, ist daraus zu entnehmen, daß die Autobahnabfahrt in der angesprochenen Richtung vom Senat nicht für wichtig erklärt wird?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Seifriz: Diese ist vom Senat nicht für wichtig erklärt worden. Wir befinden uns hier auch in Übereinstimmung mit der gemeinsamen Landesplanung. Außerdem hat es darüber ein erneutes Gespräch mit der zuständigen Stelle in Osterholz-Scharmbeck gegeben. Ich gehe davon aus, daß auch hier Übereinstimmung besteht.

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Schumacher, haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen?

(Abg. S c h u m a c h e r [CDU]: Nein!)

Werden aus dem Haus weitere Zusatzfragen gestellt? — Bitte sehr, Herr Ramke!

Abg. **Ramke** (CDU): Herr Senator, warum hat der Senator für das Bauwesen nach unserer Auskunft auf die auch an ihn gerichtete Resolution des Kreistages Osterholz vom 20. 10. 70, daß bei der Autobahnabfahrt Freihäfen weder eine Auf- noch Abfahrt in Richtung Osterholz eingeplant ist, bisher keine Fühlungnahme mit dem Landkreis Osterholz aufgenommen, da diese Fühlungnahme im Sinne der gemeinsamen Landesplanung doch sehr sinnvoll gewesen wäre?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Seifriz: Ich kann dazu sagen, daß eine solche Fühlungnahme besteht.

Präsident Dr. Klink: Wird der Wunsch nach einer weiteren Zusatzfrage vorgetragen? — Das ist nicht der Fall. Ich bedanke mich Herr Senator Seifriz!

Die vierte Frage beschäftigt sich mit der Überwachung von Nahrungsmitteln. Diese Frage ist unterschrieben von den Abgeordneten Iversen, Dr. Sieling und CDU-Fraktion.

Ich bitten den Abgeordneten Iversen, seine Frage zu stellen.

Abg. **Iversen** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie erfolgt die Überwachung der Nahrungsmittel im Lande Bremen auf Quecksilbergehalt beziehungsweise Methylquecksilber bei Fischen unter Beachtung der sogenannten Nahrungsmittelkette?

Präsident Dr. Klink: Ich bitte Herrn Senator Jantzen, die Frage zu beantworten!

Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen Jantzen: Die Überwachung von Lebensmitteln auf den Gehalt von Quecksilber beziehungsweise Methylquecksilber erfolgt in Bremen durch Untersuchungen der Staatlichen Chemischen Untersuchungsanstalt Bremen nach anerkannten wissenschaftlichen Methoden.

Damit wäre die Frage eigentlich beantwortet. Der Senat gibt eine weitergehende Antwort: Nach Bekanntwerden von Presseverlautbarungen Ende vergangenen Jahres, daß US-amerikanische Behörden Thunfischkonserven wegen überhöhten Quecksilbergehalts aus dem Verkehr zu nehmen beabsichtigen und die britische Regierung aufgrund des amerikanischen Vorgehens Untersuchungen durchführen wolle, sind entsprechende Untersuchungen auch in Bremen veranlaßt worden. Ergebnisse liegen noch nicht vor, sind auch aus anderen Bundesländern noch nicht bekannt geworden. Bislang ist in Bremen im Rahmen der amtlichen Lebensmittelüberwachung ein Quecksilbergehalt bei Lebensmitteln nicht festgestellt worden.

Der für die Lebensmittelüberwachung verantwortliche Senator für das Gesundheitswesen mißt dieser Frage, die dem großen Gebiet des Umweltschutzes zuzurechnen ist, die gebührende Bedeutung bei. Dabei wird auch das Rückstandsproblem im Rahmen der sogenannten Nahrungskette — Plankton — Fischnährtiere — Fisch — Mensch; Pflanze — Tier — Mensch — entsprechend berücksichtigt.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Iversen? — Bitte sehr!

Abg. **Iversen** (CDU): Herr Senator, kann man Ihre Antwort so verstehen, daß zur Zeit keine regel-

mäßigen Untersuchungen von Amts wegen vorgenommen werden?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Jantzen: Nein, regelmäßige Untersuchungen werden von Amts wegen vorgenommen, aber nicht auf Quecksilbergehalt. Untersuchungen auf Quecksilbergehalt werden erst seit dem vergangenen Jahr vorgenommen. Die jeweiligen Untersuchungen haben an Fischen stattgefunden, aber die Ergebnisse dieser Untersuchungen liegen zur Zeit noch nicht vor.

Präsident Dr. Klink: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Iversen? — Bitte!

Abg. **Iversen** (CDU): Herr Senator, können Sie sagen, ob die Betriebe von sich aus oder von Amts wegen gehalten sind, laufende Untersuchungen vorzunehmen oder zu beachten?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Jantzen: So wohl-Als-auch! Einmal sind die Betriebe selbst zu bestimmten Überwachungen, die sich aus dem Lebensmittelrecht ergeben, verpflichtet, zum anderen führen wir aber auch von Amts wegen solche Untersuchungen durch. Denn gerade wir haben in Bremen ja vor einiger Zeit unser Lebensmittelrecht an das niedersächsische angeglichen, damit hier möglicherweise in diesem Raum, was die Fischwirtschaft anlangt, eine möglichst breite Übereinstimmung hinsichtlich des Lebensmittelsrechts besteht, um keine Wettbewerbsverzerrungen durch ein solches Gesetz aufkommen zu lassen.

Präsident Dr. Klink: Werden von anderen Abgeordneten Zusatzfragen gestellt? — Das ist nicht der Fall. Ich bedanke mich, Herr Senator Jantzen!

Die fünfte und lezte Frage beschäftigt sich mit der Anlegung von Waldlehrpfaden. Sie ist unterzeichnet von den Abgeordneten Iversen, Dr. Sieling und CDU-Fraktion.

Ich bitte Sie, Herr Abgeordneter Iversen, die Frage zu stellen.

Abg. **Iversen** (CDU): Wir fragen den Senat:

Hat der Senat schon Überlegungen angestellt, sogenannte „Waldlehrpfade" oder auch „Landschaftslehrpfade" im eigenen Landesgebiet und in Zusammenarbeit mit den umgebenden Kreisen anzulegen, wie sie in anderen Bundesländern schon lange anzutreffen sind?

Präsident Dr. Klink: Ich bitte Sie, Herr Senator Seifriz, die Antwort des Senats zu erteilen.

Senator für das Bauwesen Seifriz: Ich darf die Antwort, Herr Präsident, meine Damen und Herren, wie folgt geben:

Es gibt im Planungsraum der gemeinsamen Landesplanungsarbeit Bremen / Niedersachsen einen Waldlehrpfad im Stenumer Forst bei Delmenhorst. Dieser Lehrpfad ist in gutem Zustand. Ein anderer Waldlehrpfad im niedersächsischen Umland wurde durch Wild zerstört. Als Ersatz für diesen soll in einem Aufforstungsgebiet in Bremen-Nord ein neuer Waldlehrpfad entstehen, wenn der Baumbestand hoch genug ist. Dieser Lehrpfad soll vor Wildschäden entsprechend geschützt werden.

Außerdem soll aufgrund der guten Erfahrungen, die mit einem vor einiger Zeit im Speckenbütteler Park Bremerhaven angelegten Lehrpfad gemacht wurden, ein solcher Pfad auch im Bereich Bürgerpark—Stadtwald angelegt werden. Wald- und Landschaftslehrpfade sollen in geeigneten Erholungsgebieten allen interessierten kleinen und großen Mitbürgern Gelegenheit geben, den typischen Bewuchs eines deutschen Waldes in gedrängter, lebendiger Übersicht kennenzulernen. Eine für jeden Laien verständliche Information auf entsprechenden Hinweistafeln soll den Großstädter zum Beispiel instandsetzen, eine Buche von einer Eiche zu unterscheiden

(Heiterkeit)

und in Erfahrung zu bringen, ob aus Fichtenholz Möbel oder auch Papier, beispielsweise für Bürgerschaftsdrucksachen, hergestellt werden.

(Erneute Heiterkeit)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß Sie jetzt mit größerer Aufmerksamkeit die Bürgerschaftsdrucksachen lesen.

Herr Abgeordneter Iversen, haben Sie noch eine weitere Frage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Iversen** (CDU): Die letzten Hinweise von Herrn Senator Seifriz veranlassen mich zu dieser Frage: Sieht der Senat nicht in der Anlage dieser Lehrpfade auch eine erzieherische Hilfe, unsere Landschaft vor Verschmutzung und derartigen Schwierigkeiten zu bewahren?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Seifriz: Herr Abgeordneter Iversen, ich glaube, es ist weniger eine Frage der Verschmutzung, denn das wäre eine Frage, die an die Anlage der Erholungsgebiete im Ganzen zu stellen wäre, und wie man mit ihnen umgeht. Wir glauben schon, daß es sehr wichtig ist, daß die Großstädter — nicht nur die großen, sondern auch die kleinen Großstädter — wieder einmal wissen, wie ein Wald aussieht und woraus er besteht und was man auch an Nutzanwendungen aus ihm ziehen kann. Sie wissen, es geht ja nicht nur um den lebendigen Baum, sondern auch um den toten. Es wird nämlich in den Waldlehrpfaden auch deutlich gemacht, was man zum Beispiel mit Holz machen kann.

Präsident Dr. Klink: Herr Iversen, Sie haben keine Zusatzfrage mehr. Werden weitere Zusatzfragen gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Herr Senator Seifriz, nur ein Wort noch: Mir wird gerade berichtet, die Drucksachen der Bürgerschaft werden aus holzfreiem Papier hergestellt.

(Heiterkeit)

Festsetzung des Wahltages für die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft

Aufgrund einer interfraktionellen Absprache wird als Wahltermin für die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft der 8. Wahlperiode Sonntag, der 10. Oktober 1971, vorgeschlagen.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wer den 10. Oktober 1971 als Wahltag für die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft der 8. Wahlperiode beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir kämen jetzt zu Punkt 5: Finanzplan 1970 bis 1974.

Meine Damen und Herren, es würde jetzt folgendes zu klären sein: Wir haben jetzt 5 Minuten nach halb eins. Ich glaube, wir kommen hier in längere Ausführungen. Die Frage ist, ob wir jetzt in die Beratung eintreten wollen und sie dann unterbrechen, oder ob wir jetzt in die Mittagspause eintreten und um 14.30 mit der Beratung beginnen.

(Zuruf: Wiederbeginn 14 Uhr!)

Es wird 14 Uhr vorgeschlagen.

(Zurufe: Nein!)

Meine Damen und Herren, wir unterbrechen jetzt die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) und kommen wieder um 14.30 Uhr zusammen.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.37 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.31 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir fahren mit der Beratung der Tagesordnung fort.

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 17. November 1970: Finanzplan 1970 bis 1974 (Drucksachenabteilung I Nr. 137)

Dazu

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 12. Januar 1971: Bericht über die Steuereinnahmen 1970 (Drucksachenabteilung I Nr. 155)

Ich begrüße hierzu Herrn Senator Speckmann, ihm beigeordnet die Herren Senatsdirektor Dr. Reif, Oberregierungsrat Raedeker und Oberregierungsrat Hillmann.

Der Senat überreicht den Finanzplan 1970 bis 1974 mit der Bitte um Kenntnisnahme durch die Bürgerschaft (Landtag).

Außerdem erstattet der Senat in seiner Mitteilung vom 12. Januar 1971 einen Bericht über die Steuereinnahmen 1970, den die Bürgerschaft (Landtag) durch einen Beschluß vom 9. Dezember 1970 angefordert hatte.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat Herr Senator Speckmann.

Senator für die Finanzen Speckmann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Zweijahreshaushalt zeigt seine Vorzüge. In meiner letzten Haushaltsrede hatte ich an die Verabschiedung des Doppelhaushalts die Erwartung geknüpft, er würde zu einer Intensivierung der parlamentarischen Arbeit beitragen, er würde Raum geben für Schwerpunktdebatten, die sonst aus zeitlichen Gründen nicht möglich waren. Heute bietet sich die Gelegenheit für eine derartige grundsätzliche Diskussion finanzpolitischer Fragen. Befreit von dem Zwang, Detailprobleme lösen zu müssen, können wir in diesem Jahr die Probleme der bremischen Finanzpolitik intensiv debattieren.

Material für eine solche Grundsatzdebatte ist zunächst der Ihnen vom Senat vorgelegte Finanzplan 1970 bis 1974. Fünf Jahre sind in unserer hektischen Zeit für eine mittelfristige Planung eine eben noch kalkulierbare Größe. Aber bereits hier stellt sich die entscheidende Frage nach der Zuverlässigkeit. In einem sich kurzfristig verändernden Konjunkturzyklus gewinnt daher die jährliche Anpassung der Finanzplanung an die jeweiligen Daten an Bedeutung.

Meine Damen und Herren, Sachverständige haben jüngst festgestellt, daß die konjunkturelle Lage in der Bundesrepublik in zunehmendem Maße Züge der Spätphase eines Wachstumszyklus aufweist. Bei noch unvermindert ansteigendem Endverbrauch ist die Nachfrage der Industrie bereits rückläufig. Der Lohn- und Preisanstieg hält an, während die Gesamtproduktion nur mehr langsam wächst. Unsere besondere Aufmerksamkeit sollte aber nicht nur dem Preisauftrieb, sondern auch einer eventuell ausge-

wogenen und nachlassenden Investitionsneigung — im privaten wie im öffentlichen Bereich — gelten.

So erfreulich die konjunkturelle Entspannung ist, so muß doch gleichzeitig darauf geachtet werden, daß etwaigen zu weitgehenden Abschwächungstendenzen rechtzeitig vorgebeugt wird. Die Sozialpartner können zur Stabilisierung der Konjunktur dadurch am besten beitragen, daß sie die Personalkostensteigerungen auf ein volkswirtschaftlich vertretbares Maß begrenzen. Die Unternehmungen sollten dann allerdings bei entsprechender Preispolitik die Interessen der Verbraucher angemessen berücksichtigen.

Wir sind heute in Gefahr, meine Damen und Herren, durch Nachgiebigkeit gegenüber Gruppeninteressen unseren Wohlstand aufs Spiel zu setzen. Heute ist die Staatswirtschaft mit der Privatwirtschaft so eng verbunden wie siamesische Zwillinge, und so wird gefordert, daß während einer Hochkonjunktur die Steuern erhöht, gleichzeitig die Staatsausgaben gesenkt und Konjunkturausgleichsrücklagen gebildet werden. Kommt es zu einer Rezession, so können die Steuern gesenkt, diese Reserven in Form von Staatsaufträgen wieder in die Wirtschaft zurückgepumpt werden.

Kein modernes Staatswesen kann heute wirkliche Reserven ansammeln. Im Gegenteil, die Schulden wachsen immer phantastischer. Auch die härteste Besteuerung würde den Bedürfnissen heute nicht mehr genügen. In Krisenzeiten die Staatsausgaben zu senken, ist schon deshalb unmöglich, weil dann Arbeitslose unterstützt werden müssen, ganz abgesehen davon, daß auch die fixen Kosten immer höher werden, Kosten, die weiterlaufen, ganz gleich, wie die Einnahmen sich gestalten: die Kosten der Verwaltung und ihrer Dienstleistungen und die Verzinsung und die Tilgung der Staatsschulden.

Es bleibt die große Aufgabe, die Interessen des einzelnen mit denen der Gemeinschaft zu verschmelzen, aus dem alten Gegeneinander ein Miteinander zu machen: Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Wirtschaft und Staat. Wir alle bilden den Staat. Der Staat aber ist ein aus zwei Grundbestandteilen — Boden und Volk — zusammengesetzter Naturkörper. Und so, meine ich, bilden tüchtige Bürger ein tüchtiges Volk und nicht umgekehrt. Dann ist es aber nicht unlogisch, meine Damen und Herren, alle Bürger am Steuerertrag zu beteiligen, und nicht den Staat zum Teilhaber aller Bürger zu machen.

Insofern sollten wir es nicht zur Pflichtübung werden lassen, daß je nach Lage und Vorteil der eine auf den anderen zeigt, um Schuld oder Versagen von sich zu weisen. Es gilt, die immer schwieriger werdenden Probleme einer Wohlstandsgesellschaft gemeinsam zu bewältigen, auch im Wechselspiel von Regierung und Opposition, Wählern und Gewählten. Ein gewisses Maß an Optimismus ist sicherlich erforderlich. Nur im Miesmachen sich zu erschöpfen, sich sogar darin zu gefallen, das reicht nicht.

Um einer pessimistischen Einschätzung der Wirtschafts- und Finanzpolitik im Interesse der Erhaltung der Geldwertstabilität erfolgreich entgegenzuwirken, werden sicherlich handfeste Maßnahmen erforderlich werden. Dabei müssen wir behutsam vorgehen. Wir müssen uns vor kostenmäßigen Überforderungen bewahren. Unser Geld muß relativ stabil bleiben. Den fleißigen und treuen Sparer dürfen wir nicht enttäuschen, denn Vertrauen ist nun einmal das wichtigste Fundament der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wir müssen bei hoher Produktion unseren Wohlstand konsolidieren. Die Unternehmungen müssen ihre Krisenfestigkeit durch Erhöhung ihres Eigenkapitals verbessern und in die Lage versetzt werden, die für die Wettbewerbsfähigkeit unerläßlichen Investitionen für die Zukunft verläßlich disponieren zu können.

Um diese Überleitungsphase in eine ruhigere, hoffentlich auch gleichmäßigere Konjunktur abzusichern, ist es notwendig, den zurückhaltenden Kurs nur so lange fortzuführen, wie die Kostensteigerungen anhalten. Tendenziell kostensenkend kann ein sinkendes Zinsniveau wirken, und ich hoffe, daß auch heute der Zentralbankrat sich zu solchen Maßnahmen entschließen wird. Eine entsprechende Lokkerung auf dem Kreditmarkt bahnt sich zur Zeit deswegen an. Neben den kostendämpfenden Effekten werden von der Senkung der Zinssätze auch Anreize für Rationalisierungsinvestitionen ausgehen. Einem zu starken Rückgang der Investitionsgüternachfrage in der zweiten Jahreshälfte würde damit entgegengewirkt. In der gegenwärtigen Phase des kosteninduzierten Preisanstiegs muß eine Dämpfung über kostenorientierte Maßnahmen angestrebt werden, wenn nicht die Vollbeschäftigung in Gefahr geraten soll.

Nun, meine Damen und Herren, die Konjunktur der deutschen Handelspartner verläuft sehr unterschiedlich. Sie hat erhebliche Auswirkungen auf unsere binnenwirtschaftliche Entwicklung, und ich halte daher eine permanente internationale Anpassung der Wirtschafts- und Währungspolitik für notwendig. Ein wichtiger Schritt auf diesem Wege ist die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion in der EWG. Ich darf Sie bitten, sich den Überlegungen, die sich in dem sogenannten „Werner-Bericht" niedergeschlagen, zu widmen, wenn auch die diesbezüglichen Verhandlungen des EWG-Ministerrats zur Zeit ins Stocken geraten sind. Die Vorschläge werden unsere wirtschafts- und finanzpolitische Landschaft erheblich verändern. Es wäre sicherlich eines eingehenden Berichtes wert, die Zusammenhänge und die Auswirkungen auch auf unsere Finanzplanung und Haushalte aufzuhellen.

Wir sollten diese Entwicklung mit der gebotenen Aufmerksamkeit auch von Bremen aus verfolgen. Es sind damit nicht zuletzt erhebliche Souveränitätsverluste auf dem Gebiet der Finanzpolitik verbunden, die meines Erachtens nur vertretbar sein werden, wennn die Mitgliedstaaten über die Wirt-

schafts- und Währungsunion hinaus auch zu einer politischen Einheit zusammenwachsen. Die bundesdeutsche Finanzplanung, meine Damen und Herren, könnte bereits ein Beitrag zur europäischen Gesamtplanung sein, der weiterhin den Gegebenheiten angepaßt werden müßte.

Die Finanzplanung soll ein möglichst großes Maß an Rationalität und Wirksamkeit, das heißt Wirtschaftlichkeit in die Planung, Finanzierung und Durchführung der öffentlichen Aufgaben bringen. Sie soll vor allem auch die vielfachen, sich wechselseitig bedingenden Zusammenhänge zwischen Einnahmen und Ausgaben durchschaubar machen, das heißt, die Transparenz der öffentlichen Finanzwirtschaft sicherstellen. Sie soll das im Interesse der Gemeinschaft Notwendige und Wünschbare auf mittlerer Sicht mit dem finanziell Möglichen und dem gesamtwirtschaftlich Sinnvollen, also Kosten-Nutzen-Aspekt in Einklang bringen.

Das Zahlenwerk der Finanzplanung soll die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit und die Folgen ihrer Verletzung für die Zukunft verdeutlichen. Mit Hilfe der Finanzplanung soll aufgedeckt werden, von welchem Punkt an eine bestimmte öffentliche Aufgabe nur noch durch Abstriche bei anderen öffentlichen Aufgaben oder auch durch Überforderung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens bewältigt werden kann.

Die Tatsache, daß nicht alles gleichzeitig realisiert werden kann, was aus der Sicht der Ressorts oder auch des Hohen Hauses als wünschenswert oder notwendig erkannt wird, zwingt zur Aufstellung bestimmter sachlicher, zeitlicher und räumlicher Prioritäten. Bei der Aufstellung dieser Prioritäten müssen nicht nur die finanzwirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Einnahme- und Ausgabearten sondern auch die Abhängigkeiten zwischen einzelnen Investitionsvorhaben und ihren Folgekosten berücksichtigt werden.

Der Finanzplan 1970 bis 1974 basiert auf bundeseinheitlichen Grundannahmen und Empfehlungen des Finanzplanungsrats von Mitte 1970, die sicherlich in einigen Details durch die zwischenzeitliche Entwicklung überholt sind, in ihrer Gesamtaussage für den Planungszeitraum aber noch weitgehend Gültigkeit haben. Sie haben den Finanzplan vorliegen, so daß ich mich auf nur wenige Bemerkungen beschränken kann:

Auf der Einnahmeseite ist besonders der Anstieg des Anteils der Schuldenaufnahmen an den Gesamteinnahmen von 10,4 Prozent im vorjährigen Finanzplan auf 13,6 Prozent hervorzuheben. Der neue fünfjährige Finanzplan konnte nur durch Veranschlagung von rund 1,5 Milliarden DM Schuldenaufnahmen ausgeglichen werden. Der Anstieg der unmittelbaren Verschuldung Bremens — Land und Stadt — bis 1974 auf rund 1,8 Milliarden DM muß dann in Kauf genommen werden, wenn die Investitionsausgaben auf dem vom Finanzplanungsrat empfohlenen Niveau — nämlich Zuwachsrate von 12,1 Prozent für die Sachinvestitionen — gehalten und die Investitionsnotwendigkeiten, insbesondere im Bildungsbereich durch den raschen Anstieg der Bauausgaben bei der Universität, erfüllt werden sollen.

Obwohl der Schuldendienst mit durchschnittlich 8 Prozent Anteil der Gesamtausgaben nur geringfügig angestiegen ist, erfüllt mich das zunehmende Tempo der Neuverschuldung mit einiger Besorgnis. Für Bremen und Bremerhaven waren in 1970 154,4 Millionen DM Schuldenaufnahmen vorgesehen. Für 1974 mußten bereits 472,9 Millionen DM eingestellt werden. Auf Dauer sind Schuldenaufnahmen in einer solchen Größenordnung nicht vertretbar.

Die Investitionen steigen von 21,8 Prozent der Gesamtausgaben im vorjährigen Finanzplan auf 23,4 Prozent im jetzigen Planungszeitraum, und bei den Personalausgaben ist ein Anstieg von 41,4 Prozent zu verzeichnen. In beiden Bereichen überschreitet Bremen geringfügig die Empfehlungen des Finanzplanungsrats. Dies ist auf den Bau und die Inbetriebnahme der Universität zurückzuführen. Ohne diese Ausgaben hält sich Bremen im Rahmen der bundeseinheitlichen Empfehlungen.

Ich möchte hier jedoch meine Besorgnis darüber zum Ausdruck bringen, daß die Personalkosten noch erheblich stärker steigen können, als es im Finanzplan vorgesehen ist. Eine solche Entwicklung würde die ausgewogene Struktur der künftigen Haushalte gefährden, zumal bereits heute die Investitionsvorstellungen der Ressorts in ihrem Gesamtvolumen die Deckungsmöglichkeiten nach der Finanzplanung weit überschreiten. Ich halte es deshalb für dringend erforderlich, über den Finanzplan hinausgehende langfristige Betrachtungen der haushaltswirtschaftlichen Entwicklung anzustellen. Diese müssen eng verbunden sein mit Vorstellungen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung unseres Landes und — darüber hinaus — des Wirtschaftsraumes Unterweser.

Meine Damen und Herren, das Universitätsprojekt nimmt Gestalt an. Es ist ein Schwerpunkt der diesjährigen Finanzplanung. Schnellbauten schießen aus der vielbewegten Erde. Eine fünfzigprozentige Mitfinanzierung des Bundes an den Investitionen ist gewährleistet. Darüber hinausgehende Investitionshilfen der Bundesländer bedürfen noch der abschließenden Vereinbarung und ihrer Ratifizierung durch die Landtage. Ich habe die Hoffnung, daß dies geschehen wird.

Anders liegen die Dinge bei der Finanzierung der Betriebskosten. Hier sind Widerstände zu erwarten, denn die Bremer CDU hat die anderen Länder beziehungsweise den Deutschen Bundestag aufgefordert, der Bremer Universität keine Mittel zur Verfügung zu stellen.

(Hört, hört! bei der SPD)

Das ist eine schwere Schädigung der Bremer Interessen, die ich nur durch sehr mühselige Verhandlungen auf der Länderseite weitgehend habe abbauen können.

Die Bürgerschaft hat einstimmig die Gründung der Universität beschlossen. Wenn man auch mit aller gebotenen Aufmerksamkeit die Entwicklung dieser Universität verfolgen muß, so kann man ihr die finanziellen Mittel nicht entziehen durch Empfehlungen an Dritte, von denen wir bereits Zusagen für eine Hilfe in der Tasche haben. Das ist ein unfaires Spiel mit erheblichen finanziellen Auswirkungen für Bremen. Das kann keiner verantworten.

(Beifall bei der SPD — Abg. John [FDP]: Sehr richtig!)

Es ist zwar eine Kostenbeteiligung des Bundes auf die Dauer, wie Herr Bundesminister Leussink in Bremen erneut bestätigte, nicht auszuschließen. Eine befriedigende Lösung wird aber gewiß noch auf sich warten lassen, und wir sind darum gehalten, außerordentlich sparsam mit den vorhandenen Mitteln umzugehen. Dies gilt insbesondere für die Investitionen, die wir nicht von den Folgekosten losgelöst betrachten können. Dieses möchte ich besonders denen sagen, die da meinen, das Geld spiele eine absolut nebensächliche Rolle, die Hauptsache sei die Verwirklichung ihrer Ideen. Leider können wir auch in anderen lebenswichtigen Bereichen viele gute Ideen nicht in dem gewünschten Tempo verwirklichen, weil wir häufig den Gürtel enger schnallen müssen.

Meine Damen und Herren, umfassendes Informationsmaterial ist Ihnen erstmalig zugängig gemacht worden mit dem „Finanzbericht 1971", einem Rechenschaftsbericht des Senators für die Finanzen. Er ist gewissermaßen ein Bericht in eigener Sache. Er ist also kein Tätigkeitsbericht des Senats. Ein solcher wäre noch mit vielen Fragen und Problemen der einzelnen Ressorts anzureichern und würde an Umfang ein Vielfältiges ausmachen.

Es bot sich aber erstmalig die Gelegenheit, mit diesem Werk nicht nur einen Beitrag für das bessere Verständnis der interessierten Öffentlichkeit für finanzpolitische und finanzwirtschaftliche Überlegungen zu liefern, sondern eine Lücke zu schließen, auf die wir häufig genug hingewiesen worden sind. Ein Rückblick auf die vergangenen 25 Jahre, für die bisher noch keine zusammenfassende Darstellung der finanzwirtschaftlich wichtigen Daten vorlag, behebt diesen Mangel. Es ist dabei ein „Nachschlagewerk" entstanden, das jedem interessierten Beobachter des finanzpolitischen Geschehens auch noch in späteren Jahren konzentrierte Daten für den Zeitraum bis 1969 liefern wird. Es wird Aufgabe künftiger Finanzberichte sein, diese Daten fortzuschreiben und zu aktuellen Problemen der Finanzpolitik Stellung zu nehmen.

Der Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung sagt zu diesem Bericht — ich darf zitieren:

„Als Ziel des Berichts ist eine Darstellung der wirtschaftlichen und insbesondere finanzwirtschaftlichen Situation sowie der entprechenden mittelfristigen Aussichten des Landes Bremen anzusehen. Der in dieser Form offenbar erstmalige Versuch verdient Anerkennung. Allerdings ist bei einer derart umfassenden Zielstellung im einzelnen zuweilen eine vergröberte Betrachtungsweise unumgänglich, da eine große Fülle von Einzelproblemen, die auf recht verschiedenen Ebenen liegen, angesprochen wird. Die Fragen reichen etwa von den wirtschaftlichen Umlandbeziehungen Bremens über die Vorausschätzung des Steueraufkommens bis zur Anwendung von Kosten-Nutzen-Analysen für die Festlegung der wirtschaftspolitischen Prioritäten." — Soweit der Ausschuß.

Ich darf auf eine zusammenfassende Darstellung des sicherlich eindrucksvollen Ergebnisses der fünfundzwanzigjährigen Finanzpolitik dieser Regierungskoalition verzichten, da der Finanzbericht für sich selbst spricht und eine stolze Bilanz ist.

Wenn ich nunmehr die vergangenen 25 Jahre bremischer Haushaltspolitik überblicke, so kann ich feststellen, daß eine geordnete Finanzwirtschaft betrieben worden ist. Der Finanzbericht stellt dar, wie im Lande Bremen mit seinen drei Gebietskörperschaften 24 Jahreshaushalte — 1946 bis 1969 — ausgeglichen durchgeführt worden sind. Auch der Haushalt 1970 — der 25. Nachkriegshaushalt — ist ausgeglichen. Es liegen zwar noch nicht alle Zahlen endgültig vor, doch kann bereits zuverlässig festgestellt werden, daß trotz zahlreicher Veränderungen auf der Einnahme- und Ausgabeseite ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden konnte. Lassen Sie mich hier nur einige Eckwerte nennen:

Bei den Netto-Landes- und Gemeindesteuern wurden die Anschläge von 941,9 Millionen DM um 36,8 Millionen DM überschritten. Damit haben sich unsere verschiedenen Schätzungen im Laufe des Jahres 1970 weitgehend bestätigt, trotz aller

(Abg. Götze [SPD]: Sehr richtig!)

Kassandra-Rufe der CDU.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ich darf hierzu auf den Bericht über die Haushaltslage nach dem Stande vom 30. September 1970 und auf Seite 155 des Finanzberichts 1971 verweisen. Hier war das in 1970 zu erwartende Mehraufkommen in diesem Bereich auf etwa 30 bis 40 Millionen DM geschätzt worden. Das tatsächliche Ergebnis bestätigt, daß auch ein Finanzminister durchaus einmal optimistisch sein kann.

Bei den Personalausgaben hatten wir einen Mehrbedarf von 35 Millionen DM vorausgeschätzt. Tatsächlich ergibt sich hier jetzt ein Mehr gegenüber den Anschlägen von etwa 34,6 Millionen DM. Hiervon konnten 2,6 Millionen DM durch Einzelbewilligungen im Laufe des Jahres gedeckt werden, so daß noch rund 32 Millionen DM aus Steuermehreinnahmen und sonstigen Haushaltsverbesserungen gedeckt werden mußten. Die Zuwachsrate bei den Personalkosten gegenüber dem Vorjahr beträgt 17,2 Prozent, eine besorgniserregende Zahl.

Die mit 126 Millionen DM veranschlagte allgemeine Darlehnsermächtigung ist mit etwa 120 Millionen DM in Anspruch genommen worden. Dieser Darlehnsaufnahme stehen aber Tilgungen von fast 50 Millionen DM gegenüber. Die fast ausgeschöpfte Darlehnsermächtigung beweist, daß der Haushalt 1970 in allen Teilen verwirklicht wurde, insbesondere auch im Investitionsbereich. Die Aufnahme dieser Deckungsmittel war auch deswegen erforderlich, um die in 1970 stark erhöhten Vorgriffe — insbesondere für den Container-Terminal in Bremerhaven und für den Grunderwerb im Bereich der Wirtschaftsförderung — zu bewältigen.

Die Vorgriffe auf kommende Haushalte haben sich von 28,5 Millionen DM in der Rechnung 1969 auf 90,9 Millionen DM erhöht. Dem steht aber eine kräftige Steigerung der Brutto-Ausgabereste von 181,8 Millionen DM in 1969 auf 253,8 Millionen DM in 1970 gegenüber, also eine Zunahme um 72 Millionen DM. Bei einer Saldierung der Ausgabereste und der Vorgriffe ergeben sich Netto-Reste von rund 163 Millionen DM aus 1970 gegenüber rund 153 Millionen DM aus 1969, also eine Zunahme um 10 Millionen DM, während beim Abschluß 1969 noch ein Zuwachs bei den Netto-Resten um fast 25 Millionen DM zu verzeichnen war.

Nun, meine Damen und Herren, Haushaltsreste sind keine frei verfügbaren Mittel. Sie sind durch Planungs- und Auftragserteilung festgelegt. Auch diese Zahlen beweisen, daß der Senat in 1970 bemüht war, trotz aller im ersten Halbjahr notwendigen Zurückhaltung aus konjunkturellen Gründen dann noch bis zum Jahresende — auch unter Berücksichtigung der sich rasch verändernden Konjunkturlage — die Haushalte möglichst voll zu realisieren. Dabei hat sich erwiesen, daß auch kurzfristig sich neu bildende Schwerpunkte, wie der Container-Hafen und die Schulprogramme durch eine flexible Haushaltspolitik bewältigt werden können.

Die bis jetzt schon feststellbaren Einzelheiten über die Resteentwicklung sind in zwei Listen dargestellt, die Ihnen, meine Damen und Herren, inzwischen auf den Tisch gelegt wurden. Ich bitte um Verständnis, daß ich immer wieder auf die Vorläufigkeit dieser Zahlen hinweisen muß. Bedenken Sie bitte, daß erst am Nachmittag des 14. Januar Buchungsschluß für die Landeshauptkasse für 1970 sein konnte, um die nun einmal notwendige Einbuchung aller Verrechnungsposten, der Umbuchungen und so weiter durchführen zu können.

Das Ihnen dargestellte vorläufige Abschlußbild war so frühzeitig — trotz Einsatz der EDV — nur unter erheblicher zusätzlicher Arbeitsbelastung mit dreimaliger Wochenendarbeit aller direkt Beteiligten zu erreichen. Ich meine, wir sollten im nächsten Jahr alle etwas mehr Geduld aufbringen.

(Abg. Wilma L a n d w e h r [SPD]: Die Überstunden bezahlt Herr Klein!)

Für das jetzt angelaufene Haushaltsjahr 1971 sind ebenfalls einige Veränderungen gegenüber den Anschlägen zu erwarten. Diese Veränderungen werden sich voraussichtlich aber in einem ausgewogenem Rahmen vollziehen. Sollten allerdings die Steuerzuwachsraten zurückgehen bei weiterer stark überproportionaler Personalkostensteigerung, so werden möglicherweise besondere Maßnahmen erforderlich sein, um das Gleichgewicht der Haushalte zu sichern. Im übrigen ist der Haushaltsplan nur eine Ermächtigung an die Exekutive, aber kein Vollzugsbefehl oder Vollzugsversprechen. Das haben die vergangenen Jahre gezeigt, daß nur so die Flexibilität finanz- und konjunkturpolitischer Entscheidungen gesichert werden kann.

Nun ein Wort zu Bremerhaven! Für die Stadtgemeinde Bremerhaven bleibt festzustellen, daß auch hier die Haushalte 1970 und 1971 mit Hilfe von Sonderzuweisungen des Landes ausgeglichen abschließen werden. Wesentliche Bedeutung ist dabei dem neuen Finanzausgleich beizumessen, dessen gesetzliche Regelung in einigen Wochen der Bürgerschaft im Entwurf vorgelegt wird. Dann werde ich darüber mehr sagen.

Angesichts des stark ansteigenden Ausgabebedarfs der öffentlichen Haushalte, meine Damen und Herren — eine bei allen Gebietskörperschaften festzustellende Entwicklung —, ist die Frage nach der Deckung neu zu überdenken.

Das Anwachsen des Ausgabebedarfs resultiert aus zwei Komponenten. Einmal: Die öffentliche Hand hat die ihr seit jeher obliegende Aufgaben intensiver wahrzunehmen als zuvor. Die Reform des Bildungssystems, der Aufbau des Gesundheitswesens und die Verbesserung der Verkehrssysteme — zum Beispiel — sollen das immer deutlicher zutage tretende Mißverhältnis zwischen privatem Konsum einerseits und der Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienste andererseits beseitigen. Nur ein ausgewogenes Verhältnis in der Entwicklung der beiden Bereiche ermöglicht ein gutes Wachstum der Gesamtwirtschaft und eine optimale Nutzung des Erreichten, auch in unserem Wirtschaftsbereich.

Zum anderen: Die öffentliche Hand übernimmt zusätzliche Aufgaben. Die Wirtschaftsförderung — zum Beispiel — ist ursprünglich als Maßnahme des Staates zur Aktivierung des Wirtschaftslebens in unterdurchschnittlich entwickelten Regionen gedacht. Sie war ein Instrument in Ausnahmesituationen. Der Wettbewerb im Wirtschaftsraum der EWG, aber auch der Länder und Gemeinden um die Ansiedlung wachstumsintensiver Industrien führte zur Entwicklung eines umfangreichen Katalogs von Förderungsmaßnahmen. So nehmen heute die Ausgaben für die Wirtschaftsförderung in den Etats der Länder und Gemeinden nicht unerheblich zu.

Der wachsende Ausgabebedarf der öffentlichen Haushalte kann eine Veränderung der volkswirtschaftlichen Steuerquote zur Folge haben. Einer Ausweitung und Intensivierung der staatlichen Leistungen muß auf die Dauer mit einer Erhöhung der

laufenden Einnahmen entsprochen werden. Eine fühlbare Veränderung der volkswirtschaftlichen Steuerquote ist nur über Rechtsänderungen bei den aufkommensstarken Steuern zu erreichen. Ein derartiger Schritt bleibt infolgedessen der Gesetzgebung auf Bundesebene vorbehalten. Auf Landesebene sind die Möglichkeiten, die laufenden Einnahmen der bremischen Haushalte zu variieren, sehr begrenzt. Abgesehen von der Einflußnahme auf die Verteilung des Gemeinschaftssteueraufkommens zwischen Bund und Ländern ist Raum für bedeutsame Änderungen noch im Rahmen der Hebesatz- und der Gebührenpolitik vorhanden.

Bei unveränderten Steuerrechtsverhältnissen und gleichbleibender Aufgabenverteilung zwischen den Gebietskörperschaften wird für die bremischen Haushalte eine stark ansteigende Schuldenaufnahme nicht zu vermeiden sein, wenn dem notwendigen Investitionsbedarf entsprochen werden soll. Eine Grenze für die Schuldenaufnahme ist politisch so zu setzen, daß die Haushaltsstruktur durch die Schuldendienstverpflichtungen nicht gefährdet wird, und in gewissem Umfang Dispositionsmöglichkeiten erhalten bleiben. Nur dann kann auch weiterhin von geordneten Finanzen gesprochen werden.

Gerade im Hinblick auf die Selbständigkeit unseres Landes ist einer geordneten Finanzwirtschaft besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Dabei kann sich Bremen nicht mit Augenblickslösungen zufrieden geben. Die ausgeglichene Haushaltswirtschaft des Landes und die gleichmäßige Finanzausstattung der beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven müssen durch langfristige Planung abgesichert sein.

In langfristig angelegten Betrachtungen sind die Entwicklungstendenzen für die Ausgabeseite der Haushalte zu erfassen. Den Schwerpunkt bildet dabei die Vorausschau auf den zukünftigen Investitionsbedarf der einzelnen Bereiche. Aus der Entwicklung des Investitionsbedarfs lassen sich dann Rückschlüsse auf Umfang und Struktur des zukünftigen Personalbedarfs und der daraus resultierenden Kosten ziehen. Dieser sogenannten Perspektivprojektion des Ausgabebedarfs in seinen wichtigsten Arten ist eine langfristige Deckungsplanung gegenüberzustellen.

Ausgehend von der bereits realisierten fünfjährigen Finanzplanung soll das System einer integrierten Mittel- und Langfristplanung in Bremen zügig ausgebaut werden. Die Erarbeitung von Investitionsprogrammen — als nächstem Schritt — ist bereits in Angriff genommen worden. Das Finanzplanungssystem könnte damit Bestandteil eines umfassenden Systems integraler Entwicklungsplanung in Bremen werden.

Meine Damen und Herren, mit dem Aufbau des Planungssystems wollen wir isoliertes Denken in Jahreshaushalten und Legislaturperioden überwinden. Es sollte unser gemeinsames Bemühen sein, Bremen und Bremerhaven den Gütestempel der finanzwirtschaftlichen Solidarität zu erhalten. Diesen guten Ruf wird Bremen sich bemühen, auf jeden Fall zu fördern.

Nur wer wirklich leistungsfähig ist, wer an die Zukunft glaubt, wer davon überzeugt ist, daß es Sinn hat, zu arbeiten und zu planen, zu hoffen und sich zu behaupten, wie diese Regierungskoalition, hat auf die Dauer Erfolg. Wir dürfen aber nicht vergessen, wie schwer jeder Groschen verdient werden muß, bevor man ihn ausgeben kannn, gleich wofür. Die Finanzpolitik gewinnt, schlicht gesagt, eine Bedeutung, wie sie in dieser Intensität noch nie bestand.

Lassen Sie mich zum Schluß noch ein Wort des Dankes anfügen. In den vergangenen Jahren ist — wie Sie aus dem Rückblick auf Seite 119 des Finanzberichts 1971 entnehmen können — eine gewaltige Leistung vollbracht worden. Mein erster Dank gilt daher allen Bediensteten, die an diesen Leistungen teilhaben.

(Beifall)

Hier ist wieder einmal unter Beweis gestellt, daß die im Volksmund gelegentlich zu hörende negative Beurteilung der Leistungsfähigkeit der bremischen Verwaltung in keiner Weise zutrifft. Leistung im privaten wie im öffentlichen Bereich muß dann allerdings auch nach gleichen Maßstäben honoriert werden. Es sind dabei allerdings Probleme zu lösen, die ich bereits bei der Entwicklung der Personalausgaben dargestellt habe.

Besonderen Dank möchte ich den Mitgliedern dieses Hohen Hauses sagen, die im Haushaltsausschuß und in der Finanzdeputation sowie in allen Fachdeputationen zum Wohle unserer Bürger, unseres Landes und unserer Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven wirken. Ich möchte ausdrücklich die Deputierten, die der Bremischen Bürgerschaft nicht angehören, einbeziehen. Wenn dieses selbstlose Wirken im Finanzbericht 1971 nicht die rechte Würdigung gefunden haben sollte, dann sei mir hier die nachdrückliche Feststellung erlaubt, daß ihr Anteil ebenso groß ist wie der Anteil der Finanzsenatoren der Nachkriegszeit. Dieser beachtlichen Leistung wird die Anerkennung der bremischen Öffentlichkeit sicherlich nicht versagt bleiben. — Herzlichen Dank!

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich wollte Sie davon in Kenntnis setzen, daß an unserer heutigen Nachmittagssitzung als Zuhörer einige Besuchergruppen teilnehmen, die um 15 Uhr bei uns erschienen sind. Es handelt sich um folgende Besuchergruppen: Eine Gruppe der Deutschen Postgewerkschaft, eine Klasse der Berufsschule für Hauswirtschaft Bremen-Sebaldsbrück, eine Klasse der Katholischen Gesamtschule St. Johannis und eine Klasse der Realschule Schaumburger Straße.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis sehr herzlich.

(Beifall)

Ich bin überzeugt, daß gerade die heutige Beratung ihr größtes Interesse finden wird.

Wir fahren mit der Beratung der Tagesordnung fort.

Das Wort hat der Abgeordnete Götze.

Abg. **Götze** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich einige grundsätzliche Bemerkungen zur Einleitung machen um festzustellen, welche grundsätzlichen Einstellungen meine Fraktion und mich in dieser Debatte bewegen.

Die Struktur unserer Industriegesellschaft verändert sich in zunehmender Geschwindigkeit. Qualitativ gesehen, bedeutet dies, daß ein für den Bürger — und oft genug auch für den Fachmann — immer weniger durchsichtiges Geflecht sich gegenseitig bedingender Abhängigkeiten entsteht. Quantitativ betrachtet, verzeichnen wir eine unaufhaltsame Erweiterung des Leistungs- und Aufgabenumfangs des Bundes, der Länder und der Gemeinden. Naturgemäß steigt damit der Finanzbedarf des Staates und der Kommunen. Ihn zu decken ist Aufgabe der Finanz- und Haushaltswirtschaft. Die öffentlichen Einnahmen lassen sich jedoch nicht unbegrenzt vermehren. Den politischen Entscheidungen in diesem Bereich sind daher Schranken gesetzt. Wer die Steuerlastquote des Bürgers nicht erhöhen will, der muß dem Bürger — und das ist nicht sehr populär — die Grenzen zwischen dem Wünschenswerten und dem unabweisbar Notwendigen deutlich machen. Will man aber Steuern erhöhen, dann muß man es deutlich sagen. Meine Damen und Herren, dazu später noch einige Bemerkungen.

An dieser Gesamtproblematik ändert auch der sogenannte Mut zur Verschuldung nichts. Es ist eine Binsenweisheit, aber sie kann nicht oft genug wiederholt werden: Auch öffentliche Schulden müssen verzinst werden. Eine Finanzpolitik, die der Entscheidungsfreiheit der politisch Handelnden noch einen Raum freilassen will, muß daher die Entwicklung der öffentlichen Verschuldung sorgfältig beobachten und ihre Grenzen respektieren. Dies allerdings bedeutet jedoch nicht, daß dringendste Investitionen der Gegenwert einer kurzsichtigen Behäbigkeit von Kannegießern geopfert werden müssen.

Die klassische Bedarfsdeckungswirtschaft des Staates konnte noch daran gemessen werden, ob sie ihrem fiskalischen Zweck genügte: Sie hatte Mittel für die — relativ gesehen — statischen, bewahrenden Aufgaben des Staates und der Gemeinden bereitzustellen, sie ordnungsgemäß zu verwalten und zu verwenden. Solche Zeiten, meine Damen und Herren, sind längst vergangen. Mit dem Übergreifen der Verwaltung in immer neue soziale differenzierte Bereiche werden die öffentlichen Leistungsträger immer mehr in die Dynamik hineingezogen.

Nach langen Jahren der Windstille ist in unserem Bildungswesen — um nur ein Beispiel herauszugreifen — eine Entwicklung in Gang gesetzt worden, deren Tempo jeder spürt und um deren Kosten wir uns nicht drücken können, sofern sie berechtigt sind und nicht utopischen Zielen dienen. Wir alle wissen, daß eine Gemeinschaft von Menschen, die ihre Persönlichkeit in Freiheit entfalten, ohne ein modernes, leistungsfähiges, sich ständig erneuerndes Bildungswesen nicht vorstellbar ist. Bildungsinvestitionen sind vor allem anderen Investitionen hinein in einen neuen Menschen, der allerdings human bleiben muß.

Darüber hinaus schaffen Bildungsinvestitionen die Voraussetzung für eine in die Zukunft gerichtete Wirtschaftspolitik, die ihrerseits die Grundlage einer gesicherten Haushalts- und Finanzpolitik darstellt. Die Wirtschaftspolitik ist daher mit Recht und unabweisbar ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Finanzpolitik.

Meine Damen und Herren, fest steht aber, daß wir den Ausbau unseres Bildungswesens neben zahlreichen anderen wichtigen Aufgaben nur dann durchführen können, wenn wir uns in der Finanz- und Haushaltswirtschaft neuer rationaler Mittel und Techniken bedienen. Dieses Instrumentarium gewährleistet, daß die vorhandenen begrenzten Mittel auf die wichtigen und weniger wichtigen Bedürfnisse vernünftig verteilt werden. Zugleich wird es möglich werden, dem Bürger die angestrebten Ziele und die Möglichkeiten zu ihrer Verwirklichung besser als bisher zu verdeutlichen. Bremen hat auch auf diesem Gebiet das Ziel einer modernen, leistungsfähigen und für den Bürger transparenten Organisationsform vor allen anderen Bundesländern nahezu erreicht.

Es wird sich zeigen, daß unser Land Bremen schon in naher Zukunft einen weiteren Schritt nach vorn machen wird. Die Neuregelung des innerbremischen Finanzausgleichs wird den Bürgern unserer beiden städtischen Gemeinden Bremen und Bremerhaven die gleichen Lebensbedingungen garantieren. Aber auch darüber werde ich später noch einige Worte sagen.

So ausgerüstet, mit dem berechtigten Vertrauen der Bürger in die Solidarität, aber auch in die Beweglichkeit der bremischen Finanz- und Haushaltspolitik werden die ungewöhnlichen Belastungen eines rasant gestiegenen Finanzbedarfs getragen werden können.

Meine Damen und Herren, das ist der wesentlichste Teil eines Artikels, den ich im September 1970 geschrieben habe.

Meine Damen und Herren, nun erlauben Sie mir einige wichtige Aspekte des Finanzberichts von 1970 bis 1974 anzureißen, die meiner Fraktion und mir wichtig erscheinen. Sie haben dieses Dokument vor sich liegen, aufgestellt vom Senator für die Finanzen und beschlossen in der Sitzung des Senats am 17. November 1970. Mir scheint es sehr wichtig zu sein, hier herauszustellen, welche Vorbehalte zu den

grundsätzlichen Bemerkungen in diesem Finanzplan gemacht worden sind, und ich darf sie Ihnen hier ins Gedächtnis zurückrufen. Folgende Vorbehalte stehen diesem Finanzplan gegenüber:

1. Aus den Schätzungs- beziehungsweise Planungszahlen können keine Ansprüche der Ressorts auf Bereitstellung bestimmter Haushaltsmittel oder Ansprüche Dritter hergeleitet werden. Es werden lediglich allgemeine finanzpolitische Richtpunkte gesetzt. Ausgefüllt werden müssen solche Haushaltsvolumen durch die Politik, das heißt also durch dieses Haus, und insbesondere durch die Mitglieder dieses Hauses, die in der nächsten Legislaturperiode tätig werden müssen.

2. Die Grundlage der Finanzplanung sind die Vorstellungen über die künftige Wirtschaftsentwicklung im Bundesgebiet und in Bremen. Bei einem reichlich langen Planungszeitraum, also bis 1974, lassen sich gewisse Fehlschätzungen nicht ausschließen. Die Anpassung an die tatsächliche Entwicklung und an neuere Erkenntnisse bleibt der jährlichen Überarbeitung der Finanzplanung vorbehalten, das heißt also, die Fortschreibung eines solchen Werks ist für unsere Überlegungen besonders wichtig.

3. Das gilt insbesondere auch für die von der Sozialproduktentwicklung abhängigen Steuereinnahmen. Die augenblicklich noch von bundesdurchschnittlichen Schätzwerten ausgehenden Schätzungen für Bremen sind mit einigen Vorbehalten zu betrachten, und wir glauben, daß hier vorhandene Schätzungen nicht zu niedrig gegriffen sind, sondern daß sie einigen Optimusmus verraten. Ganz abgesehen davon möchte ich bemerken, daß alle diese Steuerschätzungen von der augenblicklichen Rechtslage ausgehen.

4. Die Schätzungen für die auf der Ausgabeseite ausschlaggebenden Personalkosten sind mit erheblichen Risiken belastet. Lineare und strukturelle Veränderungen können von Bremen kaum beeinflußt werden. Darüber hinaus wissen Sie jedoch, meine Damen und Herren, daß sich in den Bereichen des öffentlichen Dienstes beachtliche Forderungen bemerkbar machen, und zwar nicht nur in dem Bereich von linearen oder strukturellen Verbesserungen, sondern auch auf Verbesserungen im Hinblick auf die Stellenausstattung hin. Wir haben in diesen Tagen ja eine ganze Menge darüber in der Presse lesen können oder wir alle sind mit besonderen Petitionen bedacht worden, und hier, meine Damen und Herren, liegen Imponderabilien, auf die wir sehr zu achten haben in der Zukunft, damit wir die lebenswichtigen Aufgaben durchaus noch erfüllen können und nicht irgendwo hängen bleiben in einem Bereich von Personalkosten, die später es nicht mehr möglich machen, notwendige Investitionen zu betreiben, beziehungsweise uns unter den Zwang setzen, sie einzuschränken.

Meine Damen und Herren, ich hatte bereits in meinen einleitenden Bemerkungen einiges gesagt über das Verschuldungsproblem. Ich bin nicht ganz sicher, ob das in diesem Ernst, wie ich es gesagt habe, verstanden worden ist. Der Finanzbericht gibt jedoch dazu einiges preis, das wir sehr wohl zu durchdenken haben. Nämlich, selbst die hierin vorgesehenen Kreditaufnahmen sind abhängig von der jeweiligen Kapitalmarktlage oder von eventuellen konjunkturpolitischen Maßnahmen, die wir unter dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft zu sehen haben, als eines Bundesgesetzes, das uns bestimmte Kreditlimitierungen vorschreiben kann. Und ähnliche Vorbehalte gelten auch für die Konditionen auf dem Kreditmarkt und damit im allgemeinen für die Berechnung über den zukünftigen Schuldendienst.

Vielleicht darf ich mir hier eine sehr wichtige, so glaube ich, politische Bemerkung erlauben: Wir hier können nicht völlig über die Zukunft verfügen, auch zukünftigen Bürgerschaften, zukünftigen Legislaturperioden, muß es erlaubt bleiben und muß es ermöglicht werden, besonders Probleme zu meistern, die nicht allein in normalen Steueraufnahmen und sonstigen Einkünften des Staates durchgeführt werden können, um ihren Aufgaben, die sich in dieser Zeit bilden, dann gerecht zu werden. Ich glaube also nicht, daß wir für uns in Anspruch nehmen können, für zu lange Zeit im voraus zu handeln.

Deshalb, meine Damen und Herren, stimme ich völlig mit den Bemerkungen des Herrn Finanzsenators über die Zielsetzung der Finanzplanung überein. Sie mögen mir erlauben, einige der wesentlichsten Passagen aus dieser Finanzplanung wiederum hier zu bringen: Die Finanzplanung soll also ein möglichst großes Maß an Rationalität und Wirksamkeit, das heißt also auch Wirtschaftlichkeit in Planung, Finanzierung und Durchführung der öffentlichen Aufgaben erbringen. Sie soll darüber hinaus die Zusammenhänge zwischen Einnahmen und Ausgaben darstellen und damit eine Tranzparenz der öffentlichen Finanzwirtschaft sichtbar machen.

Aber ich bin auch der Meinung, daß im Interesse der Gemeinschaft das Notwendige und Wünschbare auf eine mittlere Sicht hin mit dem finanziell Möglichen und mit dem gesamtwirtschaftlich Sinnvollen in Einklang zu bringen ist. Deshalb ist dieses Zahlenwerk der Finanzplanung ein Instrument, auch die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit und die Folgen ihrer Verletzung für die Zukunft zu verdeutlichen. Und mit dem Herrn Finanzsenator bin ich der Meinung, daß die Finanzplanung ein Instrument ist, aufzudecken und aufzuzeigen, von welchem Punkt an eine bestimmte öffentliche Aufgabe nur noch durch Abstriche bei anderen öffentlichen Aufgaben oder auch durch Überforderung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens be-

wältigt werden kann, oder aber ob man deutlich die Wahrheit sagen muß und die Steuerlastquote des einzelnen Bürgers zu erhöhen gedenkt.

Der Finanzsenator folgert daraus, daß die Tatsache, daß nicht alles gleichzeitig realisiert werden kann, was aus der Sicht der Ressorts als wünschenswert oder notwendig erkannt wird, zur Aufstellung bestimmter sachlicher, zeitlicher und räumlicher Prioritäten zwingt. Das ist, glaube ich, eine sehr wichtige Feststellung. Aber bei der Aufstellung dieser Prioritäten müssen nicht nur die finanzwirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Einnahme- und Ausgabearten, sondern auch die Abhängigkeit zwischen den einzelnen Investitionsvorhaben und ihren Folgekosten berücksichtigt werden. Und ich glaube, wir können daraus jetzt schon einen Schluß ziehen: Wir müssen in Zusammenhängen denken, und wir können nicht nur in Ressorts denken, sondern wir haben das Wohl unseres gesamten Landes, unserer beiden Stadtgemeinden und aller unserer so differenziert genannten Aufgaben gerecht zu werden.

Dazu möchte ich noch einiges Besondere sagen: Meine Damen und Herren, Herr Senator Speckmann führte in seiner Rede aus, der wachsende Ausgabebedarf der öffentlichen Haushalte kann eine Veränderung der volkswirtschaftlichen Steuerlastquote zur Folge haben. Eine Ausweitung und Intensivierung der staatlichen Leistungen muß auf die Dauer mit einer Erhöhung der laufenden Einnahmen entsprochen werden. Damit sind wir einverstanden. Die heute immer mehr sich differenzierende und vom Staat Leistungen fordernde Dienstleistungsgesellschaft muß wissen, daß dies alles Geld kostet und auch aus der jetzigen Steuerlastquote der gesamten Bevölkerung nicht mehr lange getragen werden kann.

Dies gilt besonders für den Bildungsbereich im weitesten Sinne, aber auch für die Freizeitgestaltungsnotwendigkeiten, die Probleme des Gesundheitswesens und viele andere sehr notwendigen Leistungsbereiche des Staates mehr. In diesen Begriff Leistungsbereiche des Staates gehören auch hinein die Probleme der Personalwirtschaft und des Personalbedarfs. Es wird allerhöchste Zeit, die Notwendigkeit einer gerechten und vernünftigen Lösung dieser wichtigen politischen Aufgaben nicht nur dilatorisch oder aber vielleicht auch polemisch anzugehen, sondern sie wissenschaftlich und exakt zu untersuchen, vielleicht zu lösen versuchen, um einer permanenten Unruhe, ja aber auch vielleicht einer Staatsverdrossenheit entgegenwirken zu können.

Das bestehende Chaos der Besoldung der Staatsbediensteten aller Rechtskategorien muß sehr schnell beseitigt werden, wenn eine moderne, leistungsfähige Demokratie Bestand haben soll. Da es sich um ein eminentes Problem von Bund, Ländern und Gemeinden handelt, ist hier besonders der Senat aufgerufen, kooperativ zu handeln im Zusammenwirken mit dem Bund, mit den übrigen Ländern, mit dem Städtetag und dem Gemeindetag, und so weiter.

Meine Damen und Herren, im Verlauf der Diskussion werden sicherlich meine Kollegen Fritz Meier und Helmut Fröhlich hierzu weitere Ausführungen machen, wenn es notwendig erscheint.

Der Finanzplan 1970 bis 1974 widmet dem Finanzausgleich zwischen dem Land und den Stadtgemeinden Bremerhaven und Bremen nur ein schmales Kapitel. Das ist verständlich, weil wir uns zur Zeit in einem Dialog befinden, den innerbremischen Finanzausgleich zwischen den drei Gebietskörperschaften neu gesetzlich zu konzipieren. Das geht nicht so schnell, da knirscht und knackt es in den verschiedenen Auffassungen. Das es aber gelungen ist, Bremerhaven vorerst zufriedenzustellen, bleibt uns die notwendige Atempause des Nachdenkens und der erforderlichen Hochrechnungen der Referenten, um ein höchstmögliches Maß an Übereinstimmung zu erzielen. Wir stehen ganz dicht vor diesem Ziel. Unser Ziel nämlich war es und ist es geblieben: Das Land, die Stadtgemeinden Bremerhaven und Bremen und ihre Bürger müssen gleichgestellt sein und bleiben. Das ist ein grundlegender Verfassungsauftrag. Das Finanzausgleichsgesetz muß dieses Postulat also erfüllen.

Aber, meine Damen und Herren, Gesetze können nicht alles geben. Die Gesetzgeber, das heißt, wir alle in diesem Hause, auch nicht, nämlich Gerechtigkeit hundertprozentig in Paragraphen zu gießen für eine längere Zeit. Wir sind also gezwungen, uns immer wieder vor Augen zu halten, wie schnelllebig diese unsere Zeit ist, wie sich die Umstände verändern und wie schnell wir uns anzupassen haben, wenn wir unseren Grundgesetzen entsprechend handeln wollen. Ich schlage deshalb vor, bei der letzten Konzipierung des Finanzausgleichsgesetzes der drei bremischen Gebietskörperschaften eine vernunftgerechte Öffnungsklausel zu finden, die es uns ermöglicht, kameradschaftlich und politisch neu auftauchende Probleme in diesem Bereich zu lösen.

Meine Damen und Herren, bevor ich zur letzten Würdigung der Finanzplanung komme, sei es mir gestattet, noch einige Gedanken in unsere Debatte einfließen zu lassen:

Zuerst hier der Wohnungsbau: Im Wohnungsbau war es uns in der Legislaturperiode 1967 bis 1971 möglich, rund 14 000 Wohnungen im sozialen und begünstigten Wohnungsbau zu genehmigen. Die Verteilung der letzten Rate von 3 000 Wohnungen erfolgt in den nächsten Wochen, wenn ich richtig unterrichtet bin. Wir konnten dieses Kontingent aus dem sogenannten Hochzinsungsgesetz finanzieren, ohne laufende Haushaltsmittel in Anspruch nehmen zu müssen. Damit ist nun vorerst Schluß. Die nächste Legislaturperiode wird dieses Haus dazu zwingen, sich neue Gedanken zu machen, um mit Budgetmitteln neue Programme zu finanzieren. Aber auch hier wird es notwendig werden, sich differenzierte Gedanken zu machen, um das Problem

der Stadterneuerung, der Urbanisierung und der Verbesserung bestehender Wohnungssubstanzen anzupacken. Ein gewisses, bisher sicher notwendiges Einspurdenken ist nach meiner persönlichen Auffassung vorüber.

Nun, meine Damen und Herren, noch einige Gedanken zur Notwendigkeit getätigter oder noch zu tätigender Investitionen: Soweit wie möglich muß hier, und ich habe es auch schon früher mehrmals betont, das Kosten-Nutzen-Denken Platz greifen. Darüber hinaus möchte ich alle Verwaltungen aufrufen, darüber nachzudenken, wie man teure Investitionen mehrstufig nutzbar machen kann. Mit den Jugendheimen hat beispielsweise der Senator für Jugend und Wohlfahrt bereits gute Ansätze gemacht und dabei sogar die Unterstützung der sogenannten Kopekenscheiche gefunden. Das wird hoffentlich auch in Zukunft der Fall sein.

Aber um nicht in den Geruch zu kommen, nur Theorien zu verbreiten, möchte ich mir erlauben, einen kleinen praktikablen, persönlichen Vorschlag zu machen — schade, daß Herr Senator Seifriz nicht da ist, aber es wird ihm sicher berichtet werden —: Seit meiner Jugend ärgert es mich, daß nur Hunde, aber keine Menschen unsere wunderschönen, so herrlich gepflegten Wallanlagen betreten dürfen,

(Beifall bei der CDU)

höchstens wenn Schnee darauf liegt, können Kinder mal Schlitten fahren. Vor wenigen Wochen befand ich mich nun im Kreise von Kollegen des Hauses auf einer Studienreise in England. In einem herrlichen Park in London entdeckte ich kleine Blockhütten, aus denen jedermann sich für einige Groschen einen Liegestuhl leihen konnte, um dann lesend, sinnierend oder fröhlich lächelnd inmitten des schönen Grüns einige Zeit verbringen zu können. Ein alter Herr, wahrscheinlich ein Rentner, war der freundliche liegestuhlverleihende Zerberus.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Hannover!)

Meine Damen und Herren, wäre das nicht auch etwas für Bremen?

(Beifall bei der CDU — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Sehr gut!)

Der Herr Senator für das Bauwesen ist sicherlich aufgeschlossen genug, mit seinen Herren darüber nachzudenken, um vielleicht allen Bremern im Frühjahr ein neues Grünanlagengefühl vermitteln zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in dieser Betrachtung für meine Fraktion zur Finanzplanung 1970 bis 1974 wollte ich bewußt nicht mit zuviel Zahlen arbeiten, denn diese Zahlen können nachgelesen werden, genauso wie die Zahlen im sogenannten Finanzbericht 1971. Worauf es mir ankam war, einige generelle politische Bemerkungen zur Finanzplanung und zum Stand dieser Finanzplanung in Bremen zu machen. Und ich glaube, einige Worte sollte ich auch noch verlieren zur Zielsetzung der Finanzplanung, in der ich mich im wesentlichen den Auffassungen des Herrn Senators für die Finanzen anschließe, und ich möchte noch einmal rekapitulieren, welche Gesichtspunkte gravierend sind für eine Zielsetzung der Finanzplanung:

Es geht also hierbei um ein möglichst großes Maß an Wirtschaftlichkeit der Planung in der Finanzierung und der Durchführung öffentlicher Aufgaben. Darüber hinaus soll die Finanzplanung die Transparenz der öffentlichen Finanzwirtschaft herbeiführen, sie soll es den Behörden, den Verwaltungen, aber auch uns Abgeordneten klarmachen, wie die Zusammenhänge zwischen Einnahmen und Ausgaben bestehen, und ich bin der Meinung, daß hier auch der vorhin schon bereits angeführte Kosten-Nutzen-Aspekt besonders zum Ausdruck kommen sollte. Das Zahlenwerk der Finanzplanung soll die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit und die Folgen ihrer Verletzung für die Zukunft verdeutlichen.

Ich glaube, daß wir hier das sogenannte Prioritätsdenken hineinbringen und immer wieder durchdenken müssen, um zu wissen, was wir tun können und was wir nicht tun können, oder aber wenn wir uns in der einen Richtung prioritätsmäßig entscheiden, wo müssen oder wo können wir woanders Abstriche machen. Dieses gesamtwirtschaftliche Leistungsvermögen muß deutlich werden, damit wir nicht restlos ins Schwimmen kommen. Ich glaube, das noch eins hinzugehört: Wenn wir, besonders bei den Investitionen oder auch bei sonstigen Dingen Prioritäten setzen und sie uns überlegen, dann müssen wir auch an die Folgekosten denken, die zwischen den Investitionen und den dann folgenden Aufgaben auftreten. Diese Dinge, die so stark im Haushalt durchschlagen, so daß wir möglicherweise morgen das nicht mehr tun können, was wir uns heute gedacht haben!

Meine Damen und Herren, Sie werden aber sicher verstehen, daß ich an einer weiteren sehr pointiert gemachten Aussage nicht vorbeikomme, damit wir für die spätere Debatte hier keine Unklarheiten bekommen: Unsere Finanzplanungen sind keine Bibel, es sind keine fixierten Zahlen, sie geben uns lediglich für die Politik Anhaltspunkte nachzudenken und zu durchdenken, was möglich ist und was nicht möglich ist. Jedes Jahr ändern sich die Verhältnisse. Deshalb wird diese Finanzplanung auch in jedem Jahr fortgeschrieben, so daß wir permanent zu neuen Erkenntnissen kommen können.

Kein Mensch kann erwarten, daß sich die menschliche Wirklichkeit und unsere Umgebung danach richtet, was Politiker oder Finanzpolitiker für vier oder fünf Jahre an Zahlen festgelegt haben. Die Dinge sind nun mal nicht so, und wir haben uns damit wohl abzufinden. Wir selbst müssen variabel und beweglich im Denken sein, wir müssen dynamisch sein, wir müssen immer daran denken, daß alle unsere Beschlüsse, die wir zu den Haushalten

hier fassen, hier lediglich erst einmal Papier sind, daß sie Wirklichkeit werden bei ihrer Durchführung und daß das Aufstellen von Haushalten nicht so kompliziert ist wie die Durchführung von Haushalten.

Deshalb darf ich hier noch einmal betonen, daß in der Vergangenheit meine Kolleginnen und Kollegen in der Finanzdeputation und im Haushaltsausschuß erheblich mitgewirkt haben, daß es uns gelungen ist, in fünfundzwanzigjähriger bremischer Finanzpolitik ausgeglichene Haushalte vorzulegen, die aber auch politisch die darin stehenden Zielsetzungen erfüllt haben, zum Teil sogar übererfüllt haben, und ich glaube, das ist eine sehr beachtliche Leistung der bremischen Politik in der Nachkriegszeit.

Meine Damen und Herren, mittel- oder längerfristige Finanzplanungen können nicht allein, gewissermaßen isoliert, aus der Sicht der Abgeordneten betrachtet werden. Wir leben eben nicht im Elfenbeinturm. Moderne Politik erzwingt die Kooperation von Parlament und Regierung, wobei hinzukommt, daß das Parlament Regierungsteil und Oppositionsteil in sich vereint, also kontrahierende Elemente. Für die Regierung gilt zwar Ähnliches, nur ist sie entweder Repräsentant einer absoluten Mehrheit oder sie ist das Produkt einer Parlamentskoalition, also einer Zweckehe.

Diese Konfliktspositionen allein machen es noch nicht allein schwierig, d'accord miteinander zu arbeiten und politische Ziele zu erreichen. Dazwischen allerdings steht nämlich noch die Verfassung, deren zwingende Normen von allen Agierenden tunlichst zu beachten sind, um nicht weitere politische Konfliktstoffe zu schaffen. Und das ist nun in Bremen sehr interessant, aber auch ein wenig kompliziert. Unsere Landesverfassung trägt nämlich mit der Alleinverantwortung der Senatoren für ihr jeweiliges Ressort ein ausgesprochen patrizisches Antlitz.

Meine Damen und Herren, ich glaube, hier habe ich mich vornehm ausgedrückt.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Sehr!)

Ja, nachher werde ich das weniger tun! Warten Sie nur ab! Aber diese Verfassungssituation, das muß man klar aussprechen, entspricht nicht mehr der politischen Situation unserer Zeit, sie muß geändert werden. Die Richtlinienkompetenz des Regierungschefs, also des Präsidenten des Senats, muß postuliert werden, wenn er nicht im Gestrüpp von Koordinierungsstellen, Fraktionsentscheidungen, Zeitungsartikeln und Ähnlichem sich

(Beifall bei der SPD)

hoffnungslos verfangen will.

(Abg. Fischer [CDU]: Sehr gut!)

Was ist er denn jetzt? Primus inter pares! Ein schönes Wort, aber die heutige, tatsächliche Bedeutung in der Politik heißt: Vorsitzender eines Aufsichtsrats zu sein, in dem der Vorsitzende allein keine Aktien besitzt.

Die beabsichtigte Änderung unserer Landesverfassung wird, wie alle solche Vorhaben, einige Zeit dauern, und bis dahin wird es auch noch einige Auseinandersetzungen geben. Aber bis dahin muß der Senat seine kooperative Arbeitsmethoden fortentwickeln, um einigermaßen den genannten Notwendigkeiten gerecht werden zu können.

Meine Damen und Herren, Finanzdeputation und Haushaltsausschuß werden daher unter keinen Umständen in die Rolle eines politischen Schiedsrichters gebracht werden dürfen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren — ich spreche hier ja politisch —, im Rahmen meiner Ausführungen über die Finanzplanung 1970 bis 1974 möchte ich mich jetzt der Rolle der Opposition zuwenden, so wie sie sich hier in der Bremischen Bürgerschaft darstellt. Und ich meine hier insbesondere die CDU-Opposition! Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, daß ich mein politisches Fazit in vier Punkten äußere:

1. Die Oppositionspolitik der CDU in Bremen ist statisch. Sie zeigt für Bremen keine neuen Wege auf, sie bietet keine Initiativen an, sie denkt auch nicht in politischen Alternativen. Ihre Tätigkeit erschöpft sich, besonderers in der Fragestunde, in schriftlichen oder mündlichen Anfragen oder manchmal auch in kleinkarierten Anträgen

(Beifall bei der SPD)

Sie ist eine sehr schwer erträgliche Beckmesserei. Das politisch oft dynamische Verhalten einzelner CDU-Abgeordneter in den Deputationen gebe ich durchaus zu, weil ich es kenne. Aber sie werden später sehr häufig im Plenum von ihrer Gesamtfraktion desavouiert.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Sehr wahr!)

Hier scheint mir ein mangelndes Übereinstimmen im politischen Grundsatzdenken vorzuliegen.

(Abg. Kauffmann [CDU]: Zeugnisse gibt es erst im Februar!)

2. Die Oppositionspolitik der CDU ist antibremisch. Das Verhalten ihrer Spitzenrepräsentanten in Land und Bund verletzt in starkem Maße lebenswichtige bremische Interessen. Das gilt insbesondere für die Universitätspolitik und für die spezifischen Eigenarten bremischer Wirtschaftsinteressen Ein entsprechendes Echo können Sie, meine Damen und Herren, sehr häufig auch aus rein bürgerlichen Kreisen hören, Kreise die der CDU sicherlich näher stehen als der Sozialdemokratie.

3. Die Oppositionspolitik der CDU in Bremen ist weitgehend ferngesteuert. Neue Gesetzentwürfe besonderer bremischer Provenienz werden fast gar nicht vorgelegt. Und wenn hier schon etwas auf den Tisch gepackt wird, dann sind es Importe vom Bund

und von anderen Ländern, vielleicht auch aus der Parteizentrale.

(Beifall bei der SPD)

Als Beispiel möchte ich hier das sogenannte Kindergartengesetz anführen — als Beispiel für alle anderen Fälle —, und wir werden uns ja noch im Rahmen dieser Sitzung damit zu befassen haben, und die CDU wird von meiner Fraktion die passende Antwort bekommen.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Sehr wahr! — Widerspruch bei der CDU)

4. Die Oppositionspolitik in Bremen ist zaghaft und mutlos.

(Lachen bei der CDU)

Bestes Beispiel dafür ist die neueste Anfrage der CDU über Steuereinnahmen und Haushaltsreste sowie über das Investitionsprogramm 1970 bis 1974. Die Antwort des Senats — der Herr Senator für die Finanzen hat sie vorhin praktisch vorgelesen — vom 12. Januar ist eine schallende Ohrfeige für die CDU.

(Abg. Kauffmann [CDU]: Wieso das denn? — Zurufe von der CDU)

Was ist da nun gefragt worden, und wie lauten die Antworten? — Sie werden das kriegen, Herr Dr. Schäfer, Sie kriegen das Wort für Wort! —

Herr Dr. Sieling und die CDU-Fraktion fragen erstens einmal nach dem Stand der Ist-Einnahmen an Landes- und Gemeindesteuern zum 31. Dezember 1970. Schon im Dezember hatten Sie behauptet, wir würden weniger Steuern einnehmen. Die erste Antwort, die Sie hier bekommen haben: „Wir haben Mehreinnahmen in Höhe 36,8 Millionen im Jahr 1970 gegenüber dem Anschlag 1970."

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Aber wesentlich mehr veranschlagt!)

Die Frage nun nach der Deckungslücke, die auch von der CDU gestellt wurde, gegenüber dem Sollanschlag und den bereits beschlossenen Mehrausgaben, die durch Steuermehreinnahmen gedeckt werden sollten, und wie der Senat diese Lücken anderweitig auszufüllen gedenkt, so lautet der zweite Teil der Frage. Die lapidare Antwort des Senats: „Wir haben erstens 36,8 Millionen DM mehr eingenommen als wir veranschlagt hatten. Wir haben an die Konjunkturausgleichsrücklage, also eine Bundesangelegenheit, 15,9 Millionen DM abgeführt. Wir haben für 1969 noch eine Schlußzahlung zum Länderfinanzausgleich zu leisten gehabt in Höhe von 5,4 Millionen DM. Das macht zusammen 21,3 Millionen DM. Dagegen die tatsächlichen Steuereinnahmen in Höhe von 36,8 Millionen. Es bleibt also noch eine Mehreinnahme von 15,5 Millionen DM."

Und nun geht die Sache weiter. Wir sind nun die Personalkosten — so fragt die CDU —, die nach vorläufigen Feststellungen etwa 32 Millionen DM Mehrausgaben haushaltsmäßig ausmachen, zu decken? Eben, wie gesagt, restliche Mehreinnahmen aus Steuern 15,5 Millionen DM, Ersparnisse im Schuldendienst 10,3 Millionen DM und — eine sehr erfreuliche Geschichte — dann die sonstigen Haushaltsverbesserungen, Mehreinnahmen und Minderausgaben, den sogenannten Bodensatz, Finanzexperten wissen, was das bedeutet, in Höhe von 6,2 Millionen DM, also wiederum 32 Millionen DM, und die Geschichte ist abgeschlossen.

Der Senat stellt dann in seiner Antwort lapidar fest, der Haushaltsausgleich ist 1970 vorbehaltlich der noch ausstehenden endgültigen Feststellungen der Reste sichergestellt. Diese Einzelheiten können natürlich auch erst später dargestellt werden, weil man sie von der Buchhaltung natürlich nicht so schnell haben kann.

Eine zweite Frage dann der CDU: „Wie hoch sind die Haushaltsausgabereste in den Haushalten der Freien Hansestadt Bremen und der Stadtgemeinde zum 31. Dezember 1970, um welche Arten und Zwecksetzungen der Ausgabenreste handelt es sich?"

Der Senat hat uns heute eine vorläufige Übersicht gegeben, die nicht bis auf die letzte Mark stimmen muß. Das kann man auch nicht verlangen, weil selbst elektronische Datenverarbeitung diese Dinge nicht so schnell nach dem 31. Dezember eines Haushaltsjahres festlegen kannn, weil man ja auch aus den Ressorts dazu noch die entsprechenden Mitteilungen benötigt. Wir haben heute genügend globale Zahlen bekommen, die es uns hier ermöglichen, darüber zu diskutieren.

Weitere Frage der CDU: „Wie lautet das Investitionsprogramm des Senats ohne Objektzusammenstellung, oder falls vorhanden, auf der Grundlage von Objektzusammenstellungen für den Zeitraum der Finanzplanung 1970 bis 1974, um welche bereits finanziell festgelegten und um welche finanziell noch nicht festgelegten Investitionsplanung handelt es sich?" Wiederum eine sehr interessante und für Finanzpolitiker eigentlich ganz natürliche Antwort. Der Senat sagt nämlich:

„Das Investitionsprogramm des Senats für die Legislaturperiode 1967 bis 1971 ist abschließend durch die von der Bürgerschaft beschlossenen Haushalte 1970 und 1971 konkretisiert worden.

b) Das Investitionsprogramm des Senats für die neue Legislaturperiode wird voraussichtlich 1972 in Ergänzung der neuen Finanzplanung, also der Fortschreibung, und der Haushalte 1972/73 veröffentlicht werden, wenn die senatsinternen Vorarbeiten für eine umfassende Objektplanung abgeschlossen sind.

Das ist sehr vornehm ausgedrückt, meine Damen und Herren, denn dahinter verbirgt sich nämlich das Problem, daß wir im Oktober eine Bürgerschaftswahl haben, und daß das Wahlergebnis mögliche Regierungsbildungen, Koalitionen und Ähnliches und nachgehende Verhandlungen darüber zu

entscheiden haben. Also hier eine solche Frage zu stellen, als ob der Senat außerhalb der politischen Verhältnisse regieren und agieren kann, ist wohl etwas kindisch, und ich glaube, man kann hier manchmal über solche Naivitäten nur lächeln.

(Abg. Fischer [CDU]: Sie scheinen ja große Angst zu haben!)

Gleich polemisch ist die Frage der CDU in dieser Anfrage, oder in diesem Antrag, den sie gestellt hat, nämlich nach der bereits geschlossenen Vorbelastung der neuen Legislaturperiode. Die CDU hätte in dem letzten Zwischenbericht über die Haushaltslage nach dem Stand vom 30. September 1970 nachlesen können, daß nach den Haushaltsgesetzen 1970 und in den verschiedenen besonderen Gesetzen und Ortsgesetzen Verpflichtungsermächtigungen für die Zukunft, also von 1971 und fortlaufend, von insgesamt 380,6 Millionen DM vorgesehen sind, ordnungsgemäß beschlossen worden sind. Das ist also eine Vorbelastung, die die Politik sich gefallen lassen muß, und ich glaube auch, gewollt gefallen lassen kann, weil hier eine mittelfristige Finanzplanung und mehrjährige Haushalte vorsehen, daß man in die Zukunft schaut, daß man nicht mehr von der Hand in den Mund leben kann, nämlich von einem Einjahres-Haushalt, sondern daß man weiter schauen kann, weiter disponieren kann, und ich glaube, damit auch bessere Effekte erzielen kann.

Nun, diese Antwort des Senats, meine Damen und Herren, zeigt das auf, was ich gesagt habe, daß die Oppositionspolitik der CDU in Bremen zaghaft und mutlos ist. Aber meine Damen und Herren, ich glaube, es fehlt eine endgültige Würdigung in diesem poltischen Verhalten und Agieren der CDU in Bremen, denn aus dem vorher Gesagten will ich noch einmal zusammenfassend eine Folgerung ziehen: Die CDU in Bremen ist in ihrer Politik statisch, sie ist antibremisch, sie ist ferngesteuert, und sie ist zaghaft und mutlos. Für mich bedeutet das, und damit auch für meine Fraktion, die CDU ist in Bremen nicht regierungsfähig.

(Lachen bei der CDU — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Götze, die Zeit ist schon etwas überschritten. Ich würde Sie herzlich bitten, sich ganz kurz zu fassen.

Abg. **Götze** (SPD): Herr Präsident, wenn Sie mir noch zwei Minuten geben würden, schaffe ich es.

Meine Damen und Herren, ich glaube, ich habe mich namens meiner Fraktion bemüht, das komplexe Kapitel Finanzplanung und Finanzbericht politisch zu deuten, ohne Sie mit zuviel Zahlen zu überrollen. Unsere Dokumente, die wir vor uns liegen haben, sind Grundlagen eines neuen politischen Planungssystems, sie geben Ihnen allen größere Möglichkeiten eines Denksystems zur Gestaltung unseres Gemeinschaftslebens, wie wir sie alle früher nicht gehabt haben.

Eines aber sind diese beiden Berichte gewiß nicht: ein unfehlbarer Politcomputer, der menschliches Denken ersetzt und Ideallösungen im Schnelldrucker ausspuckt. Sie müssen fordern, aber sie müssen auch Verantwortung tragen. Für unsere Freie Hansestadt gilt ganz besonders: Solide zum Nutzen aller!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Götze, über die ersten Abschnitte Ihrer Rede habe ich mich sehr gefreut.

(Abg. Götze [SPD]: Prima!)

Auch dann, wenn ich sie nicht immer billigen konnte! Als Sie aber, wie ich meine, einigermaßen nervös, versuchten, gegen uns, gegen die CDU, gegen meine Fraktion Kieselsteinchen zu werfen, konnte ich menschliche Gefühle nicht unterdrücken.

(Stürmische Heiterkeit — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Und das ist bei Ihnen selten!)

Da uns diese Steinchen nicht getroffen haben, möchte ich auch auf diese Ausfälle nicht mehr eingehen. Vielleicht finde ich Gelegenheit, nach der Wahl in den Wallanlagen, in einem Liegestuhl liegend, mit Ihnen gemeinsam einmal zu plaudern.

(Stürmische Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, nach dem Stabilitätsgesetz, das ja auch unter Mitverantwortung der CDU zustandegekommen ist, liegt der öffentlichen Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde. Sie ist eine wichtige Orientierungshilfe für unsere Haushaltsberatungen, und wir sollten sie alle beachten und verwerten.

Bevor ich auf Einzelheiten eingehe, möchte ich auch namens meiner Fraktion der Finanzverwaltung für die Erarbeitung des Finanzberichts und des Finanzplans 1970/1974 unseren Dank sagen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist eine gründliche, ordentliche Arbeit, die von uns sicherlich bei den künftigen Haushaltsberatungen in dem Planungszeitraum gut gebraucht werden kann.

Bei meinen Betrachtungen möchte ich ausgehen von wesentlichen Feststellungen des vorgelegten Finanzplans. Danach liegt das Volumen der fünfjährigen Finanzplanung mit fast 11 Milliarden DM um rund 2 Milliarden DM über der Schätzung für den Planungszeitraum 1969 bis 1973. Das war der Planungszeitraum des vorjährigen Finanzplans. Überdurchschnittlich steigende Sachinvestitionen sind eingeplant worden. Im Vergeich zum vorjährigen Finanzplan wurden die Steuereinnahmen um

rund eine Milliarde DM höher geschätzt, während die Schuldenaufnahmen um 600 Millionen DM steigen. Die Personalausgaben erhöhen sich um rund 900 Millionen DM gegenüber dem Planungszeitraum 1969 bis 1973.

Die geplanten Steigerungsraten bei Einnahmen und Ausgaben ergeben folgendes Bild: Überdurchschnittliche Zunahme der Schuldenaufnahmen, des Schuldendienstes, der Personalausgaben und der Investitionen gegenüber einer unter dem Durchschnitt liegenden Zunahme bei den Steuern. Bei einer Ausweitung des Volumens um 2 Milliarden DM mußte der Anteil der Schuldenaufnahmen um rund 3 Prozent erhöht werden, so daß sich der Anteil des Schuldendienstes auf 8 Prozent des Gesamtvolumens erhöhte.

Nimmt man diese Plandaten zur Kenntnis, so drängen sich drei Fragen auf:

Erstens: Ist die beachtliche Zunahme öffentlicher Ausgaben aus Sachgründen geboten?

Zweitens: Stehen die geplanten Einnahmen und Ausgaben im Einklang mit den volkswirtschaftlichen Grunddaten?

Drittens: Reicht der durch die Planung gewonnene Finanzierungsspielraum aus, um unabweisbare Investitionen zu tätigen?

Zur ersten Frage möchte ich den Finanzplanungsrat zitieren, der Mitte vorigen Jahres folgendes ausführte:

„Die gesamten öffentlichen Ausgaben werden in den kommenden Jahren wegen der steigenden Anforderungen an die öffentliche Aufgaben-Erfüllung stärker zunehmen als das nominale Bruttosozialprodukt. Dies setzt allerdings besondere Anstrengungen zur preisneutralen Finanzierung eines solchen Ausgaben-Anstiegs voraus. Überdurchschnittlich steigende öffentliche Leistungen sind notwendig, insbesondere für den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur in den Bereichen Bildung und Wissenschaft, Verkehrs- sowie Gesundheitswesen. Für die notwendigen zusätzlichen Maßnahmen kann durch eine Umstrukturierung im Rahmen des gegebenen Ausgabevolumens allein nicht der erforderliche Spielraum geschaffen werden." — Ende des Zitats!

In der Tat, meine Damen und Herren, ist es geboten, die öffentlichen Ausgaben überproportional auszuweiten. Wir kneifen da durchaus nicht. Die mit Vorrang zu erfüllenden Aufgaben, die aus diesem Zitat hervorgehen — zusätzlich zähle ich für Bremen noch die Industrieansiedlung hinzu —, erfordern neue Investitionen und eine beachtliche Ausweitung der Personalausgaben. Entscheidend ist aber — und damit komme ich zur zweiten Frage —, daß die volkswirtschaftlichen Grunddaten eine solche Planung stützen und ermöglichen, so daß eine ernste Gefährdung der bremischen Finanzen nicht eintreten kann. Auf diese Frage kann zur Zeit eine sichere, positive Antwort nicht gegeben werden.

Als der Finanzplanungsrat am 13. 3. 1970 für den Planungszeitraum 1970 bis 1974 die Steigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts zu jeweiligen Marktpreisen auf jährlich 7 Prozent und die Steuerzuwachsrate für Länder und Gemeinden auf jährlich 8,6 Prozent schätzte — im vorliegenden Finanzplan sind diese bundeseinheitlichen Schätzungen übernommen worden —, war bereits eine anhaltende Unsicherheit in der Diagnose der wirtschaftlichen Situation und in der Beurteilung der Konjunkturentwicklung festzustellen.

Diese Unsicherheit hat sich laufend verstärkt. Es ist leider damit zu rechnen, daß Preis- und Kostensteigerungen einen Rückgang der Investitionen der Wirtschaft und einen Rückschritt der Produktivität bewirken, so daß die Annahme eines stetig um 7 Prozent steigenden Inlandsprodukts und eines stetig sich um 8,6 Prozent durchschnittlich erhöhenden Steueraufkommens als äußerst gewagt erscheinen muß. Dadurch, meine Damen und Herren, wird ein langer, dunkler Schatten auf den bremischen Finanzplan geworfen, der auch dadurch nicht aufgehellt wird, daß der Herr Finanzsenator selbst die Schätzungen als äußerst optimistisch bezeichnet.

Ein Alarmzeichen für uns sollte sein der Rückgang der ertragsabhängigen Steuern. Ich darf Ihnen insoweit den Abschluß Ende 1970 kurz ins Gedächtnis zurückrufen. Die veranlagten Einkommensteuern gingen zurück mit 10,8 Prozent, die nichtveranlagten Steuern vom Ertrag mit 4,9 Prozent, die Körperschaftsteuer sogar mit 48 Prozent, und die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital verringerte sich um 8,8 Prozent gegenüber dem Ist 1969. Hinzu kommt, daß die Möglichkeit der Aufnahme der vorgesehenen Kredite und die Schätzung der Personalkosten — ich glaube, hier stimmt mir Herr Kollege Götze zu — mit erheblichen Risiken belastet sind, die ebenfalls bundespolitische Ursachen haben.

Diese Lage wird für Bremen noch zusätzlich dadurch erschwert, daß es mit der Entwicklung seines Bruttoinlandsprodukts je Einwohner und je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung hinter den Städten Berlin, Hamburg, Frankfurt am Main, München, Köln, Essen, Düsseldorf, Dortmund, Stuttgart und Hannover liegt und analog dazu die Steigerung des bremischen Gesamtsteueraufkommens in den letzten zwanzig Jahren mit 870 Prozent unter dem Durchschnittswert für das Bundesgebiet mit 951 Prozent blieb.

Meine Damen und Herren, ich begrüße es außerordentlich, daß diese für uns unangenehmen Zahlen jetzt nicht nur von uns erwähnt zu werden brauchen, sie stehen auch im Finanzbericht und machen uns eine sachliche Diskussion für die Zukunft leichter.

Der Bürgschaftsstand je Einwohner Bremens übersteigt den bundesdurchschnittlichen Wert um mehr als das Fünffache.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Hört, hört!)

Aufgrund dieses Sachverhalts erheben wir folgende Forderungen, um eine ernste Gefährdung der bremischen Finanzen durch die vorgelegte Planung zu vermeiden:

Erstens: Unbeschadet der Fortschreibung der Finanzplanung durch den Senat stellt der Finanzsenator bei den Beratungen der Haushaltsentwürfe alle Informationen zur Diskussion, die geeignet sind, den Finanzplan zu beeinflussen.

Zweitens: Der Vollzug der Haushalte muß so elastisch gestaltet werden, daß eine Anpassung an die jeweilige gesamtwirtschaftliche und konjunkturpolitische Situation erfolgen kann.

Drittens: Nachdem das auch und gerade von der FDP vertretene Dogma der Schuldendienstgrenze von 12 Prozent der Einnahmen aufgegeben wurde, muß folgende nicht übersteigbare Grenze gezogen werden: Der Schuldendienst darf nur aus ordentlichen, laufenden Einnahmen, niemals aus Krediten bezahlt werden.

(Beifall bei der CDU — Abg. John [FDP]: Das haben wir schon tausendmal gesagt!)

Viertens: Die Investitionsnotwendigkeiten dürfen niemals zur Gefährdung der gesamten Haushaltsstruktur führen. Hier stimmen wir völlig mit Herrn Finanzsenator Speckmann überein.

Fünftens: Der Senat mag sich um die Stärkung der bremischen Wirtschaftskraft unter Beachtung der Vorschläge meiner Fraktion endlich mit Erfolg bemühen, damit Bremens Sozialprodukt und Steuerkraft den Anschluß findet an vergleichbare Ballungsräume.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte in diesem Zusammenhang in Erinnerung rufen einige Worte von Herrn Bürgermeister Koschnick aus seiner Regierungserklärung vom 28. November 1967. Damals begann die nun bald zu Ende gehende Legislaturperiode. Ich darf mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren. Herr Bürgermeister Koschnick sagte damals:

„Weder die Finanzplanung noch die Bewirtschaftungsmaßnahmen allein können auf die Dauer eine Gewähr bieten für solide Finanzen. Hinzutreten muß eine Wirtschaftspolitik mit dem Ziel, die Erträge gemeinsamer Arbeit zu steigern, das Bruttosozialprodukt zu vergrößern und die öffentlichen Einnahmen zu mehren. Deshalb sehen Senat und Regierungskoalition in der Erhaltung und Verstärkung der Konkurrenzfähigkeit Bremens auf allen Gebieten die vordringlichste Aufgabe bremischer Wirtschaftspolitik in den nächsten vier Jahren. Es geht hier um die Ausstattung der Häfen in Bremen und Bremerhaven für einen unerbittlichen internationalen Wettbewerb. Es geht um den Ausbau des bremischen Flughafens, um den Anschluß an die Zukunft zu gewinnen. Es geht in gleichem Umfang auch darum, der im Lande Bremen tätigen Wirtschaft Entfaltungsmöglichkeiten einzuräumen. Und es geht nicht zuletzt darum, die Standortvorteile des seeschifftiefen Wassers zu einer koordinierten Industrie- und Gewerbeansiedlungspolitik in Bremen und Bremerhaven und darüber hinaus im ganzen Unterweserraum zu nutzen. Der Senat wird sich in diesem Bereich in einem besonderen Maße der Förderung und Ansiedlung von Industrie und Gewerbe zunehmend zuwenden, die die Voraussetzungen einer auf die Zukunft ausgerichteten Wirtschaftsentfaltung erfüllen."

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Ist daran etwas auszusetzen?)

Wir haben damals mit Genugtuung diese Worte zur Kenntnis genommen, weil sie alten und immer wiederholten Forderungen meiner Fraktion entsprachen. Leider müssen wir jetzt feststellen, daß insoweit hinreichende Erfolge nicht eingetreten sind.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Leider!)

Diese Absichtserklärung des Herrn Bürgermeisters ist nicht verwirklicht worden, so daß auch für die Zukunft noch Schätzungszahlen eingeplant werden müssen, die durch Stärkung der Wirtschaftskraft hätten verbessert werden können.

(Beifall bei der CDU)

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich die oben aufgeworfene dritte Frage behandeln: Reicht der durch die Planung gewonnene Finanzierungsspielraum aus, um unabweisbare Investitionen zu tätigen? Hierauf ist der Senat leider die Antwort schuldig geblieben. Er hat trotz unseres Ersuchens kein Investitionsprogramm vorgelegt, erst recht nicht auf der Grundlage systematischer Objektzusammenstellungen, wie das Herr Senator Speckmann vor mehr als einem Jahr ankündigte. Das soll erst nach der Wahl geschehen, wie in der heute zusätzlich vorgelegten Antwort des Senats gesagt wird.

Wir meinen, der Senat hätte nicht ausweichen sollen. Die Bevölkerung hat einen Anspruch darauf, daß der Senat vor der Wahl eine im Einklang mit seinem Finanzplan stehende Prioritätenliste zur Diskussion stellt.

(Beifall bei der CDU)

Dies wäre um so mehr geboten gewesen, als unsere nächste Legislaturperiode bereits mit 380 Millionen DM vorbelastet ist.

Daß die Vorlage eines Investitionsprogramms 1971 bis 1975 — das möchte ich im besonderen Herrn Kollegen Götze sagen, der sich soeben über unsere Forderungen mokierte — möglich ist, beweist zum Beispiel Hamburg. Dort ist ein Investitionsprogramm mit 119 Positionen und einzelnen Erläuterungen der Bürgerschaft zugeleitet worden. Es erstreckt sich auf den Zeitraum 1971 bis 1975 und enthält nur neue Investitionen. Getrennt davon sind die Investitionsvorbelastungen angeführt. Sie sehen also, es geht. Allerdings muß man Hamburg zugute halten, daß dort die Wahldaten anders liegen.

Nach alledem, meine Damen und Herren, möchte ich für meine Fraktion folgendes erklären: Wir werden uns dafür einsetzen, daß die von uns er-

hobenen Forderungen ernst genommen und erfüllt werden. Einer Haushaltsgestaltung, die der gesamtwirtschaftlichen und konjunkturpolitischen Entwicklung widerspricht, werden wir uns im Interesse Bremens widersetzen. Auf Bundesebene wollen wir alles in unseren Kräften stehende tun, damit Stabilität und Wachstum wieder gesichert und inflationäre Tendenzen beseitigt werden. Nur wenn dies gelingt, wird der vorgelegte Finanzplan verwirklicht werden können.

Und nun zum Schluß erlauben Sie mir, auf einige nicht hervorragende, aber herausragende Punkte der Rede von Herrn Finanzsenator Speckmann eingehen zu dürfen. Zunächst meinte er, wir hätten Kassandra-Rufe ausgestoßen betreffend der Deckung von Mehrausgaben durch Steuermehreinnahmen, und diese Kassandra-Rufe seien unrichtig gewesen. Herr Senator Speckmann, mit Verlaub, diese Aussage ist formal und sachlich falsch. Einmal zeichnete sich die Dame Kassandra — wenn ich nicht sehr irre — dadurch aus, daß sie immer recht behielt,

(Beifall bei der CDU)

und zum anderen geht aus Ihrer eigenen, heute zusätzlich auf unseren Wunsch hin eingebrachten Vorlage hervor, daß noch eine Lücke von 16,5 Millionen DM trotz des Überschreitens des Sollanschlags bei den Steuereinnahmen verblieben ist, die Sie mit dem sogenannten Bodensatz und mit anderen Haushaltsverbesserungen decken müssen, aber noch im letzten Quartalsbericht decken wollten mit Steuermehreinnahmen. Ich glaube, es ist auch eine, ich möchte fast sagen, staatspolitische Aufgabe der Opposition, Ihnen durch Warnungen zu helfen. Sie sollten uns deswegen nicht schmähen.

(Abg. Fischer [CDU]: Sehr richtig! — Beifall bei der CDU)

Und nun möchte ich sowohl die Vorwürfe des Herrn Senator Speckmann als auch des Herrn Kollegen Götze zurückweisen, durch unsere Einstellung zur Universität in Bremen würden wir bremische Interessen schwer schädigen, antibremisch handeln und ein unfaires Spiel treiben. Das waren die wesentlichsten Ausführungen dazu.

Meine Damen und Herren, wir unterscheiden uns eben politisch grundsätzlich in der Frage der Universitätsgründung, der Gestaltung der künftigen bremischen Universität. Wir sind für eine bremische Universität.

(Abg. John [FPD]: Dann dürfen Sie doch nicht die Mittel sperren!)

Wir sind aber nicht

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: Was nun?)

von Ihnen zu bewegen, uns dafür einzusetzen, daß diese konkret geplante Universität ins Leben tritt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein wichtiger Unterschied, den ich bitte, auch im Interesse der Sachlichkeit künftiger Auseinandersetzungen auseinanderzuhalten. Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß die Grundtendenz der Gründung dieser Universität sozialistisch ist, und wir haben die Kraft, das politisch abzulehnen.

(Beifall bei der CDU — Widerspruch bei der SPD)

Daraus folgt, daß wir sagen: Eine sozialistische Universität in Bremen ist ein großer Schaden für Bremen und ist ein großer Schaden für das deutsche Hochschulwesen.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Und daraus folgt wiederum zwingend, meine Damen und Herren, daß wir uns, und wir meinen mit Erfolg, bei unseren Kollegen in den Landtagsfraktionen und in den Landesregierungen und auch im Bund dafür einsetzen, daß Steuerzahler nicht zur Kasse gebeten werden für ein solches sozialistisches Experiment.

(Beifall bei der CDU — Abg. Stäcker [SPD]: Sehr schön, daß Sie das sagen! — Zuruf von der SPD: Er lacht selber!)

Und ich bin der Auffassung, daß wir in dieser politischen Frage auch mit der politischen Moral und mit unseren Grundsätzen übereinstimmen, und das werden die Wähler sicher zu akzeptieren wissen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für die Fraktion der NPD habe ich hinsichtlich der vorgelegten Finanzplanung folgende Erklärung abzugeben:

Die Stellungnahme zu dieser Finanzplanung schließt am Schluß der Debatte über diese nicht mit einer Zustimmung oder gar Ablehnung ab, sondern wird lediglich mit einer Kenntnisnahme abgeschlossen. Das könnte in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, daß sich eine Oppositionspartei mit dieser Planung identifiziert. Um diesem Eindruck vorzubeugen, gibt meine Fraktion eine relativ kurze Erklärung ab. Wir wollen mit dieser nicht die Behandlung der Einzelfragen vorgreifen. Diese sind der anschließenden Debatte dann vorbehalten.

Eingangs möchte meine Fraktion festgestellt wissen, daß sie sich als Opposition bei Finanzplanungen der Regierung oder der Koalitionsparteien berufen fühlt, nicht nur Einzelposten der Ausgabenseite zu beanstanden oder um entsprechende Aufklärung zu bitten, sondern auch einen in dieser Finanzplanung zur Schau gebrachten Optimismus hinsichtlich der veranschlagten Einnahmen zu dämpfen. Wir möchten aber ebenso eindeutig erklären, daß wir als Opposition das Nichterreichen von veranschlagten Einnahmen in einer Haushaltsrechnung, trotz einer

vielleicht von uns vorher abgegebenen Warnung, nicht als eine politische Bestätigung eigener Aussagen begrüßen und als Niederlage der Koalition werten, sondern lediglich aus einem solchen Faktum uns bemühen, Konsequenzen zu ziehen und das auszusprechen, was uns im Hinblick auf die zu erhaltende Finanzkraft unseres Landes für notwendig erscheint.

Hierbei wäre auch festzustellen, daß es das Los einer Opposition ist, in Jahren einer hochlaufenden Konjunktur sich mit dem Makel eines Pessimismus zu belasten, der sehr leicht dann, wenn über Jahre dieser Pessimismus nicht berechtigt erscheint, durch die Haushaltsrechnungen auch ad absurdum geführt wird, als nicht mehr ernsthaft zu nehmen aufgenommen werden könnte. Trotz einer solchen Feststellung, die für die letzten Jahre bremischer Haushalte zutreffend sein könnte, wird sich meine Fraktion nicht davon abhalten lassen, ihren Bedenken über die bremische Finanzpolitik für die kommenden Jahre Ausdruck zu geben. Wir meinen, daß die Finanzverhältnisse, die sich im Zahlenspiegel der Einnahmen im Jahr 1970 für den bremischen Haushalt ergeben, alarmierend wirken müssen.

Finanzplanungen über vier Jahre lassen uns in Größenordnungen rechnen, die uns früher, als die mittelfristige Finanzplanung noch nicht angewandt wurde, unbekannt waren. Hierdurch mögen wir vielleicht in einen gewissen Millionenrausch versetzt worden sein, in welchem uns Planungen über Zig-Millionen kaum noch schrecken. Das Wort „Deckung durch zu erwartende Mehreinnahmen", in früheren Haushaltsjahren kaum angewandt, weil man in diesen Ist-Zahlen des verflossenen Jahres zur Basis der Ausgabenpolitik nahm, geistert nunmehr immer häufiger bei Objekt-Planungen und ihren Bewilligungen.

Ist diese Annahme der Steuer-Mehreinnahmen nun tatsächlich als Deckungsgrundlage anzunehmen oder birgt sie nicht größte Gefahren bei einem Nichtaufgehen spekulativer Voranschläge für eine solche Haushaltspolitik, auf welche wir in Bremen immer so stolz gewesen sind, in sich? Diese Frage wird unseres Erachtens um so berechtigter, als sich bereits jetzt im Bundeshaushalt die Tatsache der überhöhten Voranschläge auf der Einnahmeseite ergeben hat und das sich ergebende Defizit nur durch drastische Einsparungen und durch Kreditaufnahmen ausgeglichen werden konnte. Hierdurch wird die Frage notwendiger Steuererhöhungen angesprochen, die sicherlich lediglich aus Prestigegründen im Hinblick auf kommende Wahlen für 1971 zurückgestellt wird.

Der Finanzplan für die Jahre 1970 bis 1974 liegt uns vor, und wir begrüßen es sehr, daß uns bei dieser Beratung gleichzeitig der Bericht über die Steuereinnahmen aus dem Jahr 1970 vorgelegt werden konnte, der durch die Auskünfte des Senats über eine Anfrage der CDU ergänzt wird.

In der Beantwortung dieser Anfrage sticht der Satz oder die Feststellung hervor, die schlicht lautet, daß der Haushaltsausgleich 1970 mit einigen Vorbehalten sichergestellt sei. Das mag für uns alle durchaus beruhigend sein, wenn man nicht zwischen den Zeilen der künftigen Finanzplanung bis 1974 und aus dem Steueraufkommen aus dem Jahr 1970 gezwungen wäre, ernsthafte Besorgnisse für die Zukunft zu lesen. Noch nie, meine Damen und Herren — so meine ich —, ist ein Katalog zukünftiger Haushalte mit derartig vielen, schwerwiegenden Vorbehalten seitens der Finanzverwaltung hinsichtlich der zukünftigen Einnahme- und auch Ausgabeseite versehen gewesen wie der vorliegende.

Wir meinen, daß diese Vorbehalte besonders in diesem Katalog in Punkt 3 und 7 zum Ausdruck kommen, in welchen es heißt, daß die zur Zeit noch von bundesdurchschnittlichen Schätzwerten ausgehenden Steuerschätzungen für Bremen mit einigen Vorbehalten zu betrachten seien, wobei vom Senat hinzugefügt wird, daß diese Schätzungen als äußerst optimistisch zu betrachten wären, und weiterhin ein erheblicher Unsicherheitsfaktor in den Schätzungen für die Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich läge, die auch von der Steuerentwicklung in den anderen Bundesländern abhängig sei. Hier sind — so die Finanzverwaltung — exakte Vorausberechnungen kaum möglich.

Unter diesen Vorbehalten, die die gesamte Finanzplanung bis zum Jahr 1974 auf tönernen Füßen erscheinen läßt, wird die Antwort des Senats auf die CDU-Anfrage durchaus verständlich, die hinsichtlich des Investitionsprogramms für die neue Legislaturperiode der Bürgerschaft schlicht erklärt, daß diese erst 1972 veröffentlicht werden kann. Alles andere wäre — auch nach unserer Meinung — unverantwortlich und würde auch, auf nüchternen vorliegenden Zahlen basierend, die Koalitionsparteien daran maßgeblich hindern, im Herbst dieses Jahres Wahlversprechungen abzugeben, deren Nichteinlösungsmöglichkeiten sich bereits heute abzeichnen.

Wir sprachen von den tönernen Füßen, auf die sich die Finanzplanung bis 1974 aufbaut, und meinten hierbei die erschreckenden Zahlen, die sich aus der Übersicht des Brutto-Aufkommens der Steuern des Landes und der Gemeinden ergaben. Nicht das tatsächliche Mehraufkommen, über alle Steuerarten gesehen, kann Beruhigung geben, sondern das Zurückbleiben — und zwar ein erhebliches — der sogenannten „veranlagten Steuern hinter den Voranschlägen", ja, sogar hinter den Effektiv-Rechnungen der Haushaltsjahre 1968 und 1969.

Wir haben uns immer auf den Standpunkt gestellt, und wir glauben, nicht unberechtigt, daß das Aufkommen aus diesen „veranlagten Steuern" das Bild über den Stand der Wirtschaft widerspiegele und daß nur das Funktionieren dieser Wirtschaft ein hohes Einkommen der Arbeitnehmer, seien es Gehalts- oder Lohnempfänger, garantiere, daß dieses Einkommen ebenfalls ein hohes Aufkommen der Lohnsteuer, von deren ständiger Steigerung das An-

schwellen der Haushalte in Bund und Ländern nur gedeckt werden könnte, garantieren könnte.

Sollte es geschehen, und die Befürchtung muß doch wohl ausgesprochen werden, weil sie sehr wohl Realität werden kann, daß durch Dämpfung der Konjunktur und dadurch Schrumpfung des Auftragseingangs Akkord- und Überstundenarbeit in den Betrieben der regulären 40-Stunden-Woche Platz machen würde, dann ist doch erstens für den Fiskus die Finanzkatastrophe durch erhebliches Zurückgehen der Lohnsteuer für Bund und Länder da, und zweitens für den Lohnempfänger der Notstand gegeben, daß sein Einkommen um rund 40 Prozent fällt.

Letztere Tatsache ist unseres Erachtens die gravierendste, weil sie den Menschen unmittelbar betrifft. Nicht weniger gravierend wäre eine solche Entwicklung aber für die Finanzstärke von Bund, Ländern und Gemeinden. Für uns in Bremen wären die Folgen unabsehbar, weil gleichzeitig damit die Lohnsummensteuer erheblich sinken könnte. Wie sollte eine solche Lücke ausgefüllt werden?

Es ist durchaus verständlich, daß in einer solchen Situation, die sich bereits jetzt abzuzeichnen beginnt, der Ruf nach Steuererhöhungen durch die Finanzexperten laut wird. Der Katalog möglicher Steuererhöhungen, der aufgrund einer angeblich falsch verstandenen entsprechenden Bemerkung des Bundesfinanzministers aufgeblättert wurde, betrifft in erster Linie die Wirschaft, nämlich Erhöhung der Mineralölsteuer und Verbrauchsteuern. Das ist auch nur, politisch gesehen, durchaus verständlich, wenn man die Entrüstungsstürme gegen die im Vergleich zum Einkommen gesehenen minimalen Konjunkturrücklagen zur Kenntnis nimmt, deren vorzeitige Rückzahlung oder nicht zu parteipolitischen Positionskämpfen geworden ist.

Wenn aber solche Steuererhöhungen im kommenden Jahr zur Deckung der Haushalte vorgenommen werden müssen, dann treffen sie doch in erster Linie die Wirtschaft, die nach Aufwertung, Lohnfortzahlung und Mehrwertsteuer bereits jetzt angeschlagen ist, wie das Ergebnis des Aufkommens aus den veranlagten Steuern beweist, und provoziert bewußt Preissteigerungen, Konzentration und Rationalisierung, beschneidet die Investitionsmöglichkeiten der Wirtschaft und erreicht vielleicht das, was Ultralinke sich wünschen, nämlich den Zusammenbruch der mittelständischen Wirtschaft. Das wiederum würde die Angleichung der bundesdeutschen Wirtschaft an die Ostblockstaaten erbringen.

In diesem Zusammenhang mag nochmals das Wort Winston Churchills zitiert werden, das polemisch klingen mag, es in Wirklichkeit aber keineswegs ist. Zur Charakterisierung der Ansicht in der Öffentlichkeit über den Unternehmer sagte Churchill seinerzeit: Ihn, den Unternehmer, betrachten viele als einen räudigen Hund, den man totschlagen sollte, oder andere als eine Kuh, die man ständig melken kann, die wenigsten erkennen in ihm den Gaul, der den Karren zieht.

Zu dieser Ansicht in der breiten Öffentlichkeit mag der propagierte Klassenkampf beisteuern, der die Jugend im Selbständigen den Vertreter eines ausbeutenden Kapitalismus sehen läßt, der auf Kosten „der Knochen des Arbeitnehmers" unerhörte Gewinne einstreicht. Daß eine Steuerpolitik das Erfassen dieser wenigen Ausnahmen im Stande der Selbständigen noch nicht ermöglichte, trifft gleichermaßen die frühere, wie auch die jetzige Bundesregierung. Das mag hier eindeutig festgestellt sein.

Was sollte und müßte eine Opposition neben den bei einer sich abdämpfenden Konjunktur, nach ihrer Ansicht nicht realistischen Veranschlagung der Steuereinnahmen nunmehr hinsichtlich der Ausgabenseite sagen? Das Anwachsen der Personalkosten, eine Sorge unserer Zeit, erreicht in den kommenden Jahren eine Höhe, die so erschreckend ist, daß die ernsthafte Sorge auftritt, daß andere notwendige Aufgaben des Landes, deren Erfüllung lebensnotwendig für unser Land ist, nicht erfüllt werden können. Dabei läßt sich gar nicht leugnen, daß einzelne Behörden-Gruppen im Vergleich zu momentanen Einkommensverhältnissen in der Wirtschaft unterbezahlt sind. Das trifft in erster Linie — generell gesehen — die jungen Beamten, die über ein Einkommen verfügen, das von jungen Facharbeitern zum Beispiel als völlig indiskutabel für sich abgelehnt werden würde.

Der Wunsch nach Rationalisierung, Vereinfachung der Verfahren et cetera in der Verwaltung ist häufig genug hier angesprochen worden. Hier kann nur aus der Verwaltung selbst Initiative entwickelt werden, die ein weiteres Aufblähen des Verwaltungskörpers verhindert. Die hierfür Verantwortlichen, aber auch die Interessenwahrer der Bediensteten, müssen sich darüber doch im klaren sein, daß die Leistungsfähigkeit des Staates hinsichtlich der Aufbringung der Verwaltungskosten eine Grenze hat, und daß diese sich erschreckend schnell nähert. Seien wir uns doch darüber klar, daß die gesamte Brutto-Lohnsteuer und veranlagte Steuer im Lande Bremen nächstens nicht mehr dazu ausreicht, die Personalkosten überhaupt zu decken.

Der zweite beunruhigende Ausgabeposten ist die Universität. Nichts gegen die Notwendigkeit der Universitätsgründung in Bremen! Ihre Kosten aber belasten unsere Haushalte der Zukunft schwerstens, und wir meinen, daß diese Belastung weitgehendst, als unzumutbar für unseren Stadtstaat anerkannt, vom Bund aufgenommen werden müßten. Wir haben uns immer auf den Standpunkt gestellt, daß die Gründung einer Universität eine nationale Aufgabe sei, nicht die eines so kleinen Landes wie Bremen. Wir hoffen, daß diese Erkenntnis sich durchsetzen wird und dadurch eine fühlbare Entlastung herbeigeführt werden könnte.

Was uns nicht verständlich ist, ist die Annahme der 12prozentigen Steigerung der Kosten für das Krankenhauswesen in Bremen. Hier wären vielleicht einige erklärende Worte des Ressortsenators wichtig. Die Anhebung der Pflegekosten um 30 be-

ziehungsweise 20 Prozent ab 1. Januar 1971 müßte sich doch in respektabler Weise auf die Zuschüsse der Stadt und des Landes an die Kliniken auswirken. Wir haben wohl im Haushalt eine gewisse Aufschlüsselung der Kosten der Krankenhäuser erhalten. Trotzdem ist für den Laien nicht zu begreifen, daß trotz der ständig steigenden Pflegekostensätze Zuschüsse in einer Höhe notwendig werden, die im Jahr 1974 den Betrag von 64,8 Millionen jährlich gegenüber den heutigen von 39 Millionen erreichen würden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir befinden uns, wir sagten es bereits eingangs, nicht in einer regulären Haushaltsdebatte und haben deshalb nicht um einzelne Posten des Haushalts 1971 zu ringen und zu beschließen. Die Liste der Nachbewilligungen im Haushalt 1970 hat aber erkennen lassen, wie flexibel die Haushaltsführung durch die Finanzdeputation gehalten werden muß, um dringenden Aufgaben der Gegenwart gerecht werden zu können. Diese Nachbewilligungen aber, deren Notwendigkeit nicht bestritten werden soll, lassen eine Planung noch ungewisser und noch unrealistischer erscheinen, als wir in unseren Ausführungen auszudrücken versuchten.

Es sei deshalb abschließend zu der uns vorliegenden Planung gesagt: Noch nie ist die Sorge der Opposition in den letzten 15 Jahren um die Entwicklung der bremischen Finanzen so groß gewesen wie heute. Wir wären glücklich, wenn unsere Sorgen zerstreut werden könnten. Wie eingangs gesagt: Am Schluß dieser Debatte steht keine Abstimmung oder Ablehnung. Der Herr Präsident wird lediglich die Feststellung der Kenntnisnahme der Vorlage durch das Haus vornehmen. Das Wort „zustimmend" sollte, soweit es die Fraktion der NPD betrifft, hierbei nicht gebraucht werden.

(Beifall bei der NDP)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, wir haben noch fünf Redner auf der Liste. Ich verlese einmal die Namen — in dieser Reihenfolge werden sie nachher aufgerufen —, es sind die Abgeordneten John, Fritz Meier, Dr. Schäfer, Horst-Werner Franke und Oltmanns.

Wir haben jetzt 20 Minuten nach 16 Uhr. Ich unterbreche jetzt die Sitzung. Wir kommen wieder zusammen um 16 Uhr 45.

(Unterbrechung der Sitzung: 16.24 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 16.46 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir fahren in unseren Beratungen fort.

Das Wort hat der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte über den vom Senator für die Finanzen vorgelegten Finanzplan für die Jahre 1970 bis 1974 sollte keine verkappte Haushaltsberatung werden, denn ein Haushaltsplan kann immer nur eine Momentaufnahme sein. So habe ich es bei den Haushaltsberatungen im Dezember 1969 charakterisiert. Bei der heutigen Aussprache geht es vielmehr um die Grundsätze, Methoden und Ziele der Finanzpolitik. Das ist auch im Lauf der Debatte hier schon deutlich geworden. Eine wertvolle Ergänzung zum Finanzplan ist der Finanzbericht 1971, der einen klaren Überblick über die verschiedenen Etappen der finanzwirtschaftlichen Entwicklung Bremens und Bremerhavens in den vergangenen 25 Jahren vermittelt.

Die schwierige Phase des Wiederaufbaus war etwa 1960 beendet. Im Leben eines Menschen sicher ein langer Zeitraum, angesichts der gewaltigen Zerstörungen, die uns der Zweite Weltkrieg als trauriges Erbe hinterließ, eine beachtliche Leistung aller bremischen Bürger und ihres Staatswesens. Die Konsolidierungsphase während der ersten Hälfte der sechziger Jahre bildete gewissermaßen die Brücke, die hinüberleitete in die Zeit der Reformen, in der wir uns noch befinden und die uns laufend vor neue, nicht gerade leicht zu bewältigende Aufgaben stellt.

Dieser kurze Rückblick auf das vergangene Vierteljahrhundert sollte jedoch nicht abgeschlossen werden, ohne darauf zu verweisen, daß unser jetziger Wohlstand nur erreicht werden konnnte durch das System der freien und sozialen Marktwirtschaft, zu dem wir uns als Freie Demokraten heute wie vor 25 Jahren bekennen. Wir sagen das nicht ohne eine gewisse Genugtuung den alten und den neuen Gegnern des marktwirtschaftlichen Systems und den Ideologen der Planwirtschaft. Waren wir Liberalen vor 25 Jahren so gut wie allein mit dem Bekenntnis zu den Prinzipien der Marktwirtschaft, so änderte sich das im Laufe der Zeit erheblich, weil sich auch in anderen politischen Lagern die Einsicht durchsetzte, daß Wirtschafts- und Finanzpolitik in der modernen Industriegesellschaft auf die Dauer nur mit Erfolg betrieben werden können, wenn sie nach marktwirtschaftlichen Prinzipien flexibel und undogmatisch gehandhabt werden.

Dazu gehört allerdings eine weitere wichtige Erkenntnis: Der Katalog der Methoden für die Praktizierung der Marktwirtschaft sieht im Jahr 1971 anders aus als vor etwa zwanzig Jahren. Das ändert allerdings nichts an der Richtigkeit des marktwirtschaftlichen Prinzips schlechthin. Wenn unser kompliziertes Finanz- und Wirtschaftssystem heute richtig funktionieren soll, bedarf es eines besonderen Instrumentariums, das von wissenschaftlichen Gutachten über die konjunkturelle Situation und den sich daraus ergebenden Steuerungsmaßnahmen bis zur Tätigkeit des Finanzplanungsrats reicht. Für die öffentliche Hand und ihre Finanzpolitik bedeutet dies, daß der Haushaltsplan nicht mehr ausschließ-

lich der Bedarfsdeckung des Staates dient, sondern daß der Staatshaushalt als ein wesentliches Element im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung angesehen werden muß. Der Staat dürfte auch in Zukunft Großverbraucher beziehungsweise Großabnehmer bleiben. Wenn man zum Beispiel an den Bausektor denkt, wird dies besonders deutlich.

Das Land Bremen hatte schon beachtliche Schritte auf dem Weg zu einer Finanzreform zurückgelegt, bevor das Stabilitätsgesetz vom Bundestag verabschiedet wurde. Vierjährige Investitionsplanung und mittelfristige Haushaltsvorausschau waren neben anderen Maßnahmen bei uns bereits verwirklicht, ehe das Stabilitätsgesetz die mehrjährige Finanzplanung für Bund und Länder verbindlich vorschrieb. Mit Fug und Recht kann festgestellt werden, daß in Bremen immer das Notwendige getan wurde unter ständiger Bewahrung einer geordneten Finanzwirtschaft als Basis unserer Eigenständigkeit.

So wurde die Leitlinie unserer Finanzpolitik für die letzten zwanzig Jahre in den Haushaltsberatungen für die Jahre 1970/71 gekennzeichnet. Ein angemessenes Wirtschaftswachstum mit Preisstabilität, hohem Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bildeten in der Vergangenheit die Säulen im „magischen Dreieck", das inzwischen zum „Viereck" der Wirtschafts- und Finanzpolitik geworden ist. Dies wird auch in Zukunft so bleiben müssen. Daß Bremens finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung selbstverständlich nicht losgelöst von der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in der übrigen Welt betrachtet werden kann, liegt in der Natur der Sache. Aber auch Binsenwahrheiten — das klang hier heute schon einmal an — müssen gelegentlich wiederholt werden, damit sie nicht in Vergessenheit geraten.

Es wäre nun sicher reizvoll, sich eingehend mit den düsteren Prognosen der Opposition hinsichtlich der geschätzten Steuereinnahmen und dem tatsächlichen Stand am Ende des Jahres 1970 auseinanderzusetzen. Aus Zeitgründen will ich darauf verzichten. Nur soviel sei angemerkt: Die Voraussage der CDU vom Dezember 1970 hat sich nicht erfüllt, denn die Steuereinnahmen liegen mit inzwischen 36,8 Millionen DM über den im Haushaltsplan veranschlagten Sätzen. Vielleicht empfindet die Opposition hierüber nicht nur Ärger.

Während der Haushaltsberatungen im Dezember 1969 wurde erstmalig ein Zweijahreshaushalt in diesem Hause beraten und verabschiedet. Auch das war etwas Neues, das in die Rubrik „Finanzreform" einzuordnen ist. Der Zweijahreshaushalt als Novum in der parlamentarischen Jahresarbeit bietet nun — wie schon damals ausgeführt — auch für dieses Haus die Möglichkeit, während des zweijährigen Haushaltsvollzugs durch Grundsatzdebatten die Probleme der Einzelbereiche in größeren Zusammenhängen zu beleuchten und zu analysieren, ohne daß die Abgeordneten gezwungen sind, sich zu einzelnen Titeln und Stellen der Haushalte äußern zu müssen.

Die Fraktion der FDP sieht deshalb die heutige Finanzdebatte als eine solche neue Form der Grundsatzdebatten an, für die sich sicher sehr schnell die richtige Form im Plenum der Bürgerschaft herausbilden wird. Hiermit dürfte ein Teil der Reform angepackt sein, die gerade dieses Haus immer wieder angestrebt hat, um die Arbeit der Legislative und der Exekutive der bremischen Öffentlichkeit transparenter zu machen. Diese Schwerpunktdebatten, die sich auch auf andere Ressorts und Projekte beziehen, können wesentlich dazu beitragen, die Probleme nicht nur hinter verschlossenen Türen zu erörtern, sondern in aller Öffentlichkeit vor den Bürgern. Die Demokratie muß auf diesem Wege in ihrer Substanz gefestigt werden. Ich meine, wir sollten alle dazu beitragen, damit die interessierten Kreise zur Mitarbeit aufgerufen werden.

So hat die Fraktion der FDP jedenfalls das Bemühen des Finanzsenators verstanden, als er nicht nur den Finanzplan 1970 bis 1974 der Bremischen Bürgerschaft vorlegte, sondern darüber hinaus auch den Abgeordneten den Finanzbericht 1971 erstmals zur kritischen Würdigung unterbreitete. Wie der Finanzsenator selbst gegenüber der Presse erklärte, muß alles Neue erst seinen Weg suchen und finden, um schließlich die Form anzunehmen, die ihm gemäß ist.

Mit dem Finanzbericht ist es erstmalig in einer verhältnismäßig komprimierten Form gelungen, 25 Jahre Haushalts- und Finanzpolitik zu verdeutlichen und die Informationen zu geben, die notwendig sind für eine echte Würdigung des tatsächlich Geleisteten, ohne die man nun einmal nicht auskommt. Der Finanzbericht wird von der FDP-Fraktion aber auch als Beispiel dafür verstanden, wie die verschiedenen Bereiche unseres Gemeinwesens zu einer brauchbaren Darstellung ihrer Arbeit kommen können, die dem Parlament als Diskussionsgrundlage dienen kann. Es mag uns hier und da verübelt werden, wenn wir mit einigem Stolz darauf hinweisen können, daß wir seit 1945 die Finanzsenatoren der Nachkriegszeit gestellt haben und damit einen wesentlichen Beitrag leisten konnten für eine geordnete Finanz- und Haushaltswirtschaft. Daß daran selbstverständlich auch unser Koalitionspartner sowie viele andere Mitglieder der Verwaltung und des Parlaments beteiligt waren, versteht sich von selbst, da die Finanzsenatoren Treuhänder für alle Ressorts sind und — wie wir feststellen durften — auch ihre Aufgabe stets so aufgepaßt haben.

Aber nicht nur Legislative und Exekutive sollten durch den Finanzbericht und den Finanzplan die Möglichkeit der Information gegeben werden, sondern allen weiteren interessierten Kreisen. Zum Finanzplan seien mir einige wenige Bemerkungen erlaubt. Der Senator für die Finanzen hat bereits auf die wesentlichen Schwerpunkte hingewiesen. Der Finanzplan zeigt — wie seine Vorgänger —, daß auch wir in den kommenden Jahren nur über eine Finanzmasse verfügen werden, die es uns nicht erlaubt, alle Wünsche, Forderungen und Vorstellun-

gen zu verwirklichen. Wir müssen im Rahmen unserer Möglichkeiten bleiben, wenn wir nicht wollen, daß wir unser Soll überziehen.

Es darf nicht so weit kommen, daß das Gleichgewicht zwischen Soll und Haben umschlägt in ein „Soll-Gehabt-Haben". Dieses „Soll-Gehabt-Haben" würde den soliden Boden, auf dem wir heute stehen, erschüttern und dazu führen, daß wir in unserer staatlichen Substanz anfechtbar werden. Vor einem solchen Virus möge uns stets das rechte Maß, die richtige Einschätzung und vor allen Dingen auch ein optimaler Einsatz der Mittel bewahren.

Das Ziel des uns vorgelegten Finanzplans ist es insbesondere, das Gleichgewicht auch im Hinblick auf unsere Verschuldung zu halten. Die FDP-Fraktion sieht nach wie vor eine wichtige Aufgabe darin, den vertretbaren Rahmen der Verschuldung nicht zu überschreiten. Das kam hier heute schon verschiedentlich zum Ausdruck, und wir haben auch schon früher darüber intensiv diskutiert. Wenngleich wir auch der Auffassung sind, daß wir heute bereits Aufgaben für die Zukunft wahrzunehmen haben, so meinen wir aber, daß es auf jeden Fall gelingen muß, auch den zukünftigen Parlamenten den Spielraum für Überlegungen, Ideen und auch für Notwendigkeiten der weiteren Entwicklung zu erhalten, der nun einmal erforderlich ist. Dieser Dispositionsbereich ist auch ein Teil des Budgetrechts des Parlaments. Ohne ihn wäre eine echte parlamentarische Arbeit nicht mehr möglich. Deswegen ist die Belastbarkeit unserer heutigen Haushalte auch nur in den Grenzen zu sehen, in denen ein Haushaltsausgleich dies erforderlich macht.

Wir liegen mit den Investitionen im Vergleich der Bundesländer mit an der Spitze. Durch unsere besonderen Aufgaben, die insbesondere im Bereich der Hafenwirtschaft und der Universität liegen — aber auch in den zusätzlichen Maßnahmen im Hinblick auf den Schulbau —, haben wir eine Belastung erreicht, die unsere Möglichkeiten der vergangenen Jahre ausgeschöpft hat, ohne daß wir uns allerdings in einem Maße belastet haben, das vom Wege abweicht.

Wir Freien Demokraten begrüßen es, daß der Finanzplan und der Finanzbericht mit ganz besonderem Nachdruck auf die Auswirkungen hinsichtlich der Folgekosten bei Investitionen und anderen Ausgaben hinweist. Gerade die Folgekosten werden im Dienstleistungsbereich künftig in einem Ausmaß auf uns zukommen, das uns zu erheblichen Maßnahmen auf der Einnahmeseite zwingen könnte. Doch auch hier sollten wir die Belastbarkeit der Bürger und unserer Wirtschaft nicht überschätzen. Es ist ein der wichtigsten Aufgaben, auch in dieser Hinsicht den Bogen nicht zu überspannen und von daher die Bedeutung von Investitionen mit erheblichen Folgekosten richtig einzuschätzen. Gerage die steigenden Personalausgaben zeigen, welchen Umfang diese Folgekosten annehmen können. Niemand kann allerdings die Augen davor verschließen, daß neue Schulen, Krankenhäuser, Polizeireviere oder Kindertagesstätten zum Beispiel mit dem entsprechenden Personal besetzt werden müssen, ganz zu schweigen von der Tatsache, daß der Bürger heute größere Ansprüche an öffentlichen Einrichtungen und die dort Tätigen stellt als vor einigen Jahrzehnten. Wir haben also den Investitionen im Hinblick auf die Folgebelastungen größere Aufmerksamkeit zu schenken.

Insofern ist der Beschluß zu begrüßen, daß bei jeder Gesetzesvorlage auch künftig die finanziellen Auswirkungen im Rahmen des Möglichen darzustellen sind. Nur so lassen sich Möglichkeiten und Begrenzungen gegeneinander abschirmen und in ein ausgewogenes Verhältnis bringen. Daß es hier der Einsicht der Politiker bedarf, insbesondere derjenigen, die in den politischen Entscheidungsprozeß eingeschaltet sind, liegt auf der Hand. Daß es an Mut nicht fehlen möge, war unser Appell in der Vergangenheit. Er wird es auch in Zukunft bleiben. Wir werden also mit dem Finanzplan, der — wie wir meinen — von optimistischen Zahlen ausgeht, künftig auf einer durchaus tragfähigen finanzwirtschaftlichen und finanzpolitischen Basis stehen. Der Weg ist vorgezeichnet und das erreichbare Ziel markiert. Es gilt jetzt, die notwendigen Maßnahmen zum richtigen Zeitpunkt zu ergreifen, um das Ziel zu erreichen.

Das Jahr 1970 war sicherlich auch konjunkturpolitisch kein leichtes Jahr, weil die Entwicklung nicht nur von der Binnenwirtschaft, sondern auch in verstärktem Maße von außenwirtschaftlichen Einflüssen bestimmt wurde. Wir verfolgen mit großer Aufmerksamkeit die wirtschaftspolitische Entwicklung in der Bundesrepublik und hätten sicherlich in manchen früheren Entwicklungsphasen es lieber gesehen, wenn konkretere Beschlüsse auf diesem Gebiet gefaßt worden wären. Ich denke nur an die Auseinandersetzung um die Aufwertung der D-Mark.

Dennoch sind wir der Auffassung, daß auch für eine gute Wirtschafts- und Finanzpolitik gute Nerven Voraussetzung dafür sind, daß eine kontinuierliche Entwicklung möglich wird, denn Stabilität und Wachstum sind nun einmal erklärte politische Ziele dieser Regierungskoalition in Bonn und in Bremen, wobei die Freien Demokraten ganz eindeutig der Stabilität den Vorrang geben, denn die Geldwerterhaltung ist das oberste Gesetz unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik, so daß wir alles tun müssen, damit unsere Deutsche Mark — auch in der weiteren Erörterung um die Wirtschafts- und Währungsunion — stabil bleibt. Der Sparer, der von seinem Einkommen etwas erübrigt, darf nicht durch Sparprämien belohnt werden, um dann durch eine Geldentwertung enttäuscht zu werden, sondern er muß im Vertrauen auf die Stabilität der Wirtschaftspolitik seine Sparbereitschaft jederzeit gerechtfertigt sehen.

Keineswegs verkennen wir, daß ein Kaufkraftschwund im Laufe der Entwicklung eingetreten ist, der insbesondere die Bezieher kleinerer Einkommen härter trifft als andere Bevölkerungskreise. Man

muß aber auch der Wahrheit die Ehre geben und nüchtern feststellen, daß die Preissteigerungsrate in der Bundesrepublik Deutschland im vergangenen Jahr bei 3,6 bis 3,8 Prozent lag. Sicher eine bittere Pille, aber es ist ebenso festzuhalten, daß wir damit im Rahmen der europäischen und außereuropäischen Länder an der unteren Grenze der Entwicklung liegen. Als Beispiel für den Preisauftrieb im vergangenen Jahr mögen die folgenden Zahlen dienen: Italien: 5 Prozent, USA: 5,8 Prozent, Schweiz: 6 Prozent, England: 6,7 Prozent, Schweden: 7 Prozent. Es ließen sich noch einige weitere Beispiele anführen.

In diesem Zusammenhang ist einiges zu sagen zu der Methode der CDU/CSU-Opposition im Bundestag — ähnlich wie in Bremen —, die gerade in den letzten Tagen wieder einmal eine schwere Wirtschaftskrise prophezeit hat. Eine bremische Tageszeitung schreibt dazu unter der Überschrift „Gefährliche Schwarzmalerei" unter anderem folgendes — ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren:

„Immer wenn eine Phase guter wirtschaftlicher Entwicklung zu Ende geht, werden Klagelieder laut, die von Ruin und Katastrophen künden. So auch in der letzten Phase des fünften Konjunkturzyklus nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem wir uns jetzt befinden. Politiker der Opposition versuchen nachzuweisen, daß allein die Regierung in Bonn für bestimmte negative Entwicklungen verantwortlich sei. Allerdings ist gerade bei der Betrachtung von wirtschaftlichen Zusammenhängen zu berücksichtigen, daß letztlich eine große Zahl von Einzelfaktoren, zu denen die Verhaltensweise der Unternehmer genauso gehört wie die der Regierung, die Wirtschaftsentwicklung bestimmen."

Ich würde ergänzen, daß selbstverständlich auch das Verhalten der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen dazu gehört, denn sie stellen ja nicht nur einen entscheidenden Faktor im Wirtschaftsprozeß dar, sondern üben als Konsumenten wesentlichen Einfluß auf das Preisgefüge aus. Für die öffentliche Hand wird es genauso wie für die Privatwirtschaft und die in beiden Bereichen Beschäftigten von Interesse sein, in welchem Umfang Vereinbarungen über längerfristige Vermögensbildung in die Tarifvereinbarungen aufgenommen werden. Der Doppeleffekt — Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und dämpfende Wirkung auf das Preisgefüge — erscheint uns hinsichtlich der Vermeidung eines neuen „Super-Booms" durchaus erstrebenswert. Diese Überlegungen werden wir nach Auffassung der FDP-Fraktion verstärkt in unsere zukünftigen Bemühungen einzubeziehen haben.

Die Christlichen Demokraten sollten bei ihrem Bemühen, die wirtschaftliche und finanzielle Situation nur negativ darzustellen, bedenken, daß die Wirtschaft insgesamt ein hochempfindlicher Organismus ist, der gegen politisch-psychologische Beeinflussungsversuche durchaus nicht unbedingt immun ist. Träte bei uns zum Beispiel der Zustand der „Stagflation" ein, wie es zum Beispiel jetzt in den USA der Fall ist, dann stünden wir — Koalition und Opposition gemeinsam — vor einem Eisberg von Problemen, von dem ja bekanntlich immer nur ein Siebentel direkt sichtbar ist. Ein solcher Zustand des wirtschaftlichen Stillstands bei gleichzeitigem Preisauftrieb müßte natürlich Konsequenzen für die Finanzpolitik der öffentlichen Hand haben, die eigentlich auch die Opposition nicht wünschen kann. Vielleicht ist hier in der Zukunft mehr Gemeinsamkeit möglich, als es im Augenblick scheint. Die FDP-Fraktion würde dies im Interesse der Sache begrüßen. Parteipolitische Unterschiede brauchen deshalb noch lange nicht verwischt zu werden.

Der Finanzbericht wurde vom Finanzsenator einmal als eine „Fibel des Vertrauens" bezeichnet. Seine Bestätigung findet dies in der wirtschaftlichen Entwicklung von Bremen und Bremerhaven. Wir sind uns allerdings darüber klar, daß wir gerade hinsichtlich der Verbesserung unserer Wirtschaftsstruktur noch manches Problem lösen müssen. Wir haben noch vieles zu tun, um vor allen Dingen die hafengebundene Wirtschaft krisenfest zu machen, sie zu stärken und ihre Konkurrenzfähigkeit zu heben. Gleichzeitig wird es weiterer Anstrengungen bedürfen, um das „andere Bein" der bremischen Wirtschaft zu stärken durch die Ansiedlung neuer Industrien. Eine differenziertere Struktur als in früheren Zeiten käme nicht nur der bremischen Wirtschaft, sondern auch dem Land Bremen und den hier tätigen Arbeitnehmern zugute. Die bereits eingeleiteten Maßnahmen haben ja schon ihre Früchte getragen. Deshalb sollte die Entwicklung auf diesem Gebiet kontinuierlich weitergeführt werden.

Bremen hat Großes auf dem Gebiet des Wohnungsbaus geleistet. Wir meinen, daß wir, verglichen mit früheren Jahren, auf diesem Sektor in der Zukunft nicht mehr ganz so große Belastungen haben werden. Dennoch muß der Bedarf befriedigt werden, und jeder Bürger dieses Landes sollte eine angemessene Wohnung erhalten, damit die Mietpreise nicht weiter steigen. Eines Tages wird sich das marktwirtschaftliche Prinzip auch hier durchsetzen, wenn Angebot und Nachfrage sich richtig eingependelt haben.

Große Aufgaben, die erhebliche finanzielle Mittel erfordern, stehen uns auch auf dem Gebiet des Bildungswesens bevor. Es würde allerdings zu weit führen, sie alle einzeln aufzuführen. Mit Sicherheit kann jedoch vorausgesagt werden, daß wir unsere Anstrengungen hier um ein Vielfaches verstärken müssen, um das schon Erreichte weiter auszubauen, Neues einzuleiten und Engpässe zu überwinden, die zum Beispiel durch die große Kinderzahl in Neubaugebieten vorübergehend auftreten.

Aber nicht nur im Bereich des allgemeinbildenden Schulwesens werden wir erhebliche Summen zu investieren haben. Unser besonderes Augenmerk wird auch der Vorschulerziehung sowie dem Berufsschulwesen und den Fachhochschulen zu gelten haben, denn gerade dort ist noch manche Lücke zu schließen.

Die verschiedensten Gremien und Persönlichkeiten der FDP auf Bundes- und Landesebene — an der Spitze Frau Dr. Hamm-Brücher — haben immer wieder eine Verdoppelung oder gar Verdreifachung der Mittel für das Bildungswesen gefordert. Wie wir diese beschaffen, wird uns sicher noch manches Kopfzerbrechen bereiten.

Die Bremer Universität — auch das klang schon an — wird zweifellos in den nächsten Jahren ebenfalls riesige Summen verschlingen. Während 1964/65 und auch noch danach 600 Millionen DM für den Aufbau der Universität — ohne Klinikum — als Grundinvestition festgelegt wurden, wird man überprüfen müssen, für welchen Zeitraum diese Summe reicht. Solange allerdings keine neuen Mittel zur Verfügung stehen, kann der Ausgangspunkt aller Überlegungen nur bei 600 Millionen DM liegen. Die FDP-Fraktion verkennt keineswegs, daß eine Universität personell und sachlich gut ausgestattet sein muß, um richtig arbeiten zu können. Trotzdem plädieren wir mit dem Finanzsenator für Sparsamkeit und Bescheidenheit auch im universitären Bereich, denn jede Mark aus Steuermitteln muß ja bekanntlich von den Bürgern verdient werden. Auch an einer Reformuniversität können nicht utopische Ideale verwirklicht werden, die ein Übermaß an Kosten verursachen, sondern man muß mit den Füßen auf der Erde bleiben.

Bremen hat im Rahmen der bildungspolitischen Zielsetzung im Bundesgebiet auf jeden Fall seinen Beitrag zu leisten. Daraus ergibt sich jedoch eine doppelte Verpflichtung. Einerseits sind wir gegenüber dem Bund und den anderen Ländern im Wort, möglichst bald neue Studienplätze zu schaffen. Andererseits tragen wir die Verantwortung gegenüber den Bürgern, daß wir uns nicht unübersehbare Lasten auferlegen, die uns eines Tages daran hindern könnten, lebenswichtige Aufgaben nicht mehr bewältigen zu können.

Haushalts- und finanzpolitisch ergibt sich als zwingende Notwendigkeit, daß dort, wo überhöhte falsche Vorstellungen bestehen, diese zu korrigieren und auf ein vertretbares Maß zurückzuführen sind. Darüber werden wir uns wohl noch besonders unterhalten müssen, sobald die Universität ihren Haushalt vorgelegt und auch gleichzeitig einen Gesamtstellenplan erarbeitet hat, den wir für unbedingt erforderlich halten. Die Arbeit auf diesem Gebiet kann sicherlich in Kürze beginnen, denn aus der Presse war ja zu entnehmen, daß der Haushaltsplan der Universität inzwischen erstellt worden ist. Es können deshalb in Zukunft nicht mehr nur von Fall zu Fall Anforderungen gestellt werden mit erheblichen finanziellen Belastungen, ohne daß wir das Ausmaß insgesamt kennen. Auch wird das Ordnungsprinzip im Hinblick auf die Finanzwirtschaft für die Universität gelten müssen. Geld ist zwar ein notwendiges Übel, aber ohne Geld geht es nun einmal nicht.

Ich muß Ihnen nun, Herr Kollege Klein, zum Thema Universität eigentlich meinen Dank aussprechen. Sie haben so klar wie bisher eigentlich noch nie hier heute in diesem Hause gesagt, daß das eigentlich richtig war, was die Vertreter der Koalitionsparteien im September und auch schon bei anderer Gelegenheit der Opposition, der CDU-Opposition hier im Hause vorgeworfen haben, daß es nämlich für das Ansehen Bremens sehr schädlich ist, wenn man die Sperrung überregional Mittel — über Landtagsfraktionen der CDU in anderen Ländern oder auf welchem Wege auch immer — zu betreiben versucht, damit Bremen die Mittel, auf die es aus überregionalen Quellen angewiesen ist, nicht bekommt.

Wir meinen als FDP-Fraktion, daß man über alle Probleme, die die Universität betreffen, durchaus kontrovers miteinander diskutieren kann, und das ist im vergangenen Jahr zur Genüge geschehen. Wir halten es allerdings für unverantwortlich, auf diese Art und Weise den Ruf der Bremer Universität und damit den Ruf des Landes Bremen zu schädigen, ganz abgesehen von den katastrophalen Folgen auf bildungspolitischem Gebiet.

(Widerspruch und Zurufe bei der CDU)

Ja, meine Damen und Herren von der CDU, ich kann ja verstehen, daß Ihnen die Sache nicht so sehr angenehm ist.

(Lachen bei der CDU)

Aber noch im Dezember dieses Jahres wurde hier im Hause von zwei Mitgliedern Ihrer Fraktion mit unterschiedlichem Akzent betont, daß es nicht wahr sei, daß auf der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der CDU, in Bensheim, glaube ich, ist es gewesen, diese Dinge besprochen worden seien. Und deswegen, Herr Kollege Klein, muß ich noch einmal sagen, ich danke Ihnen, daß Sie hier heute gesagt haben: Wir betreiben das Werk der Sperrung überregionaler Mittel für die Bremer Universität.

Das steht im Protokoll über diese Verhandlungen hier heute. Ich glaube, das sollte man mit aller Deutlichkeit hier und heute hervorheben.

(Abg. K l e i n [CDU]: Tun Sie das! — Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich jetzt kurz etwas zu den Personalkosten sagen: Wir haben gerade jetzt den Abschluß von Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst erlebt und wissen, wie groß die Forderungen der dort Beschäftigten sind. Sie haben nach unserer Auffassung ihre Berechtigung, weil gerade in der Vergangenheit der öffentliche Dienst nicht immer den Anschluß an die allgemeine Einkommensentwicklung der Wirtschaft gefunden hat. Wenn wir aber eine gute und leistungsfähige Verwaltung haben wollen, das heißt, unseren Dienst am Bürger voll im Sinne eines guten Kundendienstes erfüllen wollen und ihm alle erforderlichen Leistungen anbieten, dann ist es unabwendbar, daß dafür auch der entsprechende Preis bezahlt werden muß, denn sonst würde nur noch

derjenige in den öffentlichen Dienst gehen mit einer schlechteren Bezahlung, der in der übrigen Wirtschaft nicht mehr genommen wird. Eine absolute Negativauslese können wir nicht zulassen, weil damit auch die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltung erheblich gemindert würde.

Gerade der Finanzplan und der Finanzbericht sind ein Spiegelbild einer sehr guten Leistung der Verwaltung, insbesondere der Finanzverwaltung. Hier zeigt sich, daß in der Verwaltung durchaus die Maßstäbe angelegt werden können, die in der freien Wirtschaft üblich sind. Insofern meine ich auch, daß die Bezahlung aus Steuergeldern nicht die Auffassung rechtfertigt, daß der Staatsbedienstete höhere Leistungen bei schlechterem Lohn zu erbringen hat. Denn auch derjenige, der in der freien Wirtschaft tätig ist, erhält ja von uns über den Preis seinen Lohn. Nicht anders ist es in der öffentlichen Verwaltung. Das muß der Staatsbürger wissen, insbesondere dann, wenn er mehr Leistungen fordert, wenn er Verbesserungen auf allen Lebensgebieten wünscht. Er muß erkennen, daß die Dienstleistungen auch in Zukunft, wenn wir von einer guten Qualität sprechen können, ihren Preis verlangen.

Wenn aber die Personalausgaben in dem Maße wachsen wie in der Vergangenheit, dann allerdings stellen sich ernsthafte Probleme für den Haushalt der öffentlichen Hand, weil dies nur zu Lasten notwendiger Investitionen gehen kann. Eine Verbesserung unserer Infrastruktur ist wiederum eine Notwendigkeit zur Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft. Diese zu erhalten, ist auch das erklärte Ziel des Finanzplans und des Finanzberichts.

Wir unterstützen ein solches Ziel in vollem Umfang, und wir werden auch in unserer weiteren politischen Arbeit alles tun, daß diese soliden Grundlagen erhalten bleiben. Beharrlich werden wir auch künftig alle Kräfte einzusetzen haben, damit Bremen und Bremerhaven im nordwestdeutschen Raum krisenfreie und wachstumsträchtige Zentren innerhalb unserer Region bleiben. Sicherlich wird es auch künftig nicht einfach sein, aus dem Teufelskreis zwischen Personal- und Sachausgaben herauszukommen. Wegweisend können vielleicht die Worte des früheren Finanzsenators Dr. Nolting-Hauff aus seiner Haushaltsrede des Jahres 1959 sein, mit denen er feststellte — ich darf zitieren, Herr Präsident —, „daß die Angespanntheit des Staatshaushalts nicht nur ein ständige, sondern auch eine geradezu lebensnotwendige Erscheinung der Demokratie ist."

Dr. Nolting-Hauff sagte weiter: „Daß die Potenz unseres Gemeinwesens in vollem Umfange und bis zu der äußerst vertretbaren Grenze für das Wohl seiner Bürger ausgelastet wird, ist in unserem Volksstaat unabweisbar. Solange wir uns um den verfassungsmäßig geforderten Ausgleich des ordentlichen Staatshaushalts solche Mühe machen müssen, wie es jedes Jahr das anstrengende und entscheidungsvolle Werk des Haushaltsausschusses und der Finanzdeputation ist, kann unser Staatswesen darum als gesund bezeichnet werden."

Für die FDP-Fraktion darf ich feststellen: Dem braucht nichts hinzugefügt zu werden.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Friedrich Meier.

Abg. Friedrich **Meier** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem die Sprecher der Fraktionen hier ihre Ausführungen gemacht haben, möchte ich als erster Diskussionsredner zu einigen Problemen Stellung nehmen.

Der Herr Abgeordnete Klein von der CDU hat hier angesprochen, daß das Gesamtvolumen des Haushalts im Vergleich zur mittelfristigen Finanzplanung 1969/1973 in 1970/1974 um 2 Milliarden DM ausgeweitet wird. Wir dürfen feststellen, daß sich die Investitionen prozentual von 21,8 auf 23,4 Prozent und die Personalausgaben von 41,4 auf 42,1 Prozent ausweiten. Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir eine Universität bauen, wenn wir das Bildungswesen ausbauen wollen, Industrieansiedlung betreiben, den Ausbau der Häfen und andere weitere Aufgaben, die erforderlich sind, fördern wollen, dann müssen wir uns nicht wundern, daß dementsprechend auch Personalkosten erforderlich sind. Jede Schule, jeder Kindergarten, jeder Meter Straße bedeutet auch mehr Personal. Ich glaube, von daher wird es sicherlich interessant sein — und ich werde nachher noch einmal darauf zurückkommen —, einiges zu den Personalkosten noch generell zu sagen.

Nun, Herr Klein hat gesagt, wir haben mal wieder Glück gehabt — so ungefähr —, die Steuerschätzungen sind in Erfüllung gegangen. Ich muß sagen, Herr Klein, die Steuerschätzungen, die die Regierungsparteien in diesem Haus seit 1949 sehr sorgfältig vorgenommen haben, haben immer hingehauen, wenn ich so sagen darf. Wir haben immer einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. Und ausgerechnet Sie waren es in der letzten Sitzung der Bremischen Bürgerschaft, der sehr stark angezweifelt hat, daß der Haushalt 1970 ausgeglichen sein würde.

Ich habe es letztes Mal schon zurückgewiesen, weil man erst einmal das gesamte Zahlenwerk vor Augen haben muß. Sicherlich ist auch richtig, daß wir einen Rückgang an Steuern zu verzeichnen haben, und, Herr Klein, Sie haben dazu einige Angaben gemacht. Aber interessant ist doch sicherlich auch, daß die Lohnsteuer beispielsweise um 29,1 Prozent angestiegen ist, daß die Lohnsummensteuer analog um 18,7 Prozent angestiegen ist.

(Zuruf von Abg. Koschek [CDU])

Nun mal langsam, Herr Koschek, immer vorsichtig! Und es taucht doch hier einmal die Frage auf — und dazu wird die CDU im Laufe dieses Jahres im Bundestag noch die Gelegenheit haben, Farbe zu bekennen —, ob man nicht auch zu einer Steuer-

gerechtigkeit kommen muß und nicht nur davon spricht, woher wir mehr Steuern bekommen.

(Beifall bei der SPD — Abg. K l e i n [CDU]: Sie wollen doch keine Steuererhöhung! Das stand gestern in der Zeitung!)

Seien Sie beruhigt, Herr Klein, Sie werden im Bundestag die Möglichkeit haben, die Gesetzentwürfe der SPD und FDP von seiten der CDU entweder abzulehnen oder an ihnen mitwirken zu können, um auch zu einer Steuergerechtigkeit zu kommen.

(Abg. Wilma L a n d w e h r [SPD]: Jawohl! — Beifall bei der SPD)

Mir scheint, auch das muß hier einmal ganz offen und deutlich gesagt werden.

(Abg. K l e i n [CDU]: Als Opposition können wir doch keine Steuererhöhung durchführen!)

Nun, Herr Klein, Sie hatten 20 Jahre Zeit dazu, in Bonn Steuergerechtigkeit durchzuführen.

Sie haben hier weiter gesagt, daß wir in Bremen im Bürgschaftsvolumen an der Spitze liegen. Das ist nicht neu, das ist nicht erst seit 1969. Bremen hat schon immer pro Kopf der Bevölkerung im Bürgschaftsvolumen an der Spitze gelegen, denn sonst wäre es nicht möglich gewesen, den sozialen Wohnungsbau in dem Umfang durchzuführen, wie wir es in Bremen gemacht haben, sonst wäre es nicht möglich gewesen, unserer Industrie in dem Umfang auf die Beine zu helfen.

(Abg. B ö h r n s e n [SPD]: Und Werften!)

Und wenn wir im Wohnungsbau eine Pro-Kopf-Bürgschaft von 1 436 DM haben, im übrigen Bürgschaften von 772 DM, insgesamt also von 2 208 DM, der Bundesdurchschnitt jedoch nur 391 DM beträgt, und das Land Rheinland-Pfalz am Ende mit insgesamt 132 DM steht, dann meine ich, haben die Bürgschaften mit dazu beigetragen, daß die Regierungsparteien, die die Verantwortung getragen haben, Mut bewiesen haben, den Wohnungsbau und die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Nun darf ich einiges zu den Personalausgaben generell sagen. Sicherlich, die Zahlen 41,4 Prozent beziehungsweise 42,1 Prozent sagen nicht viel. Wir müssen feststellen, daß die Personalkosten 1970 bei rund 637 Millionen DM und daß sie etwa 1974 bei 988 Millionen DM liegen. Es ist sicherlich richtig, daß bei einer weiteren Entwicklung des Investitionsbedarfs neben einer Objektplanung auch eine Personalplanung erforderlich ist, damit die Parlamentarier, die hier bestimmte Objekte beschließen, auch wissen, welche Personalausgaben im einzelnen auf uns zukommen.

Es ist sicherlich auch nicht verwunderungswürdig, wenn die Steigerungsraten der Personalausgaben im Land Bremen und in den Stadtgemeinden über denen des Finanzplanungsrats liegen. Ich habe bereits aus Anlaß der Haushaltsberatungen 1970/1971 darauf hingewiesen, daß wir eine völlig neue Universität aufbauen, die erheblich dazu beiträgt, die Personalausgaben auszuweiten. Sicherlich, es ist hier heute schon ein paarmal angeklungen, diese Personalkosten werden auch künftig noch weiter steigen, und wenn sie noch stärker steigen, ist das wiederum ein einmaliger Verdienst der Bremer CDU, soweit es die Universität angeht. Ich habe schon einmal darauf hingewiesen.

Aber eines muß ich auch feststellen: 1950 betrugen die Personalausgaben 28 Prozent, 1971 41,4 und 1974 42,1 Prozent. Und trotzdem glaube ich, beweisen diese Zahlen, daß wir auch in Zukunft noch einen Nachholbedarf in bestimmten Bereichen haben. Dabei taucht die Frage auf, ob das Personal 1950 oder 1955 in einem genügenden Umfang zur Verfügung gestellt worden ist. Wir wissen aber heute, daß bei der Polizei, der Feuerwehr, im Justizvollzugsdienst und vielleicht auch in anderen Bereichen gewisse Personalvermehrungen erforderlich sind, ohne daß wir neue Investitionen, sagen wir einmal, darstellen müssen.

(Abg. F r ö h l i c h [SPD]: Sehr gut!)

Darüber werden wir uns zur gewissen Zeit unterhalten müssen.

Ich glaube, es ist ein Irrtum, wenn man hier glaubt, daß Personalmehrausgaben notfalls noch eingespart werden könnten im Rahmen der allgemeinen Verwaltung. Auch das habe ich hier wiederholt betont. Wir haben uns im Haushaltsausschuß so viel Mühe gemacht — und das werden alle Mitglieder, ganz gleich, von welchen Parteien, hier bestätigen können —, daß im Rahmen der allgemeinen Verwaltung, die ich vielleicht einmal mit 8 Prozent des gesamten Personals bezeichnen möchte,

(Abg. H a u p t m a n n [FDP]: Ein Fünftel!)

die zu erwartende Mehrarbeit nicht mehr aufzufangen ist. Es ist sicherlich auch ein Irrtum zu glauben, wenn wir eine große Rechenanlage haben, daß dadurch erhebliche Personaleinsparungen durchzuführen sind. Wir können höchstens verhindern, daß wir mehr Personal im Bereich der Verwaltung einzusetzen brauchen.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht nur von dieser Seite werden uns die Personalkosten Sorge machen, sondern die Personalkosten werden uns auch Sorge machen insbesondere im Hinblick auf die Besoldungsgesetzgebung. Und hier muß ich ganz offen sagen, 20 Jahre hat die CDU in Bonn Besoldungspolitik betrieben, die den Ländern nicht die Möglichkeit gegeben hat, aufgrund der Bundesbesoldungsgesetzgebung vernünftige Wege einzuschlagen. Die Bundesbeamten waren die Betrogenen. Die Länder sind andere Wege gegangen über Zulagen, über Stellenpläne und so weiter, um über die rahmenrechtliche Besoldungstabelle hinweg einiges zu tun.

Wir stellen doch heute eine ganz bescheidene Frage: Im letzten Jahr bei den Haushaltsberatungen haben wir uns bemüht — alle Fraktionen, muß ich wiederum sagen —, einen Stellenschlüssel für die Polizei zu entwickeln, wo wir glaubten, damit würden wir das Jahr 1971 überstehen, und heute stellen wir fest, daß alle anderen Bundesländer schon wieder davongelaufen sind.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ja sicherlich nicht ganz uninteressant, wenn man heute feststellt, daß alle Bundesländer — ganz gleich, wer dort regiert — einer Änderung des Artikels 74 a des Grundgesetzes zustimmen, weil man einfach eingesehen hat, daß diese Besoldungspolitik zu nichts mehr führen kann, wenn sie auf Dauer so weitergeführt wird.

Es ist sicherlich interessant, auch zu wissen, daß eben die Bundes-CDU in Bonn nichts Einfacheres zu tun hatte, als einen eigenen Gesetzentwurf zur Besoldung einzubringen, der wörtlich von dem ersten Entwurf des Bundesinnenministers Genscher abgeschrieben worden ist, der einfach in seiner finanziellen Auswirkung weder für den Bund noch für die Länder im gegenwärtigen Zeitpunkt durchsetzbar ist. Und ich darf hier ganz offen sagen, wir sind der Auffassung, daß auch der Bedienstete im öffentlichen Dienst ein Anrecht auf eine gerechte und anständige Bezahlung hat.

(Abg. K o s c h e k [CDU]: Dann sorgen Sie in Bonn dafür! Sie reden, versprechen und halten doch nichts!)

Wissen Sie, es lohnt nicht, auf Ihre Zwischenbemerkungen einzugehen. Sie haben 20 Jahre dort in Bonn gesessen.

(Lachen bei der CDU)

Sie haben ja die Möglichkeit — —

(Abg. K o s c h e k [CDU]: Ich habe noch nicht gesessen, höchstens Sie!)

Ja, auch gut! Meine sehr geehrten Damen und Herren, sicherlich ist es interessant, wenn Sie Zwischenrufe machen, Herr Abgeordneter Koschek, aber jeder Besoldungspolitiker — ganz gleich, in welcher Partei er sitzt — hat heute keine Lust mehr, überhaupt noch an Besoldungsfragen heranzugehen, wenn es nicht zu einer Einheit und zu vernünftigen Regelungen kommt. Alles das, was wir heute auf diesem Gebiet machen, ist doch nur eine Schusterei, die letztlich nicht den Beamten, die letztlich auch nicht dem Staat nützt.

(Abg. H a u p t m a n n [FDP]: Von Besoldung versteht Herr Koschek nichts!)

Und von daher, meine ich, werden wir — ob wir es wollen oder nicht — gewisse Personalmehrausgaben im Lauf der nächsten drei, vier Jahre zu verzeichnen haben.

Es muß hier vielleicht auch einmal eines gesagt werden: Wenn der Bürger von diesem Staat immer mehr Aufgaben und Dienstleistungen erwartet, dann muß auch der Bürger — und das müssen wir auch deutlich sagen, und hören Sie zu, wir sagen es jetzt vor der Wahl, damit Sie nicht sagen, wir machen Versprechungen — auch bereit sein, diesem Staat die Mittel zur Verfügung zu stellen, um diese Aufgaben zu lösen.

(Abg. J a c k i s c h [CDU]: Heißt das Steuererhöhung?)

Dazu gehört auch eine gerechte Bezahlung des öffentlichen Dienstes, denn wir können es uns nicht erlauben, öffentliche Dienstleistungen mit schlechtem Personal durchzuführen.

(Abg. F r ö h l i c h [SPD]: Sehr gut!)

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich für meine Fraktion insbesondere den Damen und Herren der Finanzverwaltung recht herzlich danken, die in sicherlich mühevoller Arbeit und aufgrund des Antrags der CDU sogar noch mit erheblichen Überstunden an Wochenenden die nötigen Unterlagen zur Verfügung gestellt haben.

Ich glaube, sie sollten als Diskussionsgrundlage für uns alle auch bei der Beratung der zukünftigen Haushalte 1972/73 von Bedeutung sein. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Dr. Schäfer.

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der Finanzbericht und die Vorschau 1970 bis 74 ist schon mehrfach von allen Seiten beleuchtet und auch von der CDU entsprechend beurteilt worden.

(Abg. B ö h r n s e n [SPD]: Nun wird er von Bremerhaven beurteilt!)

Klar erkannt!

Lassen Sie mich bitte ein Teilprogramm herausgreifen, wie es eben Herr Meier auch schon getan hat. Ich will dabei allerdings nicht ins Detail gehen. Ich meine, wir sollten uns über den Fall Bremerhaven ganz kurz unterrichten lassen. Beim Neujahrsempfang der Stadt Bremerhaven führte der Stadtverordnetenvorsteher aus, daß in den nächsten zwei Monaten in Bremerhaven keine Etatberatungen vorgesehen seien, da die finanzielle und die finanztechnische Situation noch nicht zu übersehen sei. Damit, meine Damen und Herren, ist die Problematik Bremerhavens angesprochen.

Bis zum 31. Dezember 1968 bestand ein Zuteilungsabkommen, das die Aktivitäten Bremerhavens in einem bestimmten Rahmen zuließ.

(Abg. K i e n e [SPD]: Das war 1969, Herr Kollege!)

Verzeihung, wenn ich 1968 gesagt habe, 1969 ist gemeint! Herr Kiene, wir meinen dasselbe.

Ab 1. Januar 1970 trat eine Teilfinanzreform in Kraft, der keine gesetzlichen Abmachungen innerhalb der drei Körperschaften zugrundeliegen. Die letzte Etatberatung im Dezember 1969 für den Doppelhaushalt 1970/71 ließ den Fraktionsführer der SPD in Bremerhaven skeptisch in die Zukunft sehen. — Herr Präsident, ich darf zitieren, die SPD gab seinerzeit eine Erklärung ab, wovon ich Ihnen einen Teil kurz darlegen möchte —:

„Die SPD-Stadtverordnetenfraktion hält den vorliegenden Haushaltsplan für nicht realisierbar. Die SPD-Fraktion erklärt ohne Umschweife, daß der Haushaltsplan 1970 ein verdecktes Defizit von rund 3 Millionen DM enthält.

(Abg. K o s c h e k [CDU]: Das aus dem Munde der SPD!)

Die Tatsache allein, daß die Kämmerei zum Ausgleich des Haushalts die Streichung der persönlichen und sächlichen Verstärkungsmittel empfehlen mußte, macht die Misere deutlich. Jeder weiß, daß im nächsten Jahr mit beträchtlichen, auch in der Sache gerechtfertigten Lohn- und Gehaltsaufbesserungen der städtischen Bediensteten zu rechnen ist. Die Reserven für die Auszahlung der Lohn- und Gehaltserhöhungen sind nur begrenzt vorhanden. Der Finanzausschuß der Stadt Bremerhaven sah sich aus diesem Grunde leider genötigt, entgegen der Empfehlung des Senats den Haushaltsentwurf für 1971, der ursprünglich mit dem Haushalt 1970 verabschiedet werden sollte, lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

(Abg. K o s c h e k [CDU]: Da haben wir es!)

Der Haushalt 1971 wäre unter Zugrundelegung der bisher bekannten Zahlen so unrealistisch, daß der Finanzausschuß mit der Kämmerei übereinkam, diesen mit Zahlen angehäuften Bericht der Stadtverordnetenversammlung erst gar nicht vorzulegen."

Soweit, meine Damen und Herren, die Ausführungen der SPD Bremerhavens.

Es zeichnet sich also ein großes nicht gedecktes Defizit ab. Es wurde von allen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung gleichermaßen erkannt: Ein Betrag von 3 Millionen DM ungedeckt im Raum! Ende 1970, meine Damen und Herren, war es allerdings ein Betrag von 8,9 Millionen DM. Die ab Januar 1971 eingeführte Neuverteilung der Einnahmen beziehungsweise der Zuweisungen erbrachte für Bremerhaven keine wesentliche Steigerung seiner Einnahmerate, da das Steuermehraufkommen durch Streichung von Zuweisungen kompensiert wurde, wozu auch die Reduzierung des Gewerbesteueranteils wesentlich beitrug. Per Saldo stellte sich für Bremerhaven kein wesentliches Plus ein. Negativ wirkte sich dabei die explosionsartige Entwicklung der Personalkosten aus, die bei dem Bremerhavener Haushalt von zirka 240 Millionen DM immerhin 120 Millionen DM ausmachen.

(Abg. K i e n e [SPD]: Wieviel?)

Es muß dabei allerdings erwähnt werden, daß die Besoldung der Lehrer und der Polizei zu 95 Prozent seitens des Landes getragen wird. Es kann möglich sein, Herr Kiene, daß ich mich etwas geirrt habe, es mag sein. Der Restposten ist trotzdem gravierend für den Gesamtetat Bremerhavens.

Die Verschuldung der Stadt war ursprünglich mit 10 Millionen DM je Jahr angesetzt, stieg dann allerdings nach Absprache mit der Regierung auf 15 Millionen DM im Jahr. Damit dürfte, meine Damen und Herren, wahrscheinlich die Grenze der Verschuldung für Bremerhaven erreicht sein, soll die Verzinsung und Tilgung innerhalb und mit den Einnahmen getätigt werden, was ja allseits angestrebt wird.

Bei dieser Situation sind der Stadt Grenzen für die Investitionen gezogen. Es müssen wichtige Vorhaben im Bildungswesen, in der Stadterneuerung beziehungsweise -sanierung und vor allen Dingen im Gesundheitswesen zurückgestellt werden. Es ist festzuhalten, daß zum Beispiel ein neues Krankenhaus dringend erforderlich ist, weil das Krankenhaus Mitte absolut nicht mehr den Anforderungen entspricht.

Gegen Ende des Jahres 1970 kam, wie bekannt, die Rettung vom Land Bremen. Bei der Beratung des Nachtragsetats im Dezember 1970 konnte die Zuteilung von 9,8 Millionen DM an Bremerhaven mitgeteilt werden, wobei 8,9 Millionen DM zur Deckung der Schulden verwendet wurden und etwa eine Million DM in die Rücklage kam. Also, der große Bruder hatte uns mal wieder geholfen.

Meine Damen und Herren, für 1971 melden sich aber weitere wesentliche Steigerungen der Ausgaben an. Wie bekannt — Herr Meier hat es hier ausgeführt —, werden die Personalkosten steigen, der Zuschuß für das Gesundheitswesen wird zusätzlich 3,5 Millionen DM erfordern, die Beträge für Sachausgaben werden sich ebenfalls wesentlich erhöhen. Die Frage der Investitionen ist zur Zeit noch völlig offen.

Wie kann Bremerhaven dieser Entwicklung überhaupt noch begegnen? Die Steuereinnahmen, meine Damen und Herren, werden sich nicht wesentlich ändern gegenüber den Steuereinnahmen von 1970, da die wirtschaftliche Entwicklung in Bremerhaven — das muß ganz klar hier ausgesprochen worden — mindestens stagniert. Mehr möchte ich dazu nicht sagen. Wir müssen sogar damit rechnen, daß das Steueraufkommen rückläufig wird. Dabei ist, wie auch in Bremen, das Steueraufkommen die Grundlage aller Aktivitäten aller Körperschaften. Die Zuweisungen vom Land Bremen sind zum Teil nicht hundertprozentig fixiert, sie sind offen.

Meine Damen und Herren, diese Situation, wie kurz skizziert, ist doch für beide Seiten sehr unerfreulich. Die finanzielle Gleichbehandlung beider Stadtgemeinden war bislang ein unantastbares Prinzip bremischer Landespoltik gewesen. Das ist heute nachmittag schon einmal dargelegt worden. Die Finanzreform ab 1. 1. 1970 hat aber ein Ungleich-

gewicht gebracht, so daß Bremerhaven praktisch jeweils gegen Ende des Jahres als Bittsteller nach Bremen kommen muß. Damit, meine Damen und Herren, übernimmt Bremen die Verantwortung für den ungedeckten Etatbetrag Bremerhavens und kommt damit automatisch in Zugzwang. Ich will es mal ad absurdum führen: Es könnte soweit kommen, daß das Land Bremen die Stadt Bremerhaven aus seiner finanzpolitischen Verantwortung entließe. Das könnte dann, wenn man den Gedanken zu Ende spinnt, das Ende sein. Diese Misere, meine Damen und Herren, zu meistern, hilft nur eine durch Gesetz festgelegte Verteilung der Steuern und Zuweisungen, die die bisher übliche Art der Geldgabe — ich betone: Geldgabe — am Ende des Fiskaljahres endgültig ablöst. Die Äußerungen des Herrn Finanzsenators heute nachmittag lassen eine baldige Regelung dieser Problematik erkennen.

Ferner müssen Investitionszuschüsse in höherem Maße als bislang seitens des Landes Bremen gegeben werden, um die notwendigsten Vorhaben in Bremerhaven überhaupt realisieren zu können. Über eine Erhöhung der Verschuldung dies zu tätigen, muß allerdings abgelehnt werden, da dadurch eine noch weitere Verschlechterung der Finanzlage Bremerhavens eintreten würde. Es gibt hier meines Erachtens nur eine Möglichkeit, daß in Bremerhaven, wie bislang immer wieder zugesagt, eine noch bessere Wirtschaftsförderung durchgeführt wird.

Lassen Sie mich zum Abschluß kommen. Eine schnelle Bereinigung der ungeklärten Lage ist für beide Körperschaften meines Erachtens dringend notwendig. Es liegt sogar für das Land Bremen eine Verpflichtung hierzu vor, zumal ja immer wieder von verantwortlicher Stelle aus gesagt worden ist, daß die Zukunft des Landes Bremen in Bremerhaven liegt und von dessen positiver Entwicklung weitgehend getragen wird. Die Stärkung der Bremerhavener Wirtschafts- und Finanzkraft, meine Damen und Herren, ist eine gemeinsame Aufgabe aller Parteien. Das sei hier festgestellt. Sich um diese zu bemühen beziehungsweise eingesetzt zu haben, kann aber nicht von einer Partei in Anspruch genommen werden, wie Herr Lenz — SPD-Fraktion — in der Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven es getan hat. — Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Horst-Werner Franke.

Abg. **Franke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In dieser finanzpolitischen Debatte ist heute sehr deutlich eine politische Absichtserklärung der CDU ausgesprochen worden, eine Absichtserklärung, die sie zu verwirklichen sich sicher schon anschickt. Wenn das Beispiel der CDU in der Bundesrepublik zu Konsequenzen führen würde, dann ginge von Bremen, von der CDU-Fraktion des Bremer Parlaments, ein höchst gefährliches politisches Prinzip für den Föderalismus der Bundesrepublik Deutschland aus.

Wir wissen alle, meine Damen und Herren, daß die Bewältigung der Gemeinschaftsaufgaben in der Bundesrepublik Deutschland, und dazu zählt entscheidend der Ausbau unseres Bildungswesens, so wie einmal die Länderstruktur in der Bundesrepublik Deutschland ist, nicht gleichmäßig von allen Ländern vorangetrieben werden kann, daß das Entwicklungstempo verschieden ist je nach dem Vermögen der einzelnen Länder, und daß, weil Föderalismus gleichzeitig auch die Chancengleichheit für alle Deutschen mit beinhalten soll, die Kooperation der Länder bei der Bewältigung dieser Gemeinschaftsaufgaben nötig ist.

Das ist ja wohl auch der Hintergedanke, der dazu geführt hat, daß wir einen Ländertopf für die Mitfinanzierung der Bremer Universität haben. Und es gibt andere Bundesländer neben Bremen, etwas südlich der Mainlinie, an westlichen Grenzen, die nicht von Sozialdemokraten regiert werden, aber die ebenso zur Bewältigung ihrer bildungspolitischen Gemeinschaftsaufgaben auf jene Unterstützung aus einem gemeinsamen Länderfinanzierungsvorhaben Anspruch haben.

Was will jetzt die Bremer CDU praktizieren? Die Bremer CDU will eine Solidarisierung der CDU-regierten Länder in der Bundesrepublik einleiten zu dem Zweck, einem Bundesland — in diesem Falle Bremen — die Länderzuschüsse zu versagen, weil die bildungspolitische Konzeption, hier speziell auf die Universität ausgerichtet, der CDU nicht paßt. Wenn wir das zum Prinzip des Finanzierens von Entwicklungsvorhaben, die für die gesamte Bundesrepublik wichtig sind, wenn wir das zum Prinzip erheben, dann ist die Retourkutsche, die, wie ich hoffe, meine Partei nie nehmen wird, so denkbar, daß die Sozialdemokraten in einem Land, wo sie in der Opposition sitzen und wo die CDU eine Universitätspolitik betreibt, die von den Sozialdemokraten möglicherweise mit sehr guten Gründen abgelehnt wird — —

(Zuruf von der CDU: Und was ist in Regensburg passiert?)

Meine Damen und Herren, was in Regensburg passiert ist, ist nicht in jeder Hinsicht, wenn Sie das auf das I-Tüpfelchen auslegen, mit dem Grundgesetz vereinbar.

(Abg. Hannelore Spies [CDU]: Aber in Berlin!)

Wenn wir also das gleiche Prinzip nun von der anderen Seite anwendeten, dann würde das bedeuten, daß Gemeinschaftsvorhaben in der Bundesrepublik nicht mehr möglich sind, weil die jeweilige Opposition als Nothelfer für ihre eigene enge egoistische Politik aus der speziellen Situation eines Bundeslandes die anderen zur Solidarität verpflichten und damit dieses eine Projekt zu Fall bringen würde. Auf diese Art und Weise wäre eine Voranentwicklung unseres Bildungswesens in einem mög-

lichst gleichmäßigen Entwicklungstempo in der Bundesrepublik unmöglich.

Die CDU betreibt hier ein sehr gefährliches Spiel für den deutschen Föderalismus und es ist nur zu hoffen,

(Abg. Kauffmann [CDU]: Die SPD in Bremen!)

daß die CDU in den übrigen Bundesländern eine etwas politisch weitschauendere Perspektive als die in diesem Fall hier doch sehr beschränkt urteilende und taktierende CDU in Bremen besitzt. Wissen Sie, Sie sollten diesen

(Abg. Dr. Zander [CDU]: Theoretische Verallgemeinerung!)

— wie ich meine — von uns allen sehr zu bedenkenden Gesichtspunkt sehr ernst nehmen, daß es nicht angeht, unsere eigenen politischen Streitigkeiten, die wir ja haben, weil der eine die Mehrheit haben will und der andere in der Mehrheit ist, zu verlagern auf die Bundesebene und die der übrigen Länderregierungen und sie als Nothelfer in unseren eigenen Wahlkampf einzuschalten.

Wenn Sie nicht zugeben wollen, daß das eine höchst bedenkliche Entwicklung ist, und wenn Sie jetzt wieder mit jenem sozialistischen Universitätsbau hier in Bremen kommen — und Herr Kollege Schepers, Sie haben sich gemeldet, ich würde fast vermuten, daß Sie hier jene Thesen wiederholen wollen —, dann darf ich Ihnen nur eines sagen: Die törichte These von der sozialistischen Universität wird nicht dadurch wahrer, daß sie durch den Mund von sonst qualifizierten Leuten hier unendlich wiederholt wird.

Es ist, meine Damen und Herren, der Zeitpunkt ja nicht nur abzusehen, sondern der Zeitpunkt ist schon da, wo hier alle akustische Ausfallerscheinungen haben, wenn jemand von Ihnen heraufkommt und das Wort von der sozialistischen Universität ausspricht.

(Abg. Kauffmann [CDU]: Dann müssen Sie alle zum Ohrenarzt!)

Ich glaube, wir werden ganz einfach in der Zukunft uns darauf einstellen müssen, daß der sonst so geschätzte und in vielem auch durchaus als politischer Debattenredner sehr akzeptierte Kollege Klein in diesem Punkt beginnt, so etwas wie eine politische Marotte zu entwickeln.

(Abg. Fichtner [NPD]: Nehmen Sie Oropax!)

Wir alle sind nicht frei von solchen Entwicklungen. Jeder hat so sein Steckenpferd.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Das fing ja schon beim alten Cato an, der bei allen Reden sagte: Ceterum censeo Carthaginem esse delendam.

(Abg. Klein [CDU]: Und er hat recht behalten!)

Sehen Sie, und dieses antike Beispiel pflanzt sich eben fort. Ich würde meinen, wir müssen uns darauf einstellen, daß eines der ständig wiederholten Zwangsworte des Herrn Klein es hier ist, vor der sozialistischen Universität in Bremen zu warnen. Ich meine,

(Abg. Fischer [CDU]: Wenn Sie das catonische Ende gefunden haben, sprechen wir nicht mehr davon!)

die Gelassenheit der SPD-Fraktion ist Ihnen in diesem Punkt gewiß.

Wissen Sie, wir können hier schon ein wenig in die Geschichte hineingehen! Sie waren vorhin bei der griechischen Mythologie mit Kassandra, und Sie hatten darauf hingewiesen, daß Kassandra immer recht gehabt hat. Herr Kollege Klein, und damit möchte ich schließen, ich möchte Sie darauf hinweisen, daß Kassandra von Apoll eine Gabe verliehen, oder sagen wir besser, nicht verliehen bekommen hatte. Kassandra war nämlich von Apoll — Sie hatte sich ihm versagt — aus Rache die Gabe verweigert worden, andere zu überzeugen. Mir scheint, diese Eingenschaft Kassandras trifft auf Sie zu.

(Heiterkeit)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Oltmanns.

Abg. **Oltmanns** (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der zur Beratung anstehende Finanzplan 1970 bis 1974 soll Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und ihre Deckungsmöglichkeiten darstellen. Mein Kollege Herr John hat bereits in seinen Ausführungen unter anderem auf die Konjunkturpolitik und die Wachstumspolitik des Landes hingewiesen. Er hat gesprochen über die Bildungspolitik im allgemeinen und über die der Universität im besonderen.

Sie werden sicherlich Verständnis dafür haben, wenn ich als Bremerhavener Abgeordneter — wie Herr Dr. Schäfer — über die Fragen und Sorgen Bremerhavens einige Ausführungen mache. Ich kann durchaus verstehen, daß Herr Dr. Schäfer Sorgen vorgetragen hat, wenngleich ich nicht ganz die Konsequenzen daraus ziehe, wie er sie gezogen hat, daß hier nämlich lediglich Pessimismus angebracht wäre. Ich glaube, daß im Zusammenarbeiten von Bremerhaven, der Gemeinde, und dem Land gangbare Wege gefunden werden.

Das Verhältnis Bremen/Bremerhaven wird im finanziellen Bereich durch drei Eckpfeiler gekennzeichnet: Erstens das Finanzausgleichssystem, zweitens die Investitionen des Landes im Gebiet Bremer-

havens und der Hafengruppe Bremerhaven, und drittens sonstige Wirtschaftsförderungsmaßnahmen mit dem Ziel der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur Bremerhavens.

Zunächst zum Finanzausgleichssystem! Gemeinsames Ziel sollte stets ein gerechtes und den jeweiligen Entwicklungen angepaßtes Finanzausgleichssystem zwischen den drei Gebietskörperschaften Land Bremen, Stadt Bremen und Bremerhaven sein, um eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der gemeinsamen Finanzmasse zu erreichen und den beiden Stadtgemeinden die Befriedigung ihrer kommunalen Bedürfnisse zu ermöglichen. Die Bemühungen, den innerbremischen Ausgleich nunmehr auf eine neue Grundlage zu stellen, stehen vor dem Abschluß. Mit der Vorlage des Entwurfs eines neuen innerbremischen Finanzausgleichgesetzes kann in Kürze gerechnet werden.

Bisher — also in der Vergangenheit — haben sich für die Stadt Bremerhaven folgende Zuweisungsarten ergeben: Schlüsselzuweisungen, bis 1967 Sonderzuweisungen, bis 1967 Zuweisungen für den Theaterbetrieb, ab 1966 bis 1968 Ausgleichszuweisungen, ab 1966 Zweckzuweisungen für die Vorfinanzierung der Kanalisation Leherheide, ab 1968 als Vorgriff auf die kommende Besserstellung durch die Gemeindefinanzreform Zweckzuweisungen für die Personalkosten der Polizei und Lehrer, wie schon erwähnt, von 95 Prozent, für Zinssubventionen in Höhe des Gemeindesteueraufkommens im stadtbremischen Hafengebiet, und letztlich ab 1969 Ergänzungszuweisungen als weitere Übergangsregelungen wegen der Gemeindefinanzreform.

Aus dieser Aufzählung ergibt sich, daß im Lauf der Jahre immer mehr Sonderregelungen für Bremerhaven entstanden sind. Wertvoll in diesem Zusammenhang ist eine vergleichende Gegenüberstellung der Steuerkraft in den beiden Gemeinden Bremen und Bremerhaven. Diese Steuerkraft drückt sich aus in dem jeweiligen Aufkommen an Gemeindesteuern pro Kopf der Bevölkerung.

Der Abstand in der eigenen Steuerkraft der Gemeinden hat sich im Laufe der Jahre ständig zuungunsten der Stadt Bremerhaven verschoben. Das zeigen folgende Zahlen sehr deutlich: Im Jahr 1958 war das Pro-Kopf-Aufkommen in Bremen 223 DM und in Bremerhaven das Pro-Kopf-Aufkommen nur 130 DM, also ein Minus von 93 DM. Elf Jahre später, im Jahr 1969, ergab sich ein Pro-Kopf-Aufkommen in Bremen von 414 DM und in Bremerhaven von 204 DM, ein Minus also pro Kopf von 210 DM. Es ist zu begrüßen, daß — wie ich schon erwähnt habe — in Kürze mit der Vorlage eines neuen innerbremischen Finanzausgleichgesetzes gerechnet werden kann.

Mir scheint, Bremerhaven hat zu Recht konkrete politische Forderungen erhoben, die ihre Berücksichtigung in dem erwähnten Finanzausgleichgesetz finden sollten. Grundlage für dieses zu erwartende Gesetz ist der Artikel 106 Absatz 7 des Grundgesetzes, neue Fassung. Die Grundzüge dieser Neuregelung, die zur Zeit in den politischen Gremien beraten wird, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Erstens: Eine klare Aufgabenverteilung und Abgrenzung zwischen den drei Gebietskörperschaften. Zweitens: Künftig stärkere Verschuldung des Landes, um die ohnehin bestehende starke Verschuldung der beiden Stadtgemeinden nicht überproportional wachsen zu lassen. Drittens: Gleichbehandlung beider Gemeinden unter Berücksichtigung der stärkeren Belastungen des größeren Ballungszentrums Bremen durch eine angemessene Einwohnerwertung. Viertens: Einbeziehung des Länderanteils an der Umsatzsteuer — neben der bisher schon erfaßten Einkommen- und Körperschaftsteuer — und der Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich.

Zu dem zweiten Eckpfeiler, den Investitionen des Landes im Gebiet Bremerhavens und der Hafengruppe Bremerhaven: Für die Wirtschafts- und Steuerkraft Bremerhavens sind Investitionen des Landes beziehungsweise der Stadt Bremen im Bereich der Häfen an der Außenweser von entscheidender Bedeutung. Im Vordergrund steht das große Bauvorhaben Containerterminal mit einer Investitionssumme von rund 150 Millionen DM. Zur Zeit sind Überlegungen im Gange, das Vorhaben durch einen dritten Liegeplatz zu ergänzen. Diese erheblichen finanziellen Leistungen Bremens zeigen deutlich, daß Bremen seine Aufgabe, die hafenpolitischen Aufgaben für die Bundesrepublik wahrzunehmen, ernst nimmt. Mir scheint, daß diese gewaltigen hafenpolitischen und Investitionsanstrengungen der Bürger Bremens die Selbständigkeit dieses kleinsten Bundeslandes unter Beweis stellen.

Im Zusammenhang mit dem Containerverkehr und dem Einsatz großer Schiffseinheiten im Massengutttransport hat sich die Hafengruppe Bremerhaven weiterhin relativ stärker entwickelt als die Hafengruppe Bremen. Die Zuwachsrate betrug für Bremen 13,4 Prozent, während Bremerhaven eine Steigerung von 19,5 Prozent verzeichnen konnte. Der kontinuierlich wachsende Containerstrom und die Konzentration von Vollcontainern auf die bremischen Häfen erfordern auch weiterhin erhebliche Investitionen unseres Landes. Von diesem Gesichtspunkt ist der Ausbau des Containerterminals in Bremerhaven trotz hoher finanzieller Opfer als eine nützliche Investition anzusehen. Diese Entwicklung im Containerverkehr dürfte deutlich zeigen, daß der Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr zu Recht und frühzeitig die weltweite Bedeutung des Containerverkehrs erkannt hat. Ihm ist es zu danken, daß er die Bremische Bürgerschaft davon überzeugen konnte, Beschlüsse über finanzielle Belastungen in dieser Größenordnung zu fassen.

In diesem Zusammenhang muß ich noch einmal dringend darauf hinweisen, daß die Zusagen über die Fertigstellung der Autobahn Bremen—Bremerhaven bis 1973 eingehalten werden. Schon jetzt zeigt sich, daß durch den zunehmenden Containerverkehr die Bundesstraße 6 äußerst stark belastet ist. Es soll auch anerkannt werden, daß die Bun-

desbahn große Anstrengungen unternommen hat, um dem starken Vordringen des Containerverkehrs gerecht zu werden. Neun Binnenlandterminals sind seit Einführung des Containers in Betrieb genommen worden. Der Anteil der durch die Bundesbahn von und nach den bremischen Häfen in Containern transportierten Güter ist seit 1967 von etwa 18 Prozent auf ungefähr 60 Prozent gestiegen. Wir Bremerhavener hoffen, daß die günstige Hafenentwicklung in unserer Stadt sich auch auf das wirtschaftliche Gewicht Bremerhavens entsprechend auswirken wird.

Zu Punkt 3 — sonstige Wirtschaftsförderungsmaßnahmen mit dem Ziel der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur Bremerhavens —: Auf lange Sicht ist neben der Verstärkung der Hafenkapazität in Bremerhaven die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur durch Neuansiedlung moderner Wachtumsindustrie von entscheidender Bedeutung. Wir sind davon überzeugt, daß das Land Bremen bereit ist, hierzu die notwendigen Hilfen zu geben. Wir wissen, daß sich die Förderung des Landes nicht nur auf unmittelbare Kapitalhingabe beschränkt, sondern daß sie entscheidend auf der Gewährung von Bürgschaften beruht zur Unterstützung von Maßnahmen, die das Ziel haben, insgesamt die Wirtschaftsstruktur in Bremerhaven zu verbessern.

Die Stärkung und Verbesserung der Bremerhavener Wirtschaftsstruktur sollte überhaupt das wichtigste Ziel aller seitens des Landes zu treffenden Maßnahmen sein. Das bedingt jedoch wiederum, daß die Stadt Bremerhaven in die Lage versetzt wird, von sich aus die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen durchzuführen, die notwendige Folge und zugleich auch Voraussetzung für die weitere Entwicklung der Stadt sind. Und damit schließt sich der Reigen. Wir hoffen, daß durch die neue Finanzausgleichssystematik zwischen den drei Gebietskörperschaften Bremerhaven in die Lage versetzt wird, die kommunalen Aufgaben zu erfüllen.

Die hier angesprochenen Zielsetzungen können selbstverständlich nur dann verwirklicht werden, wenn auf Bundesebene auf Stabilität bei vernünftigem Wachstum und auf die Normalisierung der wirtschaftlichen Entwicklung hingearbeitet wird. Die haushalts- und steuerpolitischen Maßnahmen des Bundes haben die Konjunktur wieder auf den Normalisierungspfad gebracht.

Zum Abschluß meiner Ausführungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich noch einen besonderen Wunsch Bremerhavens zum Ausdruck bringen. Der bezieht sich — so wie schon von Herrn Dr. Schäfer erwähnt — auf den Krankenhausneubau in Bremerhaven, der unbedingt notwendig ist und durchgefürt werden sollte. Nach den neuen gesetzlichen Vorschriften tragen die Investitionskosten der Bund zu einem Drittel, das Land zu einem Drittel und die Gemeinde zu einem Drittel. Ich möchte hier darum bitten, daß das Land die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellt im Sinne eines guten Zusammenklangs zwischen den Wünschen, die Bremerhaven hat und den Möglichkeiten, die das Land Bremen bieten kann. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP — Abg. Dr. Cassens [CDU]: Die Stunde Bremerhavens!)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Kiene.

Abg. **Kiene** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Befürchten Sie nicht, daß jetzt eine Bremerhavener Debatte entstehen wird.

(Abg. Marianne Hänecke [CDU]: Wie schade!)

Ich möchte hier in diesem Haus nur einige Punkte richtigrücken, die von meinen Vorrednern aus meiner Sicht nicht entsprechend den Tatsachen dargestellt worden sind.

Der Abgeordnete Dr. Schäfer hat ein sehr düsteres Bild meiner Heimatstadt gezeichnet, ein düsteres Bild, das nicht den Realitäten entspricht! Bremerhaven hat bis zum Jahr 1970 ständig einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Bremerhaven hat im Vergleich zu anderen Großstädten eine wesentlich bessere Entwicklung genommen, und Bremerhaven besitzt eine Verfassung, die es zur selbstständigsten Gemeinde der Bundesrepublik macht.

Wir gehen davon aus, daß durch die Finanzreform des Bundes mit den neuen Steuerverteilungen auch ein innerbremischer Finanzausgleich erforderlich wird. Und ich darf mir zurechnen, daß ich vor Beginn der Haushaltsberatungen 1970/1971 in diesem Haus meine politischen Freunde darauf hingewiesen habe, die bestehende Ungerechtigkeit des Haushalts 1970 für Bremerhaven durch ein neues Finanzausgleichssystem zu beseitigen.

Die deutlichsten Worte, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind hier in der Haushaltsdebatte von dem Fraktionsvorsitzenden der SPD geäußert worden. Herr Böhrnsen brachte zum Ausdruck, daß auch in Zukunft kein Bürger des Landes Bremen dadurch irgendeinen Nachteil haben soll, wenn er seinen Wohnsitz nicht in Bremen, sondern in Bremerhaven gewählt hat. Das ist die Leitrichtung der SPD, und das ist auch die Leitrichtung der FDP! Wir haben die Verantwortung für diese Wahlperiode übernommen, und wir sind auch bereit, sie zu tragen. Aus diesem Grund haben wir auch immense Arbeit in ein neues Finanzausgleichsystem gesteckt.

Das Problem ist sehr schwierig und auch durch Anfragen nicht zu lösen. Es muß eine Umverteilung der Aufgaben vorgenommen werden, und es muß sichergestellt werden, daß eine finanzielle Regelung auch für die kommenden Jahre Bestand haben wird. Wir glauben, daß im Vergleich zu anderen, vielleicht im niedersächsischen Raum oder auch im nordrhein-westfälischen Raum liegenden Großstädten Bremerhaven nur durch die enge Verzahnung mit Bremen eine so günstige Entwicklung genom-

men hat, die wir auch für die Zukunft gesichert sehen wollen.

Ich will abschließend nur ein paar Zahlen bringen, die beweisen, welchen erheblichen Aufschwung Bremerhaven genommen hat. Der Haushalt von 1969 hat insgesamt 178 Millionen DM Volumen, der Haushalt 1968 sogar nur 159 Millionen DM, und der Haushalt 1970 dagegen ein Volumen von 230 Millionen DM gehabt. Das bedeutet eine immense Steigerung, eine Steigerung im konsumtiven Bereich, aber auch eine Steigerung im intensiven Bereich. Denn laut Nachtragsberatung in der Stadtverordnetenversammlung ist zum Ausdruck gekommen, daß der intensive Bereich allein 42 Millionen DM ausmacht. Ich glaube, dadurch ist sehr deutlich gekennzeichnet, inwiefern Bremerhaven vom Land Bremen eine Hilfe erhalten hat, die Bremerhaven auch in Zukunft vom Land Bremen erwartet.

Der Finanzausgleich, wie wir ihn anstreben, ist einmalig in der Bundesrepublik. Er bringt nämlich alle Steuern, auch die Gemeindesteuern, in die Ausgleichsregelung hinein, und er sieht vor, daß eine unterschiedliche Steuerkraft der Gemeinden durch einen Steuervorabausgleich ausgeglichen wird. Dieser Finanzausgleich geht weit über sonstige Finanzausgleichssysteme in Flächenstaaten hinaus. Er zeigt deutlich das Bild, in welcher Form das Land Bremen mit den beiden Stadtgemeinden eine Einheit bildet. Eine Einheit, die sicherstellt, daß alle Bürger dieses Landes im kommunalen Bereich die gleichen Einrichtungen vorfinden werden. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren! Ein kurzes Wort zu den bevorstehenden Rednern! Wir haben sehr ausgiebig die landespolitischen Fragen diskutiert, und auch die Bremerhavener Fragen. Ich würde bitten, daß die jetzt folgenden Redner sich nach Möglichkeit kurz fassen und ihre sicherlich gewichtigen Ausführungen sehr konzentriert darbringen. Wir haben immer noch die Hoffnung, daß wir mit diesem Tagesordnungspunkt heute bis 19 Uhr fertig werden.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Menke.

Abg. **Menke** (CDU): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Eingedenk der Mahnung, jetzt keine Bremerhavener Probleme mehr zu behandeln, fällt es mir natürlich nicht leicht, nachdem schon zweimal der Wunsch nach einem Krankenhaus in Bremerhaven ausgesprochen wurde, darüber nicht zu sprechen. Ich hoffe aber, daß der Herr Senator sich dazu äußern wird.

Meine Damen und Herren, kleine Zahlen zeigen oft große Probleme auf, und so war es eine Zahl, die heute morgen genannt wurde, die mir die Frage aufwarf: Entsprechen wohl die Anschläge betreffend Zuschüsse zu den städtischen Krankenhäusern noch der Wirklichkeit oder sind inzwischen Änderungen bekannt geworden? Abgeordnete und Steuerzahler haben Anspruch auf völlige Klarheit. Wir müssen zur Kenntnis nehmen: Gesundheit kostet Geld, und Gesundwerden kostet noch mehr, wie die folgenden Zahlen über Zuschüsse beweisen:

Es sind an Zuschüssen veranschlagt in dem Ihnen vorliegenden Finanzplan für 1970 22 Millionen DM, für 1971 24 Millionen DM. Im Wirtschaftsplan unserer Krankenhäuser sind vorgesehen 28 Millionen DM für 1970 und 54,6 Millionen für 1971. Das ist der gegenwärtige, den Abgeordneten noch offiziell bekannte Stand der Dinge.

(Abg. S t r ö h [SPD]: Das kann doch jeder im Haushaltsplan nachlesen!)

Diese Zuschüsse scheinen zwangsläufig zu sein, denn Kosten sind abhängig von Personaltarifen und dem steigenden medizinischen Leistungsstandard, Erträge sind abhängig von der Zahlungsbereitschaft und Zahlungsfähigkeit der Kostenträger. Aber selbstverständlich müssen auch in Kliniken Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit beachtet werden. Und der Vergleich von Sachkosten und Zuschüssen verschiedener kommunaler und gemeinnütziger Kliniken beweist, daß auch Ansätze zu einer Kostensenkung da sind.

Ob es allerdings besser ist, über so wichtige und unseren Haushalt beeinflussende Probleme aus diversen Gremien oder Kuratorien den Gesundheitspolitikern Ratschläge zu erteilen, anstatt diese Probleme zunächst in Deputationen und Parlament zu erörtern, sei dahingestellt. Wir meinen, die Sache der Gesundheit sowie die ständig wachsenden und von unserem Haushaltsanschlag abweichenden Ausgaben sind wert, gründlich und vorausschauend in diesem Hause erörtert zu werden. Eine solche Diskussion in diesem Parlament muß dann auch zu einer Neuordnung der Krankenhausfinanzierung führen. Ich freue mich, daß die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag einen entsprechenden Gesetzesantrag für ein Krankenhausfinanzierungsgesetz vorgelegt hat. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schepers.

Abg. **Schepers** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde mich sehr kurz fassen. Es ist sehr verdächtig, daß Herr Kollege Franke dauern das Selbstlob des „Bremer Modells" hier singt.

(Abg. F i s c h e r [CDU]: Das muß er ja tun!)

Herr Kollege Franke, Sie zeichnen hier immer die schöne Seite des Janus-Kopfes, um in der Mythologie zu bleiben. Sie vergessen dauernd die Einlassungen Ihrer politischen Freunde in und außerhalb Bremens. Sie vergessen die Einlassungen von Studenten, Assistenten, die diesen Vermutungen der CDU nicht nur Nahrung geben, sondern gerade dazu angetan sind, wachsam zu sein gegenüber dieser

Entwicklung, die die Hochschulpoltik hier in Bremen nimmt.

(Beifall bei der CDU)

Daß wir mit unseren Vermutungen und Warnungen nicht allein stehen, sollte eigentlich für Sie der Beweis sein Ihr Parteifreund Bürgermeister Weichmann von Hamburg.

(Ah-Rufe bei der SPD)

Ich weiß, daß Sie nicht viel von ihm halten. Immerhin ist es eine gewichtige Stimme gewesen im Bereich der Ministerpräsidenten, der diese Frage aufgeworfen hat in diesem Kreise. Sicherlich nicht, wie Sie meinen, daß Herr Klein oder daß Herr Bürgermeister Weichmann dabei eine Marotte gehabt haben. Ich glaube kaum, daß der Herr Bürgermeister Weichmann diese Frage aufgeworfen hätte, wenn ihn nicht die Sorge bedrückte, welche Entwicklung diese Hochschulpoltik in Bremen nimmt.

Wenn das ein Modell sein soll für die Bundesrepublik, dann allerdings muß ich feststellen, dann gibt es auf verschiedenen Gebieten Ansätze für Modelle, die nicht nur das Ende der Bundesrepublik in der derzeitigen Verfassung darstellen, sondern daß es dann darauf hinausläuft auf den von Ihrer Partei in Godesberg dokumentierten Grundsatz, daß Demokratie dort erst vollkommen ist, wo der Sozialismus ist. Diese Art von Demokratieverständnis haben wir nicht, und wir wollen auch diese Art von Demokratie nicht, die durch Sozialismus vollendet wird.

(Beifall bei der CDU)

Gewundert hat mich Ihr Ausflug in die griechische Mythologie, da Sie sich sonst hier immer so rational geben. Ich kann Ihnen aber versichern, daß Sie für mich kein Apoll sind, auch kein roter.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat nunmehr Herr Senator Schulz.

Senator für Wirtschaft und Außenhandel Schulz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese Aussprache ist an sich nicht die typische Gelegenheit für ein Debüt, zu dem man eine wohlvorbereitete Rede hält. Ich möchte mich aber selbst nicht dem Vorwurf aussetzen, daß ich beim Ansprechen wirtschaftspolitischer Fragen nicht hierhergegangen sei.

Die Punkte, die mich veranlaßten, hier zu stehen, sind von Herrn Klein namens der Opposition vorgebracht worden und haben sich mit der Frage befaßt, ob die Regierungserklärung des Herrn Präsidenten des Senats hinsichtlich der Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes verwirklicht worden sei oder nicht. Ich muß dazu sagen, daß Fragen der Wirtschaftsförderung, insbesondere der Industrieansiedlung, sehr leicht und meistens mit leichter Hand behandelt und beurteilt werden, und daß man es versäumt, sich mit den tatsächlichen Gegebenheiten ernsthaft zu befassen. Zwischen der politischen Absicht und deren Verwirklichung liegen erfolgswirksame, aber nicht beeinflußbare Entwicklungen und Fakten, die meistens unter den Tisch gekehrt werden oder zumindest fahrlässig unter den Tisch fallen.

Wir alle wissen, daß zu Beginn dieser Legislaturperiode die deutsche Wirtschaft bedauerlicherweise in Unordnung geraten war, daß die Absichtserklärung dieses Senats, dieser Regierung gewissermaßen in ein Investitionsvakuum hineinkam, in dessen Verlauf die Bereitschaft der Wirtschaft, zu investieren, praktisch auf Null gedreht war. Wenn man sich mit einem solchen Faktum auseinandersetzen muß, und zwar im Rahmen der Wirtschaftsförderung und Industrieansiedlung, genügt die beste Absicht nicht, und der beste Wille muß ohne Erfolg bleiben, denn Wirtschaftsförderung und Industrieansiedlung ist ein zweiseitiger Akt und nicht ein einseitiger Akt irgendeiner Regierung, mag sie aussehen wie sie will.

Gleichwohl muß festgestellt werden, daß dieser Senat beziehungsweise diese Regierung sehr wohl ein gutes Ergebnis erzielt und bewiesen hat, daß er Wirtschaftsförderung richtig sieht und richtig betreibt. Was ich jetzt sage, wird sicherlich meinen Kollegen Dr. Borttscheller nicht in Harnisch bringen: Die beste Wirtschaftsförderung ist diejenige, die die natürlichen Gegebenheiten eines Gebiets ausnutzt, um die eingesetzten Mittel optimal, das heißt wirtschaftlich am besten einzusetzen. Und das war bei der gegebenen Sachlage die Hafeninvestition in Bremerhaven.

Man kann also Wirtschaftsförderung nicht nur darin sehen, einen Betrieb oder ein Unternehmen nach Bremen gebracht zu haben, sondern man muß Wirtschaftsförderung insonderheit darin und danach beurteilen, welche infrastrukturellen Maßnahmen zunächst getroffen werden, um dann in der zweiten Phase Fakten zu setzen durch die Ansiedlung oder durch den Reiz zur Ansiedlung neuer Unternehmen.

Außerdem darf nicht vergessen werden, daß dieses Haus und der Senat durch ein besonderes Gesetz die vorbereitenden Maßnahmen für eine wirksame Industrieansiedlung dadurch geschaffen haben, daß sie 65 Millionen DM bereitstellten außerhalb, glaube ich, des geplanten Haushaltsvolumens, um das erforderliche Gelände anzuwerben und zu erschließen. Ob das nötig war, weil man es früher versäumt hatte, Maßnahmen zu treffen, möchte ich hier nicht untersuchen. Aber allein die Tatsache, daß 65 Millionen DM bereitgestellt wurden, ist ein Zeichen dafür, daß dieser Senat die ernste Absicht hatte, das Regierungsprogramm zu diesem Punkt zu verwirklichen.

Ich glaube, man darf nicht vergessen, daß Wirtschaftsförderung oder die Verbesserung und Stärkung der Wirtschaftskraft der Stadt Bremen nicht nur darin gesehen werden muß, neue Betriebe zu bekommen, sondern ansässige Betriebe, die investitionsbereit sind, zu fördern und ihnen das erforderliche Gelände zur Verfügung zu stellen. Ich

glaube, damit nichts Neues gesagt zu haben, das ist etwas, was sich logischerweise anbietet, denn mir ist lieber, jemanden zu fördern, den ich kenne und dessen Erfolgschancen ich beurteilen kann, als mich mit jemanden zu unterhalten, bei dem ich nicht genau weiß, ob er seine Investitionsabsicht auch noch in einem Jahr verwirklicht.

In diesem Bereich, glaube ich, kann sich die Politik dieses Hauses, der Mehrheit des Hauses und des Senats sehen lassen. Ohne daß ich auf Einzelheiten eingehen möchte, kann ich sagen, daß Maßnahmen eingeleitet worden sind, die gerade in diesem Bereich Erfolge erzielen werden, die sich faktisch in den nächsten Jahren positiv zur Stärkung der Wirtschaftskraft Bremens auswirken werden und die angesetzt sind auf die heimischen Betriebe, insonderheit auf die heimische Industrie.

Man darf ferner nicht vergessen, daß, wenn man von Wirtschaftsförderung und Industrieansiedlung in Bremen spricht, man gewissermaßen ortsfremde Industriezweige meint, nämlich die sogenannten wachstumsorientierten Industrien. Das bedeutet, daß eine Umstrukturierung von denjenigen ins Auge gefaßt wird, die ganz besonders diesem Gesichtspunkt anhängen. Umstrukturierung bedeutet aber, daß Arbeitskräfte und Arbeitspotential aus den bestehenden Betrieben abgezogen und in die neuen Industrien hinübergenommen werden sollen.

Das, meine Damen und Herren, ist ein außerordentlich schwieriger und ein sehr langwieriger Prozeß, den man nicht in einer Frist von zwei, drei und vier Jahren erreichen kann, sondern der genau, wie er gewachsen ist, auch einen längeren Zeitraum für sich in Anspruch nimmt, und der sehr behutsam durchgeführt, geplant und gefördert werden muß, um böse und nachteilige Erfahrungen von der Wirtschaft fernzuhalten. Ich bin also der Meinung, daß man Fragen der Industrieansiedlung, der Stärkung der Wirtschaftskraft sehr vorsichtig und kühl, nüchtern und ohne Emotionen beurteilen soll.

Dann ein Wort zum Rückgang der ertragsabhängigen Steuer. Es ist eine logische Folge der wirtschaftlichen Entwicklung der Jahre 1969 und 1970. Ist gar nichts Bedeutsames, besagt nichts, was man nicht wirtschaftspolitisch erkennen kann. Ich muß ganz ehrlich sagen, daß diese Entwicklung ein Beweis dafür ist, daß in den wesentlichen Bereichen unserer Wirtschaft und unserer Industrie Preisdisziplin geübt worden ist. Wäre es nämlich anders, meine Damen und Herren, würden also die ertragsabhängigen Steuern angesichts der Entwicklung der letzten Jahre nicht zurückgegangen sein oder wären sie sogar gestiegen, hätten wir selbstverständlich eine Preissteigerung in Kauf nehmen müssen, die sich wesentlich nachteiliger für die künftige Entwicklung der Wirtschaft ausgewirkt hätte als die jetzige Hinnahme eines Steuerausfalls. Im übrigen wird in fiskalischer Sicht dieser Steuerausfall durch die höheren Einnahmen in allen anderen Bereichen der Steuern ausgeglichen, so daß insofern die Schwierigkeiten nicht unüberwindlich sind.

Selbstverständlich darf man eine solche Entwicklung nicht bagatellisieren, weil man ins Kalkül ziehen muß, daß bei mehrmaligen derartigen Perioden die Investitionsfähigkeit der Industrie nicht mehr gegeben ist und sich daraus sehr nachteilige Folgen ergeben können. Aber in unserer heutigen Konjunkturphase kann man nicht sagen, daß sich dieser Umstand nachteilig auswirkt. Im Gegenteil, er entspricht praktisch den Maßnahmen, die zur Konjunkturdämpfung beitragen sollen.

Die Lage der bremischen Wirtschaft, meine Damen und Herren, möchte ich hier nicht breit auswalzen. Es gibt nicht das geringste Anzeichen dafür, daß in irgendeinem Bereich bedrohliche Entwicklungen sich anbahnten oder einsetzten. Und mit welcher Solidität die Wirtschaft Bremens ausgestattet ist, beweist die Tatsache, daß das Bruttosozialprodukt Bremens, der bremischen Wirtschaft in der Rezession immerhin noch die vierfache Steigerungsrate des durchschnittlichen Bundessozialprodukts hatte, nämlich 0,9 zu 3,6.

(Abg. S t r ö h [SPD]: Hört, hört!)

Ich glaube, das beweist, daß diese Wirtschaft relativ krisenunabhängig ist, und daß man sie nicht in eine Krise hineinreden soll, die es nicht gibt. — Ich danke!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat nunmehr Herr Senator Speckmann.

Senator für die Finanzen Speckmann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir ein ganz kurzes Schlußwort. Ich hoffe, daß es ein Schlußwort wird, und ich werde mich bemühen, nicht weitere Redner zu provozieren.

Es ist mir eine Freude, heute festzustellen, daß der erste Versuch, unabhängig von den Haushaltsberatungen bei der Vorlage eines Finanzplans und des ersten Finanzberichts 1971 gelungen ist, uns losgelöst von kommunalpolitischen und Detailfragen mit Fragen der Wirtschaft und Finanzpolitik zu beschäftigen, um auch damit auf der Ebene eines Landtags uns in die wirtschaftspolitische Auseinandersetzung zu begeben.

Es ist ein Weiteres mit Freude festzustellen: Daß die Diskussion gezeigt hat, daß es eine Fülle von Gemeinsamkeiten gibt und gleiche Standpunkte, und daß es — und das fassen Sie jetzt bitte nicht als Provokation auf — auch bereits bei der Opposition, ich will nicht sagen, einen Lernprozeß, aber einen Annäherungsprozeß gibt, wo Tatsachen anerkannt werden und sogar dazu führen, daß die guten Leistungen, die diese Regierungskoalition vorgelegt hat beziehungsweise die Finanzverwaltung, sogar belobigt werden. Ich bedanke mich auch dafür namens meiner Mitarbeiter, die, so meine ich, diese Anerkennung verdienen.

(Abg. F i s c h e r [CDU]: Gute Leistungen haben wir immer anerkannt!)

Aber, der Hauptsprecher der Opposition heute, der Abgeordnete Klein, geht auch mit fremdem geistigen Eigentum nicht so ganz pingelig um.

(Abg. F i s c h e r [CDU]: Jetzt fängt er an zu provozieren!)

Nein, ich habe nur Adenauer zitiert, das kann für Sie keine Provokation sein!

(Abg. F i s c h e r [CDU]: Das war geschickt gekontert! — Heiterkeit bei FDP und SPD)

Ich meine, daß Sie geistiges Eigentum am Stabilitätsgesetz für sich in Anspruch nehmen. Das will ich Ihnen nicht weiter übelnehmen.

Meine Damen und Herren, diese Schöpfung — das müssen wir hier doch wohl mit Eindeutigkeit feststellen, wenn Sie das Stabilitätsgesetz anerkennen —, das ist eindeutig das Werk des Wirtschaftsministers Schiller.

(Abg. K l e i n [CDU]: Und Strauß vergessen Sie?)

Den Anteil Strauß kenne ich aus eigenem Erleben, der ist gleich plus minus Null.

(Abg. F i s c h e r [CDU]: Das ist eine Behauptung!)

Nein, das ist keine Behauptung, sondern das ist wirklich meine ureigenste Kenntnis, die ich aus der Mitgliedschaft im Konjunkturrat und Finanzplanungsrat gewonnen habe. Herr Strauß würde sich in diesem Zusammenhang nicht beleidigt fühlen, wenn er die Wahrheit anerkennt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um nicht die sehr verehrte Dame Kassandra noch einmal zu zitieren, das, was ich damit gemeint habe, ist das, was Sie selbst sagten, nämlich, daß sie immer recht hatte. Und gegen diese Rechthaberei wollte ich mich im Grunde genommen aussprechen. Ich glaube, daß diese Rechthaberei, die Sie noch in den letzten Ausführungen zu dem Haushalt hier in der Bürgerschaft deutlich werden ließen,

(Abg. F i s c h e r [CDU]: Rechthaberei ist etwas anderes als recht haben!)

daß das eindeutig — und das ist ja wohl anzuerkennen — widerlegt worden ist durch den heutigen Bericht beziehungsweise durch die Ihnen zugegangenen Vorlagen. Der Senat hat sich nicht nur bemüht, ausgeglichene Haushalte wie bisher vorzulegen, sondern Ihnen auch in einer ganz klaren, ganz offenen und auch in nicht manipulierter Weise den Haushaltsausgleich vorzulegen beziehungsweise vorzutragen.

Ich darf aber noch kurz einige Widersprüche aufhellen. Wenn der Abgeordnete Klein sagt, wir steigern die Schulden und müssen wegen der damit auch verbundenen Folgekosten die Investitionen reduzieren, andererseits bei der Wirtschaftsförderung aber fordert, daß wir zusätzliche Investitionen machen sollen, um die Produktivität zu erhöhen, so ist das in sich zunächst einmal ein Widerspruch, wenngleich ich ihm aber recht gebe — auch da habe ich heute die Gemeinsamkeit festgestellt —, daß nur durch eine erhöhte Produktivität auch die Finanzkraft, die Steuerkraft unseres Gemeinwesens erhöht werden kann.

Wenn Sie fordern, daß bei den künftigen Haushaltsberatungen noch mehr Informationen vorgelegt werden sollen, und gleichzeitig anerkennen, daß mit dem jetzigen Finanzbericht und der Finanzplanung ein Höchstmaß an Informationen gegeben worden ist, so schließt sich Ihre Forderung insofern aus, weil wir hier in der Tat nicht nur das erste Mal, aber in einem Ausmaß Informationen haben zugängig machen können, wie es bisher noch niemals der Fall gewesen ist.

(Abg. K l e i n [CDU]: Das müssen Sie auch dynamisch sehen!)

Ich meine aber auch, und es entspricht meiner Art, in aller Offenheit die Dinge und Probleme auf den Tisch des Hauses zu legen, weil ich nichts davon halte, etwas zu verbergen. Der Senat hat es am allerwenigsten nötig, diese Dinge nicht in der Offenheit mitzuteilen, wie das geboten ist.

(Abg. F i s c h e r [CDU]: Und wie sieht es mit dem Investitionsprogramm aus?)

Ich komme gleich darauf zu sprechen.

Sie haben weiter gefordert, daß wir den Vollzug elastisch gestalten sollen. Wenn ich mich richtig daran erinnere, so habe nicht nur ich in meinen Ausführungen, sondern haben auch die übrigen Sprecher der Regierungskoalition darauf hingewiesen, daß wir gerade in dem Vollzug des Haushalts 1970 eine — meine Damen und Herren, nehmen Sie mir das nicht übel, wenn ich das einmal so bezeichne — großartige Leistung haben vollbringen können durch zusätzliche Investitionsprogramme im Hafen- und Schulbereich und in der Wirtschaftsförderung, wie von meinem Kollegen Schulz dargestellt wurde, in einem Umfang von über 200 Millionen DM. Das ist der Beweis dafür, daß wir das geschafft haben, dennoch einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dann muß ich in der Tat feststellen, das ist eine großartige Leistung und ein Beweis für höchste Flexibilität in unserer Haushalts- und Finanzpolitik.

(Beifall bei FDP und SPD)

Sonst hätten wir das in der Tat nicht schaffen können, wenn wir uns den Erfordernissen der Zeit nicht in diesem Umfang hätten anpassen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Einklang mit volkswirtschaftlichen Grunddaten ist ebenfalls eine Tatsache. Sie haben, wie gesagt, hier die angeführten Tatsachen nur etwas anders beleuchtet. Sie sagten, freie Spitze, wir müssen auch für unabwendbare Ausgaben noch einen Spielraum haben. Seit 25 Jahren praktizieren wir das, es ist also nichts Neues. Wir haben auch in diesem Jahr, wie wir durch die Zusatzprogramme bewiesen ha-

ben, diesen Spielraum. Es braucht also nicht gefordert werden, sondern das ist für die Regierungskoalition schon fünfundzwanzigjährige Praxis. Und wenn Sie sagen, es darf der Schuldendienst nur aus ordentlichen Haushalten gedeckt werden, dann ist das für uns Binsenwahrheit, weil wir noch nie Schulden mit Schulden bezahlt haben

(Abg. John [FDP]: Sehr richtig!)

und das auch in Zukunft nicht zu tun beabsichtigen.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Die Regierung ist mit sich selbst zufrieden!)

Ich bin der Meinung, Herr Abgeordneter Dr. Sieling, daß wir in diesem Fall wohl mit uns zufrieden sein dürfen. Wir sind nur nicht selbstzufrieden, weil wir sagen, daß wir uns auch weiterhin im positiven Sinn anstrengen und das Höchstmaß des Erreichbaren erreichen müssen.

Insofern sind wir nicht statisch, sondern eine dynamische und — wenn Sie so wollen — eine junge Mannschaft, die für Bremen nicht bereit ist, eine Unsicherheit zu schaffen, die aus politischen, taktischen Überlegungen heutzutage in einem erschreckenden Umfang produziert wird, die wir von unserem Gemeinwesen gern fernhalten möchten.

Ich halte nichts davon, daß in allen Bereichen Unsicherheiten proklamiert werden, sei es mit dem Angstgefühl und dem Schreckgespenst der Inflation, sei es mit dem Schlagwort Rezession und so weiter. Ich kann darauf hinweisen, daß wir auch heute noch in Bremen Stabilität, das heißt kontinuierliche Entwicklung auch im Rahmen der Förderung unserer Wirtschaft besitzen, und daß wir eine geordnete Finanzwirtschaft haben.

Meine Damen und Herren, es ist nicht überheblich — glauben Sie mir das —, ich kann hier offen erklären, daß wir uns in einer verhältnismäßig ausgezeichneten Position befinden, weil wir im Gegensatz zu anderen vergleichbaren Großstädten und auch Ländern Liquiditätsschwierigkeiten bisher noch nicht gehabt haben.

(Abg. Fröhlich [SPD]: Sehr richtig!)

Mit der Verabschiedung der mittelfristigen Finanzplanung hat sich der Senat zu seinem in Zahlen gekleideten damals formulierten Regierungsprogramm bekannt und dreierlei angestrebt und erreicht: Eine dauerhafte Ordnung der Landesfinanzen auch weiterhin sicherzustellen, die finanzpolitischen Entscheidungen vorausschauend mit den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und unseren Notwendigkeiten abzustimmen, sowie die Finanzierung notwendiger öffentlicher Investitionen zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben zu sichern, hoffentlich in einer Zukunft, die uns eine friedliche und kontinuierliche sowie erfolgreiche Weiterentwicklung zum Wohle unserer Bürger gewährleistet.

Ich danke Ihnen dafür, daß wir heute doch im großen und ganzen eine so sachliche Diskussion haben durften, und ich meine, das Experiment ist geglückt. Dafür herzlichen Dank!

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Mitteilungen des Senats Kenntnis.

Meine Damen und Herren, damit sind auch alle Kassandra-Rufe widerlegt, die heute ausgesprochen wurden, daß wir mit diesem Punkt bis 19 Uhr nicht fertig werden würden.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Jawohl, es geschehen noch Zeichen und Wunder!)

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 1. Dezember 1970:

Gesetz zum Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften und Wasser- und Bodenverbände
(Drucksachenabteilung I Nr. 139)
1. Lesung

Der Senat übermittelt der Bürgerschaft (Landtag) den vorliegenden Gesetzentwurf mit der Bitte um Beschlußfassung und gibt dazu die in der Mitteilung enthaltene Begründung.

Die Deputation für Inneres hat dem Entwurf in ihrer Sitzung am 16. 11. 1970 zugestimmt.

Wir kommen zur 1. Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wer das Gesetz zum Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften und Wasser- und Bodenverbände in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 1. Dezember 1970:

Gesetz zur Änderung des Bremischen Höfegesetzes
(Drucksachenabteilung I Nr. 140)
1. Lesung

Dazu Herr Senator Jantzen.

Der Senat übermittelt der Bürgerschaft (Landtag) den vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bremischen Höfegesetzes vom 18. Juli

1899 mit der Bitte um Beschlußfassung und gibt dazu die in der Mitteilung enthaltene Begründung.

Die Deputation für Ernährung und Landwirtschaft hat der Gesetzesvorlage in ihrer Sitzung am 11. September 1970 zugestimmt.

Wir kommen zur 1. Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Borchers.

Abg. **Borchers** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Diesmal geht es hier nicht um Zahlen, sondern hier geht es nun um die Landwirtschaft, was an und für sich in diesem Haus eine Seltenheit ist. Aber immerhin, wir haben vor uns eine Gesetzesänderung des Bremischen Höfegesetzes, welches wir bereits in der Deputation besprochen haben. Das ist jetzt bereits ein Jahr her. Aber wir wollten uns noch einmal vergewissern, wie mein Berufsstand dazu steht, und wir haben diese Gesetzesänderung jetzt am 11. Dezember in der Deputation noch einmal besprochen und waren alle der gleichen Meinung, daß diese Gesetzesänderung annehmbar sei. Das dürfte vorgehen!

Jedoch sind da auch noch zwei weitere Punkte besprochen worden, und deshalb stehe ich hier, um diese noch einmal zu erläutern: Wir haben gesagt, wenn das Höfegesetz geändert werden soll, um mit den anderen Ländern eine Angleichung zu erzielen, dann sollten wir uns aber auch Mühe geben, dieses so zu fassen, daß dann auch alle Angleichungen stattfinden, wie sie in den anderen Gesetzen enthalten sind. Und zwar weicht das Bremische Höfegesetz hier in zwei wesentlichen Punkten ab. Es ist einmal, daß der Anerbe hier im Land Bremen mit einem Viertel im Voraus geht, während er im niedersächsischen Raum und in Schleswig-Holstein mit einem Drittel im Voraus geht.

Der zweite Punkt ist, daß hier nach einem Reinertrag der Wert des Hofes errechnet wird, und in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein wird er nach dem Einheitswert errechnet. Ich glaube, man kann hier in Bremen ein Lied davon singen, denn schon zur Zeit von Dr. Dammköhler oder von Herrn Oberamtsrichter Olfs oder auch von Herrn Oberamtsrichter Friese, wenn wir am Bauerngericht saßen und mußten den Reinertrag errechnen, dann haben wir es jedesmal erlebt, daß immer andere Zahlen wieder herausgebracht wurden und daß sich letztlich die ganze Angelegenheit immer wieder zu einem Prozeß entwickelte.

(Heiterkeit und Zurufe — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Das war die vierte Fruchtfolge!)

Und ich meine, deshalb sollten wir uns alle bemühen, daß wir eine bundeseinheitliche Regelung bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Denn, wie es hier in der Vorlage enthalten ist, haben wir uns alle in der Deputation unterhalten, und die Meinung war einhellig, daß dies erst ein erster Schritt zur Verbesserung des Höfegesetzes sein sollte. Falls dies nicht der Fall sein sollte, dann möge man aber auch soweit gehen, zu sagen, für die wenigen Landwirte, die wir im Land Bremen haben — flächenmäßig haben wir aber immerhin noch mehr aufzuweisen als die Industrie,

(Abg. John [FDP]: Aha! — Heiterkeit!)

denn flächenmäßig liegen wir noch darüber —, daß dann noch ein Bremisches Höfegesetz kommt, wie es in Niedersachsen beziehungsweise in Schleswig-Holstein besteht, damit hier auf diesem Gebiet eine Einheitlichkeit zustandekommt.

Ich darf Ihnen aber auch noch sagen, man verkennt vielleicht die bremische Landwirtschaft.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Ja, bitte! Wir haben hier im Land Bremen ausgezeichnete Lehrlingsbetriebe in unserer Landwirtschaft. Wir haben bereits nach dem Krieg im Berufswettkampf zweimal den Berufssieger gestellt.

(Bravo-Rufe und Beifall bei der SPD)

Das sollte man nicht verkennen, denn unsere Lehrlingsbetriebe werden sehr gern angesprochen aus dem niedersächsischen Raum, und weil hier eben ausgezeichnete gute Lehrbetriebe bestehen, möchte ich bitten, daß wir dieses Höfegesetz jetzt auch so fassen, um nach Möglichkeit eine bundeseinheitliche Regelung zu erhalten oder wie sie in den Nachbarländern besteht.

(Starker Beifall)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Dickhut.

Abg. **Dickhut** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist eigenartig, wenn von der Landwirtschaft gesprochen wird, daß dann viel Leben im Haus ist.

(Abg. John [FDP]: Von deutschen Landen frisch auf den Tisch!)

Dazu möchte ich bemerken, daß doch alle, die hier im Hause sitzen, gern ein schönes Kotelett und gern einmal Beutelwurst essen. Und alle diese Sachen kommen aus der Landwirtschaft.

Aber nun zur Sache! Durch ein Gesetz über die Stellung der nichtehelichen Kinder, welches am 1. Juli 1971 in Kraft tritt, ist es erforderlich, daß das Bremische Höfegesetz zu ändern ist. Folgende Änderung ist vorgesehen: Ist ein Abkömmling des Erblassers Anerbe, so steht ihm neben dem Voraus ein Anspruch auf Ausgleichung nach § 2057 a des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht zu. Das ist die Änderung, die wir heute beschließen sollten. Die Anregungen, die Herr Borchers hier vorgetragen hat, sind in einer Absichtserklärung der Deputation angeführt und in Erwägung gezogen worden und sollen, wenn ein neues bundeseinheitliches Gesetz

geschaffen wird, mit in Erwägung gezogen werden. Ein neues Bundesgesetz ist im Moment in Arbeit. Es ist ratsam, daß wir dann solange warten, bis wir die Richtlinien haben und dann eine Angleichung an dieses Gesetz schaffen können.

Ich möchte noch eines sagen: Vielleicht wäre es richtig, wenn ich hier an dieser Stelle nochmals der Landwirtschaftskammer den Rat gebe, sie möchte doch die Sache verbreiten, daß man, wenn man ein Testament macht, dieses Gesetz gar nicht braucht, und daß alle Angelegenheiten viel besser geregelt werden können als durch ein Gesetz.

Daher bitte ich, diesem Gesetz, das heute zur Abstimmung anliegt, zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete von Groeling-Müller.

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf der Suche nach einem Lautsprecher hat mein Freund Fidi Behrens mich als Agrarier a. D., also als verhinderten Landwirt aus der Landwirtschaft, als Lautsprecher engagiert, um Ihnen zu sagen, daß die FDP-Fraktion das Haus bittet, dieser kleinen, aber notwendigen Änderung zuzustimmen. Die Fraktion der FDP stimmt dem Gesetz zu.

Ich weise aber darauf hin — das ist vielleicht bei der Unterhaltung über diese Sache um ein Tröpfchen untergegangen —, daß diese kleine und gesetzlich nötige Bestimmung unseren Anerben, das heißt denen, die den Hof übernehmen, einen kleinen Nachteil bringt. Sie sitzen gegenüber den Nachbargebieten nunmehr auf einem Viertel Voraus, während die anderen das Drittel Voraus haben. Sie sitzen auch auf den so komplizierten Bewertungsrichtlinien. Wir hoffen, und wir bitten um Unterstützung aller Parteien, auch im Bund, daß wir zu Bewertungsrichtlinien, die von Manipulationen frei sind, kommen, denn Erträge von drei Jahren lassen sich manipulieren. Daß wir also auf den Einheitswert mit Multiplikator als Bewertungsrichtlinie in Zukunft kommen, und daß wir auf der anderen Seite mit dem Voraus auf das genannte Drittel kommen. Das ist der Zukunftswunsch. Wir bescheiden uns heute mit der äußersten Notwendigkeit für diese Änderung, nämlich der Regelung der Anrechnung der Arbeitsleistung. Wir bitten um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Fischer.

Abg. **Fischer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich halte es doch für notwendig, daß wir uns hier im Hause gewissermaßen eine Vormerkung machen hinsichtlich der Notwendigkeit einer Anpassung der Bestimmungen des bremischen Höferechts an die gesetzlichen Bestimmungen der Nachbarländer. Das soll uns aber nicht hindern, der Bestimmung, wie sie heute uns in diesem Gesetzesvorschlag unterbreitet wird, unsere Zustimmung zu geben.

Ich sage das deswegen, damit nicht der Eindruck entsteht, als ob wir hiermit bereits alles getan hätten. Ich glaube, Herr Kollege von Groeling-Müller hat mit seinen Ausführungen in dieselbe Richtung stoßen wollen, und ich möchte das hier ausdrücklich unterstützen.

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Höfegesetzes in erster Lesung beschließen will, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 8. Dezember 1970:
Abkommen über die Errichtung und Finanzierung der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf
(Drucksachenabteilung I Nr. 141)

Der Senat überreicht der Bürgerschaft (Landtag) eine Mitteilung mit einem Abkommen über die Errichtung und Finanzierung der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf und gibt dazu die in der Vorlage enthaltene Begründung. Der Senat bittet die Bürgerschaft (Landtag), dem Abkommen zuzustimmen.

Die Deputation für das Gesundheitswesen hat in ihrer Sitzung am 9. September 1970 und die Finanzdeputation in ihrer Sitzung am 17. November 1970 dem Abkommen zugestimmt.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wer dem Abkommen über die Errichtung und Finanzierung der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 15. Dezember 1970:
Haushaltsrechnungen der Freien Hansestadt Bremen 1969
(Drucksachenabteilung I Nr. 142)

Interfraktionell ist vereinbart worden, diesen Tagesordnungspunkt so lange auszusetzen, bis der

Bericht des Rechnungshofs zum Rechnungsjahr 1969 vorliegt.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 22. Dezember 1970:
Straßenhinweisschilder zum Flughafen Bremen (Drucksachenabteilung I Nr. 143)

Dazu Herr Senator L ö b e r t.

Ich frage, ist hierzu eine Debatte zu erwarten?

(Z u r u f e : Ja!)

Es wird eine Debatte gewünscht. Ich schlage vor, wenn die Debatte zu lange dauert, machen wir um Punkt 19 Uhr Schluß.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 25. Juni 1970 den Senat ersucht,

1. bei dem Bundesminister für Verkehr sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, daß umgehend bei den in Frage kommenden Bundesautobahnabschnitten und -abfahrten sowie den Bundesstraßen deutliche Hinweisschilder auf den Weg zum Flughafen aufgestellt werden,
2. der Bürgerschaft (Landtag) alsbald über das Ergebnis seiner Bemühungen zu berichten.

In seiner Mitteilung vom 22. Dezember 1970 legt der Senat diesen Bericht vor.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Iversen.

Abg. **Iversen** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In dem nichtständigen Ausschuß Verkehrskonzeption ist anläßlich des Vortrags von Herrn Direktor Mücke die Frage der Ausschilderung für den Flughafen zur Sprache gekommen. Und dann ist auf Anregung von Herrn Dr. Cassens in Ergänzung der Ausführungen von Herrn Stäcker der Antrag formuliert und gemeinsam in der 43. Sitzung eingebracht worden. Wir haben nun heute die Antwort vorliegen, und es ist allerdings auf einen Punkt hinzuweisen, der am Schluß etwas müde beantwortet wurde.

In der Sitzung damals haben wir sehr deutlich erfahren, daß die Ausschilderung nicht ausreicht, und daß wir immer wieder beobachten, daß insbesondere die auswärtigen Besucher und Fluggäste, die 60 Prozent der gesamten Fluggastzahl ausmachen, unseren Flughafen oft mit Verspätung erreichen, und dann sind die Linienmaschinen weg.

Deshalb ist die Beantwortung in den Schlußzeilen nicht überzeugend. Besonders der Punkt am „Bremer Kreuz"! Hier sollte man überlegen, ob nicht der Flughafen selbst in Abstimmung mit Niedersachsen die Schilder zur Verfügung stellt. Wenn es nicht möglich ist, sie anzubringen an den Schilderbrücken der Autobahn, daß man dann vor der amtlichen Ausschilderung die Schilder aufstellt, wie im Bundesgebiet bei anderen Flughäfen auch üblich. Diese Anregung sollte der Senat meines Erachtens aufgreifen und ohne großen Umstand verwirklichen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Senats Kenntnis.

Meine Damen und Herren, es ist kurz vor 19 Uhr. Ich meine, es lohnt sich nicht, einen weiteren Tagesordnungspunkt der Beratung zu unterziehen.

Ich gehe davon aus, daß Einverständnis im Hause darüber herrscht, daß wir morgen die Landtagssitzung um 10.15 Uhr fortsetzen und daß wir uns darüber vielleicht auch verständigen können, daß die Tagesordnungspunkte, die wir morgen behandeln, weitgehend gestrafft werden, denn wir wollen um 13 Uhr fertig werden. Mir wurde gesagt, daß einige Fraktionen für den morgigen Nachmittag bereits disponiert haben. Wenn wir morgen mit einigen Tagesordnungspunkten auch bei einer sehr straffen Diskussion nicht fertig werden, sollten wir uns vielleicht vornehmen — aber das können wir auch morgen besprechen —, diese Tagesordnungspunkte, soweit sie nicht dringlich zu beraten sind, auf die Tagesordnung der Februar-Sitzung zu setzen. Allerdings, meine ich, sollten wir uns heute vornehmen, daß wir morgen im Landtag und, wenn es geht, auch in der Stadtbürgerschaft gestrafft beraten.

Ich stelle Einverständnis fest.

Ich schließe die heutige Sitzung. Wir treffen uns morgen zur Beratung der Bürgerschaft (Landtag) um 10.15 Uhr.

(Schluß der Sitzung: 18.57 Uhr)

Berichtigung:

Im Verhandlungsbericht über die 48. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) vom 11. November 1969 muß es auf Seite 2756, rechte Spalte oben, richtig heißen:

Abg. **Friedrichs** (CDU): Herr von Groeling-Müller, habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie eben im Zusammenhang mit Herr Klein geäußert haben, er hätte eine Falschaussage gemacht?

Druck: Hans Krohn, Bremen